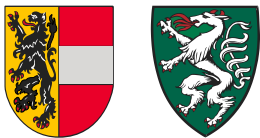




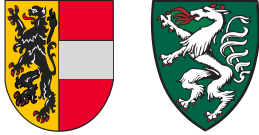
REPUBLIK ÖSTERREICH
Bundesrat

100 JAHRE BUNDESRAT

Tätigkeitsbericht des Bundesrates 2020/2021
Salzburg | Steiermark



Tätigkeitsbericht des Bundesrates 2020/2021





Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler | Salzburg



Bundesratspräsident Christian Buchmann | Steiermark

Inhalt

VORWORTE DER BUNDESRATSPRÄSIDENTINNEN

Andrea Eder-Gitschthaler	6
Christian Buchmann	8

Die Fraktionsvorsitzenden im Bundesrat	10
Der Bundesrat	14
Der Bundesrat: Covid-19-Pandemie	16

SALZBURGER PRÄSIDENTSCHAFT 20

Antrittsrede Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler	23
Landeshauptmann Wilfried Haslauer im Bundesrat	28

Aktiver Bundesrat

100 Jahre Bundesrat	34
100 Jahre Bundesrat: Eine starke Säule der Republik	36
75 Jahre Konstituierung Nationalrat und Bundesrat	38
100 Jahre österreichische Bundesverfassung	42
Weihnachtsbäume aus Salzburg	44
Debatte im Jugendparlament über die Schule 2.0	46
Familien- und Kinderrechteausschuss erstmals digital	49
IPU-Gipfel: Austausch der Parlamentspräsidentinnen	50
Gleichberechtigung gestern, heute und morgen	54

Terror in Wien Erklärung des Bundesrates	58
--	----

Parlamentarische Beziehungen

Regional und international: Der vernetzte Bundesrat	62
---	----

STEIRISCHE PRÄSIDENTSCHAFT 70

Antrittsrede Bundesratspräsident Christian Buchmann	71
„Wir können diese Krise nur gemeinsam überwinden“	76

Gedenken und Erinnern

Digitale Kampagne #WeRemember	80
Zur Krisenfestigkeit und Resilienz von Demokratie	82
Notwendigkeit einer dynamischen Gedenkkultur	84

Aktiver Bundesrat

Virtuelle Buchpräsentation: Utopischer Realismus	90
Kunstinstallation „kunst:hofburg“ von Richard Kriesche	92
Bundesrat im Bundesland	94
Die Zukunft unserer Jugend in Europa	98
Schwerpunktjahr Ehrenamt 2021	104

Parlamentarische Beziehungen

National und international vernetzt	110
Bundesratspräsidium in Rom	114
Statistik	118
Bildnachweis	120
Impressum	122

ANDREA EDER- GITSCHTHALER

Präsidentin des Bundesrates



Salzburg | 2. Halbjahr 2020

„Die Kultur des Miteinanders“ lautete das Motto der Salzburger Präsidentschaft im Bundesrat. Das Miteinander sollte im zweiten Halbjahr 2020 einen größeren Stellenwert bekommen als zunächst gedacht. Zum Zeitpunkt der Übernahme des Vorsitzes in der Länderkammer verzeichnete Österreich noch knapp über 100 neue Covid-19-Infektionsfälle, bis Mitte November waren es schon fast 10.000.

Die Lage hatte sich innerhalb zweier Monate derart verschlechtert, dass eine Enquete, die sich mit den neuen Rahmenbedingungen nach Covid-19 auseinandergesetzt hätte, wegen Covid-19 abgesagt werden musste.

Begonnen hat die Präsidentschaft noch unter guten gesundheitspolitischen Vorzeichen. Am 1. Juli konnte Salzburg mit Landeshauptmann Wilfried Haslauer in kleinem Kreis die Übernahme der Präsidentschaft in der Hofburg feiern, begleitet von einem Ensemble junger Künstlerinnen und Künstler der Salzburger Festspiele. Ich wollte damit ein Zeichen setzen, dass Kultur auch in Zeiten einer Pandemie möglich und notwendig ist.

Ende Juli wanderten Mitglieder des Bundesrates im Rahmen einer Kulturwanderung ins Inndergebirg und fand auch der Bundesrat im Bundesland Salzburg statt, bei dem wir uns Gedanken über Wirtschaft und Kultur gemacht haben. Vielen Dank an Frau Landtagspräsidentin Dr. Brigitta Pallauf für die Unterstützung und Gastfreundschaft!

Ende September mussten wir bereits wegen einer Covid-19-Erkrankung eines Mitglieds der Salzburger Landesregierung die mit dem Salzburger Landtag ge-

„Der Bundesrat ist in dieser Zeit seiner Verantwortung als Vertretung der Regionen und Gemeinden in der Bundespolitik gerecht geworden.“

plante Veranstaltung zu 100 Jahre Länderkonferenz absagen. Die Vorzeichen mehrten sich, dass Europa und auch Österreich vor einer neuen Infektionswelle stehen würden.

Im Oktober fand noch eine Buchpräsentation im Palais Epstein statt, aber der Festakt zum 100. Jubiläum unseres Bundes-Verfassungsgesetzes in der Nationalbibliothek wurde schon per Livestream übertragen, damit auch die Öffentlichkeit daran Anteil nehmen konnte.

Diesen Weg haben wir auch für die Podiumsdiskussion „100 Jahre Bundesverfassung – Frauen in Verantwortung“ gewählt. Dem Livestream folgten 425 Zuseher – so viele hätten wir bei einer Präsenzveranstaltung nie erreicht. Wir haben also aus der Not eine Tugend gemacht.

Der Tag der offenen Tür zum Nationalfeiertag fand nur mehr virtuell statt.

Auch die Jubiläumsveranstaltungen zum 75. Jahrestag der konstituierenden Sitzungen von National- und Bundesrat und zu 100 Jahre Bundesrat fanden in kleinem Rahmen im Palais Epstein statt. Unter „normalen Bedingungen“ hätte wohl die Bundesversammlung diesen für Österreich so bedeutsamen Tag in großem Rahmen mit vielen Gästen gefeiert. Mit dem Buch „100 Jahre Bundesrat“ haben wir aber immerhin etwas Bleibendes von unserem Jubiläum hinterlassen.

Um unter den gegebenen Umständen die Kultur des Miteinanders hinauszutragen, habe ich viele Termine in Wien und Salzburg wahrgenommen, um zu zeigen, dass der Bundesrat auch außerhalb der Plenarsitzungen sehr aktiv ist.

Als Präsidentin des Bundesrates ist mir in dieser Zeit die Rolle einer „Botschafterin der Länderkammer“ zugefallen. Ich habe innerhalb Österreichs unzählige Termine wahrgenommen, um bei Entscheidungs- und Meinungsträgern unsere Länderkammer als Zukunfts- und Europakammer zu positionieren. Viele Gesprächspartner waren überrascht, Besuch einer Bundesratspräsidentin zu bekommen, und sie haben sich erstmals Gedanken über den Bundesrat gemacht und erfahren, dass wir ein wichtiger Themensetzer in der Republik sind.

Neben der Covid-19-Pandemie prägte ein schreckliches Ereignis das Halbjahr. Am Vorabend des landesweiten Lockdowns, am 2. November, ermordete in Wien ein islamistischer Terrorist vier Menschen und verwundete 23 weitere teils schwer.

Am Tag danach waren unsere Ausschusstermine angesetzt und es stand in Überlegung, diese der unklaren Sicherheitslage wegen zu verschieben. Wir haben das aber nicht getan, um der Öffentlichkeit zu zeigen, dass sich die Mitglieder des Bundesrates von einer solch feigen Attacke nicht von ihrer Arbeit abhalten lassen.

Die Menschen erwarten sich von ihren politischen Mandatären, dass diese für Sicherheit sorgen, die Wirtschaft am Laufen halten und Arbeitsplätze schaffen sowie ein Gesundheitssystem garantieren, dass die bestmögliche medizinische Versorgung gewährleistet.

All dies ist in diesem Halbjahr meiner Präsidentschaft oftmals in Frage gestellt worden. Der Terroranschlag in Wien hat gezeigt, dass unsere Sicherheit nicht un-

antastbar ist. Wirtschaft und Arbeitsmarkt haben unter der Pandemie stark gelitten. Erst gegen Ende meiner Präsidentschaft konnten wir mit der Zulassung der ersten Impfstoffe wieder Hoffnung auf die Rückkehr zu jenem Leben schöpfen, das wir in Österreich so sehr schätzen.

Die sechs Monate des Salzburger Vorsitzes im Bundesrat haben uns viel darüber gelehrt, wie wichtig „die Kultur des Miteinanders“ ist, wenn man gemeinsam durch Krisensituationen kommen will.

Der Bundesrat ist in dieser Zeit seiner Verantwortung als Vertretung der Regionen und Gemeinden in der Bundespolitik gerecht geworden. Mit Demut und Stolz blicke ich auf dieses Halbjahr zurück, in dem die Österreicherinnen und Österreicher mit viel Solidarität in der Zivilgesellschaft nach besten Kräften versucht haben, niemanden in diesem Land zurückzulassen.



Ihre Bundesratspräsidentin
Andrea Eder-Gitschthaler

CHRISTIAN BUCHMANN

Präsident des Bundesrates



Steiermark | 1. Halbjahr 2021

Als Präsident des Bundesrates habe ich mir das Motto „Das Gute liegt so nah: Die Regionen sind die Fundamente Europas“ gesetzt, weil es mir ein Anliegen ist, dass sich die Regionen verstärkt in die europäischen Angelegenheiten einbringen und dadurch am gemeinsamen Haus Europa bauen, um einen Mehrwert für die Menschen in unserem Land zu schaffen.

Ich habe dieses Motto sehr bewusst gewählt, weil ich glaube, dass die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes das größte Vertrauen in jene Gebietskörperschaften haben, die nahe am Menschen sind. Das sind unsere Gemeinden und Städte, also die Regionen, in denen sie leben – das sind in Österreich die Bundesländer.

Der Bundesrat ist nicht nur ein Grundpfeiler der Demokratie in der österreichischen Politik, er ist das Ländergewissen in der Bundesgesetzgebung. Unsere Länderkammer hat sich in den vergangenen Jahren zudem zu einer Europa- und Zukunftskammer weiterentwickelt, die aktuelle Themenstellungen anspricht und Perspektiven für die Zukunft aufzeigt.

Europa und seine Zukunft stehen auch im Fokus der Konferenz zur Zukunft Europas, die während des steirischen Vorsitzes im Bundesrat ihre Tätigkeit aufgenommen hat. Da gerade junge Menschen von den Einschränkungen der Covid-19-Pandemie besonders betroffen waren und sie zugleich jene sind, die Europas Zukunft leben werden, habe ich sie zunächst gebeten, ihre Ideen, Kritik und Sehnsüchte für ihre Zukunft per Videostatements zu teilen und dann neun von ihnen ins Parlament zu „Zukunft.Jugend.Europa“ eingeladen, um mit den Mitgliedern des Bundesrates darüber zu diskutieren. Die Ergebnisse dieser Veran-

staltung werden in die Konferenz zur Zukunft Europas einfließen. Die Sichtweisen der Jugend sind spannend und zukunftsorientiert.

„Der Bundesrat ist nicht nur ein Grundpfeiler der Demokratie in der österreichischen Politik, er ist das Ländergewissen in der Bundesgesetzgebung.“

Auch die Tagung der neun Europaausschüsse der österreichischen Landtage in Graz, bei der erstmals gemeinsam mit dem österreichischen Bundesrat über Fragen zu Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit diskutiert wurde, hat einen Beitrag zur Zukunftskonferenz geleistet.

Die Vorsitzführung im Bundesrat war im ersten Halbjahr 2021 in Zeiten der anhaltenden Pandemie eine Herausforderung. Viele Menschen trieb bereits die Sehnsucht nach Normalität an. Das ging auch den politischen Vertretern nicht anders. Wir haben den

direkten Bürgerkontakt vermisst, weil es uns wichtig ist, dass wir von Angesicht zu Angesicht erfahren, wie die Menschen in unserem Lande denken und wie wir gemeinsam Problemstellungen meistern können. Diesen persönlichen Kontakt können in einer digitalen Welt auch Videokonferenzen nicht ersetzen.

Schon die Vorsitzübernahme war von den Einschränkungen der Covid-19-Pandemie gekennzeichnet. Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer hisste mit mir die Fahne der Steiermark vor dem Parlament und sprach im Plenum zu den Mitgliedern des Bundesrates, aber der traditionelle Steiermarkabend musste auf das Finale der Präsidentschaft verschoben werden.

Die Buchpräsentation zum Thema „Wirtschaft. Steiermark. Zwischen Utopie und Realität“ fand im März noch rein virtuell statt. Zentrale Botschaft des Buches und der anschließenden Podiumsdiskussion war „der utopische Realismus“, also der Wille zur Zukunftsgestaltung trotz widriger Umstände. Mein Anliegen war es dabei, diese Botschaft hinauszutragen und Mut für das Comeback von Wirtschaft und Arbeitsplätzen nach der Pandemie zu machen.

Kunst und Kultur sind integrale Bestandteile unserer Gesellschaft und damit auch des politischen Lebens. Mit der temporären Installation „kunst:hofburg“ des renommierten Medienkünstlers Richard Kriesche in meinen Amtsräumen habe ich im Kontext von Europa, Politik und Demokratie ein vielbeachtetes Zeichen setzen können.

Die Zeit des Lockdowns bis zur „Wiederöffnung“ des Landes war geprägt von zahlreichen Gesprächen mit Vertretern der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlaments, mit dem Bundespräsidenten, dem Bundeskanzler und einzelnen Mitgliedern der Bundesregierung, mit dem Doyen des Diplomatischen Corps sowie BotschafterInnen und Vertretern von Kirche, Wirtschaft und Gesellschaft. Dabei stand stets das Bestreben im Vordergrund, etwas für unsere Länder und Kommunen in Europa zu bewegen, die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Zahlreiche Konferenzen fanden virtuell statt, etwa jene der Europaausschüsse (Cosac), die Meetings im Rahmen des Twinning-Projekts Bosnien und Herzegowina oder die EU-Parlamentspräsidentenkonferenz.

Erst Ende Mai hatte sich die Situation bezüglich der Pandemie so weit entschärft, dass sowohl das Jugendprojekt „Zukunft.Jugend.Europa“ und der Bundesrat im Bundesland in Graz durchgeführt werden

konnten. Die allgemeine Entspannung in Europa ermöglichte zudem wieder bilaterale Kontakte im Ausland.

Das Präsidium des Bundesrates nutzte dies, um in Rom mit der Präsidentin des italienischen Senats und dem Präsidenten der italienischen Abgeordnetenkammer Gespräche zu führen und an einer Audienz bei Papst Franziskus teilzunehmen.

Die Pandemie hat unsere Gesellschaft verändert. Die Geschlossenheit des Vorjahrs ist einem Auseinanderdriften gewichen, und so sollte es nun unser gemeinsames Anliegen sein, wieder eine solidarische Gesellschaft zu werden und das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen.

Ich freue mich, dass mein Bundesland Steiermark und ich als Bundesratspräsident eine Stimme für unsere Regionen in Europa sein durften und wir einen Beitrag dazu leisten konnten, Österreich wieder auf den Weg zu jener „Normalität“ zu führen, die uns allen in den vergangenen Jahren Frieden und Wohlstand gebracht hat.

Ich möchte mich bei allen Menschen bedanken, die in diesem Halbjahr konstruktiv daran mitgearbeitet haben, die Pandemie zu überstehen und das gemeinsame Ziel vor persönliche Interessen gestellt haben.



Ihr Bundesratspräsident
Christian Buchmann



KARL BADER (ÖVP)

Der österreichische Bundesrat blickt auf zwei sehr herausfordernde und schwierige Halbjahre zurück – sowohl für die Politik als auch für alle Menschen in unserem Land. Die weltweite Coronapandemie hat Österreich vor große Herausforderungen gestellt, und gerade als kleines, exportorientiertes Land, mit einer großen Tourismus- und Kulturlandschaft sind wir wirtschaftlich natürlich besonders betroffen. Dennoch bin ich davon überzeugt, dass wir die Auswirkungen der Krise gemeinsam bewältigen werden und das Comeback Österreichs gelingt.

Während zahlreiche Veranstaltungen und Schwerpunkte des Bundesrates nur im kleinen Rahmen oder virtuell stattfinden konnten, war die Länderkammer umso mehr in zahlreichen Sondersitzungen gefordert, die Gesetzesinitiativen der Regierung hinsichtlich der Bekämpfung des Coronavirus und seiner wirtschaftlichen Folgen zu prüfen und zu beschließen. Oftmals mussten in dieser Ausnahmesituation bisher gewohnte parlamentarische Abläufe zeitlich sehr gedrängt und gestrafft abgewickelt werden, um möglichst rasch Hilfe für die Menschen in unserem Land zu ermöglichen.

Im Zentrum der parlamentarischen Diskussionen standen dabei leider nicht immer unterschiedliche Ansätze und Instrumente zur Krisenbewältigung, oftmals nutzte die Opposition das Bundesratsplenum stattdessen für populistische Auftritte und parteipolitische Zwecke. Einzelne Unterstützungsmaßnahmen wurden blockiert und konnten deshalb erst verspätet in Kraft treten. Diese Vorgehensweise stößt nicht nur in der Bevölkerung auf Unverständnis, sondern schadet auch dem Ansehen des österreichischen Bundesrates. Wenn die Länderkammer von ihrem Zustimmungs- oder Einspruchsrecht gegen Gesetzesbeschlüsse des Nationalrates Gebrauch macht, muss dieser Schritt immer mit Rücksichtnahme auf die Interessen der Länder passieren. In einer Krise geht es darum,

Verantwortung zu übernehmen. Natürlich passieren bei der Bewältigung einer noch nie dagewesenen Pandemie Fehler – uns allen wurde sehr viel abverlangt. Doch gerade in schweren Zeiten sollte die Politik Vorbild sein und zusammenstehen, um gemeinsam die besten Lösungen für die Menschen in unserem Land zu erarbeiten.

Die Demokratie und unser Parlament brauchen eine starke Länderkammer, die für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes arbeitet und sie nicht verunsichert. Kehren wir zurück zu einer konstruktiven Zusammenarbeit und einem Wettbewerb der Ideen! Nur wenn wir gemeinsam Verantwortung übernehmen, können wir gestärkt aus dieser Krise hervorgehen. In diesem Zusammenhang möchte ich auf politischer Ebene vor allem den Bundesländern und den Gemeinden danken, die ein verlässlicher Partner in der Krisenbewältigung sind.

Ein besonderer Dank gilt all jenen Menschen, die in den vergangenen Monaten in der kritischen Infrastruktur gearbeitet haben – in den Krankenhäusern, bei Polizei und Heer, in der Energie- und Wasserversorgung, in der Landwirtschaft, den Apotheken, den Supermärkten und in vielen anderen Bereichen. Ich danke allen Menschen, die in Österreich leben, dafür, dass sie die Maßnahmen mitgetragen haben.

Herausfordernde Zeiten führen uns vor Augen, was im Leben wirklich zählt: Gesundheit, Familie, Freunde und natürlich wirtschaftliche und soziale Sicherheit. Es zeigt sich auch, dass unser Lebensmodell der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit zwar stark, aber nicht unverwundbar ist. Lassen wir uns als Gesellschaft nicht spalten!

Gemeinsam haben wir schon einen großen Teil geschafft – kehren wir mit Mut und Zuversicht Schritt für Schritt zur Normalität zurück!



KORINNA SCHUMANN (SPÖ)

Der Berichtszeitraum 2020/2021 war in besonderem Maße von der nach wie vor andauernden Pandemie geprägt, deren Bekämpfung auch für den politischen Betrieb eine besondere Situation darstellt, die sicherlich eine Ausnahmeerscheinung in der Geschichte des Parlamentarismus ist. Die Bewältigung dieser außergewöhnlichen Zeit war nur durch das beherzte Zusammenwirken aller Kräfte im Parlament und in den Klubs möglich, daher darf ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gleich zu Beginn meinen Dank ausdrücken.

Im vorliegenden Berichtszeitraum kam es in der SPÖ-Fraktion zu einer Reihe von personellen Veränderungen. So verließ uns Vizepräsident Michael Wanner in Richtung Salzburg, wo er die Funktion des Klubobmanns im Landtag übernahm. An seine Stelle rückte der neue Landesparteivorsitzende der SPÖ Salzburg David Egger in den Bundesrat nach und verstärkt seither unsere Reihen. Nach der erfolgreichen Gemeinderats- bzw. Landtagswahl in Wien wechselte Prof. Rudolf Kaske in den Wiener Landtag. Infolge des neuen Wiener Wahlrechts hat sich eine Mandatsverschiebung ergeben, weshalb die SPÖ jetzt noch 19 Mandate in der Länderkammer stellt und erstmals auch die NEOS mit einem Bundesrat in der Länderkammer vertreten sind.

Insgesamt ist festzustellen, dass das Mehrheitsgefüge im Bundesrat volatil geworden ist – Abstimmungen sind wegen der fast ausgeglichenen Stärke zwischen Regierungsfractionen und Opposition kaum mehr vorhersagbar.

Unsere parlamentarische Arbeit im Bundesrat kann als höchst aktiv beschrieben werden. So wurden zwischen Juli 2020 und Juni 2021 66 Anfragen an die Bundesregierung gerichtet, davon sechs in Form einer Dringlichen Anfrage im Rahmen der Plenarsitzungen. Zudem kam es zu einer mündlichen Besprechung einer Anfragebeantwortung hinsichtlich der Gemeindefinanzen, da der Finanzminister

nicht in ausreichender Form die an ihn gerichtete schriftliche Anfrage beantwortet hatte. In 60 Unselbstständigen und zehn Selbstständigen Entschließungsanträgen versuchten wir zudem die Willensbildung der Regierung zugunsten der großen Mehrheit der Menschen in Österreich zu beeinflussen – Umsetzungen der gefassten Beschlüsse sind leider größtenteils offengeblieben.

All das macht den Zeitraum vom zweiten Halbjahr 2020 bis zum ersten Halbjahr 2021 politisch durchaus spannend, wenn auch nicht immer erfreulich. So verschärfte sich der Ton in der Länderkammer merklich, die Geringschätzung mancher Regierungsmitglieder gegenüber dem Bundesrat ist mittlerweile leider deutlich sichtbar. Verspätungen beispielsweise bei Dringlichen Anfragen sind mittlerweile häufig, der Bundeskanzler äußerte seine Abneigung auch offen und sprach gar wörtlich von „Tricks“, mit denen die Länderkammer die Regierung in ihrem Handeln gehemmt hätte – er verschwieg zeitgleich aber, dass es schlicht und ergreifend keine Mehrheit für das Vorhaben gab. Zudem wurden im Berichtszeitraum mehrfach Sondersitzungen einberufen, weil die Regierung bei der Verkündung von Maßnahmen auf den Bundesrat vergessen hatte, seine Zustimmung zum verfassungskonformen Zustandekommen von Gesetzen jedoch zwingend erforderlich ist.

All das sind Entwicklungen, die wir als Sozialdemokrat*innen mit großer Sorge sehen. Mangelnder Respekt der Regierung gegenüber dem Parlament ist eine demokratiepolitisch äußerst gefährliche Entwicklung.

Die parlamentarische Normalität war und ist trotz der Pandemie sicherzustellen – das ist mit Sicherheit über weite Strecken gelungen. Als Sozialdemokratie werden wir mit aller Kraft weiter dafür arbeiten, die Demokratie zu erhalten und zu stärken. Der Bundesrat ist dafür ein wesentliches Element.



CHRISTOPH STEINER
MONIKA MÜHLWERTH
(FPÖ)



Seit einem Jahr hat Corona das Land fest im Griff. Als das Virus Österreich erreicht hatte, wurde seitens der Regierung, von einer die Bürger einschüchternen, unvergleichbaren Medienkampagne begleitet, alles zugesperrt – auch für gesunde Menschen. Jegliche Kritik wurde mit Totschlagargumenten („Coronaleugner“) unmöglich gemacht. Die PR-Kampagnen, für die ein unglaublich hohes Budget gestellt wurde, drängen die Bürger dazu, sich impfen zu lassen, wenn diese am normalen sozialen Leben teilhaben wollen.

Alle von diesen Maßnahmen Betroffenen sind sich selbst überlassen worden, so z. B. allen voran die Familien, die den Spagat zwischen Homeoffice und Homeschooling stemmen mussten. Viele Hilfen für Unternehmer und deren Mitarbeiter sind angekündigt worden, aber längst nicht bei allen angekommen. So wird es Folgeschäden geben, die sich erst im Laufe der nächsten Zeit in ihrem wahren Ausmaß zeigen werden.

Die Übergabe des Vorsitzes innerhalb unserer Fraktion hätte also nicht in stürmischeren Zeiten stattfinden können. Mit der unvergleichlich verdienstvollen Monika Mühlwerth übergab einer der langjährigsten Bundesräte das Ruder innerhalb der Fraktion. Doch glücklicherweise konnte ich mich als neuer Vorsitzender auf einen aufgrund der Wienwahl zwar deutlich reduzierten, aber umso gefestigteren Klub als mächtige Stütze verlassen. Und zu tun war reichlich. Inmitten der größten Krise der Grund- und Freiheitsrechte, die unser Land seit 1945 gesehen hat, war eine entschiedene Opposition im Bundesrat notwendig. Österreich befand sich in einem historischen Ausnahmezustand. Eine Partei, die die Freiheit in ihrem Namen trägt, musste hier ein Sprachrohr des Volkes bilden, das sich zu immer größeren Teilen unverstanden fühlte. Und gerade der Bundesrat war und ist mit seinen anderen Mehrheitsverhältnissen genau dafür – zur Überraschung, aber auch zum Ärger vieler – auf den Plan gerufen. Es freut mich

daher besonders, dass der Blick der Öffentlichkeit und der Medien auf unsere Länderkammer in dieser Zeit so häufig gerichtet war wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Das konnte den Österreichern vor Augen führen, was für eine bedeutende Rolle die zweite Kammer in unserer Republik doch einnimmt. Als Vertretung der Länder vermochte sie so durch die Opposition, das laute Sprachrohr der Bundesländer zu sein, für welche sie ursprünglich gedacht war. Und so wurde nach der Juliblockade im Vorjahr allein durch die theoretische Möglichkeit einer zu erwartenden Blockade im Bundesrat im Jänner diesen Jahres ein Gesetz gar nicht erst auf den parlamentarischen Weg gebracht, dessen Begutachtungsfrist für heftige Kritik gesorgt hatte. Tatsächliche Einwände der oppositionellen Bundesratsfraktionen folgten dann bekanntlich Ende März und Anfang Mai. Die erste dieser Verzögerungen hatte schließlich eine weitere historische, jedoch traurige Premiere zur Folge: Von Regierungsseite bezeichnete man die Inanspruchnahme des Stimmrechts im Bundesrat als „tricksen“. Mit Sicherheit zählen diese Aussagen nicht zu den Sternstunden der parlamentarischen Demokratie.

Das Parlament ist längst zu einem Erfüllungsgehilfen der Regierung geworden. Ja, mit einer Regierungsmehrheit kann man Gesetze beschließen. Allerdings sollte dem ein Diskussionsprozess vorangehen, in dem auch kritische Stimmen gehört werden. Das findet bedauerlicherweise nicht mehr statt. Auch Gesetze, die der Bundesrat berechtigt abgelehnt hat, werden in eine andere Form gegossen und im Nationalrat einfach beschlossen. Die Regierung wäre gut beraten, nicht alle Argumente und kritischen Meinungen einfach beiseite zu wischen. Die parlamentarische Arbeit lebt vom Diskurs und nicht jeder mit einer anderen Meinung hat Unrecht. Die Demokratie und die Freiheit sind ein hohes Gut, das nicht unachtsam weggeworfen werden darf, ob es nun gefällt oder nicht!



MARCO SCHREUDER (GRÜNE)

Das politische Jahr 2020/2021 war alles andere als ein gewöhnliches Jahr. Es war das herausforderndste Jahr seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Um diesen Text gleich zu Beginn zusammenzufassen: Die Bevölkerung Österreichs leistete Außergewöhnliches. Der Bundesrat spielte eine innenpolitische Rolle wie schon lange nicht mehr. Er ist seiner Aufgabe in der Republik gerecht geworden.

Ich möchte mich zuerst bei allen bedanken, die beigetragen haben, die (noch nicht ganz ausgestandene) Krise zu bewältigen – im Grunde bei allen Menschen, die in Österreich leben. Um nur einige speziell herauszugreifen: beim Personal im Gesundheitswesen, das Außerordentliches leisten musste, bei all jenen Menschen, die die Versorgungssicherheit aufrecht erhielten, bei all den Familien, die es schafften die schwierige Situation mit Homeoffice und Homeschooling zu bewältigen. Wir alle wussten, dass wir allen viel abverlangten, aber ein absolut überwältigender Großteil Österreichs wusste, dass wir da gemeinsam durchmussten, um wieder gemeinsam da rauszukommen.

Noch nie in ihrer Geschichte hat die österreichische Länderkammer des Parlaments so häufig getagt wie in den Monaten der Pandemie. Die Bewältigung der schwersten Krise, die die Welt seit den beiden Weltkriegen erlebte, wurde alles in allem gut gemeistert. Selbstverständlich passieren in solchen Zeiten Fehler, natürlich wird gemurrt, kritisiert und Gegenposition bezogen. Aber alle konstruktiven Kräfte in der Republik wussten, dass diese Krisenzeit nur gemeinsam bewältigt werden konnte und dass gleichzeitig der Wettbewerb der besten Idee unbedingt weiterhin zur Demokratie gehört – und das ist gut so.

Es galt viel zu bewältigen: das Gesundheitssystem vor Überlastung zu schützen, Kurzarbeit zu ermöglichen, den Kulturschaffenden zu helfen, die keine Auftritte

und keinen Applaus mehr erhalten konnten, die vom Tourismus lebenden Menschen zu unterstützen, Frauen und Familien nicht in Stich zu lassen, die in die Krise schlitterten. Es galt, soziale Verwerfungen hintanzuhalten und Delogierungen zu verhindern, KMUs und EPUs zu unterstützen, die von heute auf morgen keine Aufträge mehr hatten. Diese Liste ließe sich endlos fortsetzen. Für alle konnten wir Lösungen finden. Bund und alle Bundesländer haben an einem Strang gezogen. Der Bundesrat hat dafür die Weichen mitgestellt.

Es gilt aber auch, sich sinnvoll aus der Krise hinaus zu investieren und zu manövrieren. Dabei Akzente in den wichtigsten Bereichen der Zukunft zu setzen ist entscheidend. Alles, was nun die Wirtschaft wieder ankurbelt, sollte nachhaltig sinnvoll sein, etwa mit Klimaschutz und Digitalisierung verknüpft werden, denn hier entscheidet sich die Lebensqualität und der Wohlstand der zukünftigen Generationen in Österreich.

Wir haben vieles im Bundesrat geschafft, obwohl die Regierungsfractionen dort keine Mehrheit haben. Der Bundesrat als Brücke zwischen den Bundesländern, dem Nationalrat, der Bundesregierung und der Europäischen Union hat sich bewährt und eine innenpolitische Rolle gespielt, wie man sie seit Langem nicht sehen konnte. Gerade diese Krisenbewältigung war somit auch eine erfolgreiche Bewährungsprobe der parlamentarischen Demokratie.

Als Grüne war es uns allen eine Freude und eine Ehre, der Republik in dieser schwierigen Zeit zu dienen. Zum ersten Mal in der Geschichte durften wir das fünfköpfig machen. Das freut uns natürlich unheimlich.

Der Bundesrat

Der Bundesrat versteht sich heute, im Jahr seines hundertjährigen Bestehens, als eine aktive Kammer, die Themen setzt und vor allem ihre Aufgabe im EU-Gesetzgebungsprozess sehr ernst nimmt. So setzt er sich etwa intensiv und in vielen verschiedenen Aspekten mit der Digitalisierung, der Pflege, der Trinkwasserversorgung und der Förderung des ländlichen Raums auseinander.

Ein besonders wichtiges Anliegen sind dem Bundesrat die EU-Agenden und die Subsidiaritätskontrolle. Von Anfang an hat sich dessen EU-Ausschuss als Mittler zwischen EU einerseits und den Bundesländern bzw. Regionen andererseits gesehen. Deren Interessen werden daher auch immer wieder in den Stellungnahmen an die Mitglieder der Bundesregierung sowie in Mitteilungen an die EU-Institutionen und in sogenannten begründeten Stellungnahmen (Subsidiaritätsrügen) berücksichtigt. 59 Mitteilungen und 29 begründete Stellungnahmen gingen seit dem EU-Beitritt nach Brüssel. Der Bundesrat ist somit eine der aktivsten parlamentarischen Kammern in EU-Angelegenheiten innerhalb Europas und bezeichnet sich dabei selbst als „Europakammer“.

Trotzdem man nach dem Ersten Weltkrieg für die noch junge Republik einen bundesstaatlichen Aufbau vorsah und die Länder daher an der Bundesgesetzgebung beteiligt werden sollten, bestanden große Auffassungsunterschiede darüber, in welcher Form und in welchem Ausmaß diese Beteiligung ausgestaltet werden sollte. Der Wunsch nach einer Länderkammer war nicht unumstritten. Das zeigt sich auch daran, dass Hans Kelsen, der

Schöpfer der Bundesverfassung, nicht weniger als sechs Entwürfe der Verfassung und damit auch zum Bundesrat vorlegte, und dazu kamen zahlreiche andere Vorschläge.

Am 1. Dezember 1920 konstituierte sich der Bundesrat als zweite Kammer des österreichischen Parlaments.

Die leidvolle Geschichte der Ersten Republik ging auch am Bundesrat nicht spurlos vorbei. Zwar wurde der Bundesrat 1933 – anders als der Nationalrat – nicht für aufgelöst erklärt und kam bis April 1934 zu Sitzungen zusammen. Die letzte Sitzung war jedoch nur mehr ein Rumpf-Bundesrat. In der Verfassung von 1934 war kein Bundesrat mehr vorgesehen. An seine Stelle sollte als vorberatendes Organ für die Bundesregierung ein Länderrat treten, bestehend aus den jeweiligen Landeshauptmännern und Landesreferenten.

In der Zweiten Republik wurde der Bundesrat im Zuge der Verfassungsüberleitung wieder eingesetzt. Nachdem am 25. November 1945 nicht nur Nationalrats-, sondern auch Landtagswahlen stattgefunden hatten, konnten auch die Mitglieder des Bundesrates am 19. Dezember 1945 wieder zusammenkommen.

The image shows the interior of the German Bundestag chamber. The room is grand and ornate, with a high ceiling featuring a large, colorful mural in shades of red, orange, and blue. The walls are white with gold-colored decorative elements and a large eagle emblem. The floor is dark, and the seating consists of long, light-colored wooden desks with black chairs. In the background, there are several flags, including the German flag and the European Union flag, and a row of coats of arms representing the German states. The lighting is bright, with several pendant lights hanging from the ceiling.

DER BUNDES RAT

Im Gegensatz zum Nationalrat wird der Bundesrat nicht direkt gewählt. Seine Mitglieder werden von den Landtagen für die Dauer der jeweiligen Landtagsgesetzgebungsperiode entsandt, und zwar nach dem Stärkeverhältnis der Parteien im jeweiligen Landtag. Damit ändert sich die politische Zusammensetzung der Länderkammer nach jeder Landtagswahl, sofern diese zu einer Änderung der Mehrheitsverhältnisse im jeweiligen Landesparlament geführt hat. Wie viele MandatarInnen ein Bundesland entsendet, hängt von der Zahl seiner BürgerInnen ab. Das größte Land stellt zwölf, das kleinste wenigstens drei VertreterInnen. Eine neue Berechnung der Mandate erfolgt alle zehn Jahre auf Grundlage des Ergebnisses der Volkszählung. Danach setzt der/die BundespräsidentIn in einer Entschließung fest, wie viele VertreterInnen jedes Land in den Bundesrat entsenden kann. Somit gibt es keine fix vorgeschriebene Gesamtzahl der Mitglieder des Bundesrates.

Derzeit gehören dem Bundesrat 61 Mitglieder an. Der Vorsitz des Bundesrates wechselt halbjährlich unter den Bundesländern. Der Bundesrat hat aufgrund dieser Konstruktion auch keine Gesetzgebungsperioden, sondern tagt seit 1945 permanent. Die Sitzungen werden beginnend mit der 1. Sitzung am 19. Dezember 1945 durchgezählt.

Der Bundesrat: Covid-19-Pandemie

Die durch das Coronavirus ausgelöste weltweite Pandemie sollte auch die beiden Halbjahre der Bundesratspräsidentschaften von Salzburg und der Steiermark in Österreich prägen.

Am Tag der Übergabe des Vorsitzes in der Länderkammer von Oberösterreich an Salzburg verzeichnete Österreich knapp über 62 Neuinfektionen. Die Ausübung von Sportarten, bei denen der Mindestabstand nicht einhaltbar ist, wurde wieder erlaubt, die Sperrstunde für geschlossene Veranstaltungen entfiel. Die Zeichen standen bereits auf Entspannung der gesundheitlichen Situation und die Hoffnung, im Halbjahr des Salzburger Vorsitzes eine Enquete und parlamentarische Veranstaltungen durchführen zu können, stieg.

Mit einem Festakt im Parlament unter dem Titel „Salzburg trifft Wien“ begann am 1. Juli 2020 der Vorsitz Salzburgs im Bundesrat. KünstlerInnen der Salzburger Festspiele gaben dem Abend einen kulturellen Rahmen, womit ein Zeichen für die Künstlerinnen und Künstler gesetzt werden konnte.

Zum 24. Juli 2020 normierte aber die Bundesregierung die Wiedereinführung der österreichweiten Maskenpflicht – etwa in Supermärkten, im Lebensmitteleinzelhandel sowie in Kranken-, Pflege- und Kuranstalten. Die Einreise aus ausgewiesenen Risikogebieten war nur noch mit einem negativem Testergebnis erlaubt.

Anfang September 2020 stieg die Kurve der Covid-19-Neuerkrankungen deutlich an, am 12. November verzeichnete Österreich einen Höchstwert von 9.262 Neuerkrankungen. Die befürchtete „zweite Welle“ hatte Österreich erfasst.

Ab dem 3. November 2020 schränkte ein teilweiser Lockdown das öffentliche Leben wieder durch landesweite Ausgangsbeschränkungen massiv ein.

Am Abend zuvor, als viele Bürgerinnen und Bürger an einem außergewöhnlich warmen Novemberabend den letzten Tag der geöffneten Gaststätten nutzten, schockte ein Terroranschlag in Wien die Republik. Vier Personen wurden getötet und 23 weitere teils schwer verletzt. Der Täter wurde von der Polizei erschossen. Da zunächst von mehreren Tätern ausgegangen wurde, stand am Tag danach in Überlegung, die Ausschusstermine des Bundesrates der unklaren Sicherheitslage wegen zu verschieben. Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler entschied jedoch, der Öffentlichkeit zu zeigen, dass sich die Mitglieder des Bundesrates nicht von ihrer Arbeit abhalten lassen.

Am 17. November 2020 trat bereits der nächste Lockdown in Kraft, ab 7. Dezember galten dann wieder im Wesentlichen dieselben Beschränkungen, die während des „Lockdowns light“ normiert wurden. Am 18. Dezember kündigte die Regierung für den Zeitraum zwischen 26. Dezember 2020 und 18. Jänner 2021 wiederum einen dritten „harten“ Lockdown an.

Für den 1. Jänner 2021, als der Vorsitz im Bundesrat an die Steiermark und den neuen Bundesratspräsidenten Christian Buchmann übergeben wurde, weist die Statistik knapp über 2.096 Neuerkrankungen auf, erst Anfang April begannen die Neuerkrankungen deutlich zu sinken. Nach der Ankündigung der Opposition, den Gesetzentwurf zum sogenannten Freitesten im Bundesrat zu blockieren, ließ die Regierung diesen Antrag am 3. Jänner 2021 fallen. Nach den Semesterferien wurde in den Schulen wieder Präsenzunterricht ermöglicht, ab 8. Februar durften Geschäfte wieder aufsperrten und körpernahe Dienstleistungen waren wieder erlaubt.



Ab 1. April 2021 wurden die Lockdownregeln aufgrund der schlechten Situation in den Spitälern in Wien, Niederösterreich und Burgenland bis 11. April wieder verschärft. Erst mit dem Start der Impfungen begann sich die gesundheitliche Lage soweit zu entspannen, dass ab 19. Mai die Covid-19-Öffnungsverordnung die fast vollständige Öffnung aller Bereiche des öffentlichen Lebens ermöglichen konnte.

Die Pandemie hatte während der Präsidentschaften von Salzburg und der Steiermark die Möglichkeit, Veranstaltungen im Hohen Haus durchzuführen, massiv eingeschränkt. Eine bereits beschlossene parlamentarische Enquete, die Präsidentin Andrea Eder-Gitschthaler am 4. November 2021 durchführen wollte, wurde wenige Tage zuvor abgesagt, eine geplante Podiumsdiskussion mit vielen Prominenten zum Thema „Frauen in Verantwortung“ fand nur mehr virtuell statt, ebenso die Feiern zum 100-jährigen Bestehen des Bundesrates. Dieser Festtag wäre in pandemiefreien Zeiten wohl Anlass für eine Sondersitzung des Bundesrates mit den Spitzen der Republik und internationalen Gästen gewesen.

Immerhin konnten mit dem Livestream des Parlaments sogar mehr Menschen erreicht werden, als bei einer Teilnahme vor Ort möglich gewesen wären. Die Covid-19-Pandemie hat damit auch neue Wege zur bürgernahen Teilnahme an Veranstaltungen des Parlaments eröffnet.

Auch die Vorsitzübernahme von Bundesratspräsident Christian Buchmann war von den Einschränkungen der Covid-19-Pandemie gekennzeichnet. Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer hisste mit ihm die Fahne der Steiermark vor dem Parlament, aber der traditionelle Steiermarkabend musste auf das Finale der Präsidentschaft verschoben werden.

Um Kunst und Kultur auch während der Pandemie eine Stimme zu geben, wurde mit der temporären Installation „kunst:hofburg“ des renommierten Medienkünstlers Richard Kriesche in den Amtsräumen des Bundesratspräsidenten ein Zeichen gesetzt.

Eine Buchpräsentation zum Thema „Wirtschaft. Steiermark. Zwischen Utopie und Realität“ fand im März rein virtuell statt. Erst Ende Mai hatte sich die Situation soweit entschärft, dass sowohl das Jugendprojekt „Zukunft.Jugend.Europa“ und der Bundesrat im Bundesland in Graz durchgeführt werden konnten. Die allgemeine Entspannung in Europa ermöglichte zudem wieder bilaterale Kontakte im Ausland. Das Präsidium des Bundesrates nutzte die erste Auslandsreise seit November 2019, um in Rom

mit der Präsidentin des italienischen Senats und dem Präsidenten der italienischen Abgeordnetenversammlung Gespräche zu führen und an einer Audienz bei Papst Franziskus teilzunehmen.

Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler und Bundesratspräsident Christian Buchmann nutzten die Zeit der Lockdowns, um in zahlreichen persönlichen Gesprächen und im Rahmen virtueller Konferenzen die Länderkammer als Zukunftskammer zu positionieren und deutlich zu machen, dass der Bundesrat ein wichtiger Themensetzer in der Republik ist.

Bundesratspräsident Christian Buchmann festigte zudem angesichts der Konferenz zur Zukunft Europas, die während des steirischen Vorsitzes im Bundesrat ihre Tätigkeit aufgenommen hat, mit dem Jugendprojekt „Zukunft.Jugend.Europa“ und der Tagung der neun Europaausschüsse der österreichischen Landtage in Graz, wo erstmals gemeinsam mit dem österreichischen Bundesrat über Fragen zu Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit diskutiert wurde, den Status der Länderkammer als „Europakammer“ des Parlaments.

Das parlamentarische Jahr war durch eine große Anzahl von Bundesratssitzungen und Sondersitzungen gekennzeichnet, in denen sich mit Fortlauf der Pandemie die Auseinandersetzungen steigerten. Insbesondere das Nicht-Tragen eines Mund-Nasenschutzes durch einzelne Mitglieder des Bundesrates im Plenarsaal führte zu Diskussionen.

Die Situation im Bundesrat wie auch im Nationalrat war nicht mehr mit jener von vor einem Jahr zu vergleichen. Die Einigkeit, mit der zu Beginn der Pandemie zum Jahresanfang 2020 entsprechende Maßnahmengesetze verabschiedet wurden, wich einem Auseinanderdriften der Meinungen – im Parlament wie in der Gesellschaft.

Insbesondere in den letzten Monaten des ersten Halbjahres 2021 mussten der Präsident und die VizepräsidentInnen des Bundesrates mit vermehrten Ordnungsrufen für einen ordnungsgemäßen Ablauf der parlamentarischen Sitzungen sorgen.



Kultur des Miteinanders

Salzburger Präsidentschaft | 2. Halbjahr 2020



Salzburger Präsidentschaft

Eine „Kultur des Miteinanders“ – dafür hat sich die neue Präsidentin des Bundesrates, Andrea Eder-Gitschthaler, starkgemacht. Die Salzburger Mandatarin zitierte in ihrer Antrittsrede vor dem Plenum des Bundesrates in diesem Zusammenhang Theodor Heuss, den ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland: „Mit Politik kann man keine Kultur machen, aber vielleicht kann man mit Kultur Politik machen“.

Eder-Gitschthaler übernahm für die zweite Hälfte des Jahres 2020 den Vorsitz in der Länderkammer und plante, in einer Enquete am 4. November* die tragende Rolle des Miteinanders in Gegenwart und in Zukunft näher zu beleuchten. Außerdem werde man am 15. September mit dem Salzburger Landtag wieder zum „Bundesrat im Bundesland“ zusammenkommen, kündigte sie an.

Gerade die Coronapandemie mache deutlich, wie notwendig diese Kultur des Miteinanders und das gemeinsame Anpacken zur Überwindung der Krise sei, war die Bundesratspräsidentin überzeugt und sie sah vor allem in der Regionalisierung ein Gebot der Stunde. Die letzten Monate haben gezeigt, dass die Subsidiarität bis in die unterste Ebene funktioniert, sagte Eder-Gitschthaler. Ihr Motto fügte sich daher in das Leitthema „Masterplan ländlicher Raum“, das die Vorsitze der Länderkammer derzeit generell begleitet. Dezentralisierung sei ein starker Motor für den sozialen Wandel, die Dezentralisierung der Verwaltung inklusive der kulturellen Einrichtungen stärke die regionale Innovationsfähigkeit und steigere die Effizienz, so Eder-Gitschthaler, die sich mit Nachdruck für die Ansiedelung von Bundes- und Landeseinrichtungen als ein „wirksames Instrument der Strukturpolitik“ einsetzte. Sie erinnerte dabei auch an den im Dezember 2019 vom Bundesrat angenommenen Gesetzesantrag zur Dezentralisierung der Verwaltungsbehörden des Bundes. Das ländliche Miteinander ist für Eder-Gitschthaler wesentlich von der lokalen Kultur und vom Ehrenamt geprägt. Daher

müsse man die Ehrenämter und die Freiwilligenarbeit verstärkt fördern, forderte die Präsidentin und schlug eine steuerliche Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeiten als ein „deutliches Zeichen für mehr Fairness gegenüber jenen, die etwas für das Gemeinwohl leisten“, vor.

Große Sorgen bereiteten der Präsidentin vor allem die Abwanderung von jährlich mehreren Tausend gut ausgebildeten Personen in großstädtische Gebiete, insbesondere die Abwanderung junger Frauen. Daher wolle sie sich besonders dafür einsetzen, Mädchen für Mint-Fächer zu begeistern. Explizit begrüßte Eder-Gitschthaler das Reißverschlussystem bei Wahllisten und eine Quotenregelung. Ein großes Anliegen waren ihr aber auch die Themen Frauenpensionen, die Verbesserung der Kinderbetreuungseinrichtungen sowie die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf. Die von ihrer Vorgängerin Sonja Ledl-Rossmann begonnene Auseinandersetzung mit dem Thema Pflege sei noch lange nicht erledigt, betonte Eder-Gitschthaler und stellte eine weitere Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für pflegende Angehörige sowie einen Pflegebonus zur Diskussion.

Die Bundesratspräsidentin machte auch darauf aufmerksam, dass das zweite Halbjahr 2020 von wichtigen Jubiläen geprägt sein werde. Die Bundesverfassung feierte ihren 100. Geburtstag ebenso wie der Bundesrat. Im Dezember feierten Bundesrat und Nationalrat in einer gemeinsamen Sitzung den 75. Jahrestag der Gründung der Zweiten Republik.

(*) Konnte aufgrund der Covid-Situation nicht stattfinden bzw. tags davor Anschlag in Wien



(v. li.) Landeshauptmann von Salzburg Wilfried Haslauer und Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler bei der Fahnenhissung am Josefsplatz

Salzburger Präsidentschaft

Mit einem Festakt im Parlament unter dem Titel „Salzburg trifft Wien“ startete am 1. Juli 2020 der Vorsitz des Bundesrates durch das Bundesland Salzburg.



Die Präsidentin des Bundesrates, Andrea Eder-Gitschthaler, betonte in ihrer Festrede, dass Kunst und Kultur und vor allem die „Kultur des Miteinanders“ als Schwerpunkt des Salzburger Bundesratsvorsitzes festzumachen seien. Nur eine Kultur des Miteinanders, so Eder-Gitschthaler, und das gemeinsame Anpacken zum Überwinden der Covid-19-Krise könne Österreich durch diese schwierige Phase bringen.

Das Vorantreiben der Dezentralisierung als wirksames Instrument der Strukturpolitik sei selbstverständlich weiterhin das Gebot der Stunde. Kulturelle Einrichtungen müssten dabei inkludiert sein. Als Beispiel nannte Eder-Gitschthaler etwa, dass ein Bundesmuseum nicht immer in Wien beheimatet sein müsse. Neben der Regionalisierung soll nach Vorstellung der Bundesratspräsidentin vor allem die Förderung von Frauen und der älteren Bevölkerung im Vordergrund stehen.

Angelehnt an ein Zitat von Hugo von Hofmannsthal stellte Eder-Gitschthaler abschließend fest: „Die Gewalt der Worte zu zügeln, sie in die richtigen Bahnen zu lenken, ist eine Kunst, an der wir unerläss-

lich arbeiten. Das gilt insbesondere für uns Mandatäre, sei es im National- oder im Bundesrat, im Landtag oder Gemeinderat.“

Der Salzburger Landeshauptmann Wilfried Haslauer, der ebenfalls mit 1. Juli den Vorsitz der Landeshauptleutekonferenz übernahm, lobte Eder-Gitschthaler als „zäh und gut vernetzt“. Über die Kunst sagte Haslauer, dass diese oft über ihren Selbstzweck hinaus definiert werde, Kunst und Kultur aber untrennbar für Stabilität und Zuversicht stehen würden. Zuversicht, so Haslauer, stehe auch für Lebensfreude, und gerade die bräuchten Menschen in Zeiten der Covid-19-Krise. Die Kunst biete einen „Freiraum der Seele“.

Die Präsidentin der Salzburger Festspiele, Helga Rabl-Stadler, gab ihrer Freude über den Auftritt zahlreicher junger KünstlerInnen, die alle bei den Salzburger Festspielen teilnehmen, Ausdruck: Rafael Fingerlos (Bariton), Sascha el Mouissi (Klavier), Julia Hagen (Violoncello), Maximilian Kromer (Klavier) und Christoph Sietzen (Marimba) übernahmen die musikalische Darbietung.



Antrittsrede

Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!
Sehr geehrte Damen und Herren vor den Bildschirmen
zu Hause!

Wir Salzburgerinnen und Salzburger verlieren keine
Zeit, wenn uns etwas wirklich wichtig ist. Gestern, am
1.7., übernahm das Land Salzburg den Vorsitz hier im
Bundesrat – das Wappen des Landes ist angebracht
–, und heute darf ich bereits meine Antrittsrede als
Bundesratspräsidentin halten.

Zum Auftakt haben wir für gestern Abend – corona-
bedingt natürlich mit eingeschränkter Gästezahl,
dafür bitte ich nochmals um Verständnis – junge
Künstlerinnen und Künstler der Salzburger Festspiele
eingeladen. Es war wirklich ein famoser Abend. Ich
glaube, alle, die dabei waren, haben das sehr genos-
sen, dass wir Kunst wirklich wieder einmal live hören
konnten. Es war uns nämlich sehr, sehr wichtig, gerade
in Zeiten wie diesen, jungen Künstlerinnen und
Künstlern die Möglichkeit eines Auftritts zu geben
und somit etwas für diese jungen Menschen zu tun.



Zu Beginn bedanke ich mich bei dir, lieber Herr Landeshauptmann, und den Mandatarinnen und Mandataren des Salzburger Landtages für das Vertrauen, mich mit diesem Amt zu betrauen, und ich bedanke mich natürlich beim scheidenden Präsidenten Robert Seeber sehr herzlich für seine Präsidentschaft.

Lieber Robert, deine Präsidentschaft war wirklich eine ganz besondere, geprägt von den Maßnahmen gegen die Coronapandemie. Das war eine herausfordernde Zeit, in der sich der Bundesrat unter deinem Vorsitz als verlässliche Stütze unseres parlamentarischen Systems bewährt hat. Wir hatten neun Sitzungen, sehr außergewöhnlich auch am Samstag und am Sonntag, und wir haben das wirklich gemeinsam sehr, sehr gut bewältigt. – Vielen Dank, lieber Robert, dass du die Länderkammer

so sicher durch diese unsichere Zeit geführt hast! Meine Präsidentschaft wird natürlich auch von Corona beeinflusst werden, wenn es auch derzeit danach aussieht, dass wir die geplanten Veranstaltungen, wie etwa die Enquete oder die Veranstaltung Bundesrat im Bundesland, durchführen können werden.

Das Motto meiner Präsidentschaft hat sich den neuen Gegebenheiten angepasst. Das Leitthema ist weiterhin der Masterplan ländlicher Raum. Der Salzburger Schwerpunkt wird dabei nicht nur in dem Bereich Kunst und Kultur liegen, sondern in der Kultur des Miteinanders.

Theodor Heuss, der erste Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, hat in Sachen Politik und Kultur gesagt: „Mit Politik kann man keine





Kultur machen, aber vielleicht kann man mit Kultur Politik machen.“ – Genau das möchte ich in den nächsten sechs Monaten versuchen. Die Kultur des Miteinanders unter den Bürgerinnen und Bürgern, das gemeinsame Anpacken zum Überwinden der durch Corona verursachten Krise werden uns nämlich durch diese schwierige Zeit führen; davon bin ich zutiefst überzeugt.

Die Förderung der Regionalisierung ist daher für mich ein Gebot der Stunde, denn die letzten Monate der Coronakrise haben gezeigt: In den Gemeinden vor Ort weiß man am besten, wie die Probleme ihrer Bürgerinnen und Bürger zu lösen sind. Subsidiarität funktioniert also bis in die unterste Ebene. Wir haben von tollen Gemeinschaften gehört, von Aktionen in den Nachbarschaften, von Hilfe von Jung und Alt. Es war wirklich beeindruckend.

Homeoffice, Telearbeitsplätze sind effizient, gerade diese bieten vermehrt Chancen für Beschäftigte in den ländlichen Regionen.

Der Bezug von Lebensmitteln beim Nahversorger bringt neben Klimaschutz auch höhere Versorgungssicherheit. Ich würde mir wünschen, dass wir diesen Hype, den wir gehabt haben, beim Händler nebenan einzukaufen, beim Gemüsebauern einzukaufen, auch weiter beibehalten und dass auch für die Kasernen künftig wieder lokal eingekauft wird.

Salzburg hat in Bezug auf die Regionalisierung bereits Wegmarken gesetzt und treibt sie auch schon voran. Erstmals in der Geschichte der Landesverwaltung werden sukzessive in größerem Umfang über 200 Arbeitsplätze des Landes Salzburg in die Bezirke verlegt; zum Beispiel – schon in Arbeit – das Landesabgabnamt nach Tamsweg, und die Bezirkshauptmannschaft Salzburg-Umgebung wird von der Stadt nach Seekirchen verlagert. Auch da gibt es schon sehr detaillierte Pläne, und es ist in Umsetzung.

Diesen Weg, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, müssen wir weitergehen, weil Dezentralisierung ein starker Motor für sozialen Wandel ist.

Die Ansiedelung von Bundes- und Landes-einrichtungen in den Regionen ist ein wirksames Instrument der Strukturpolitik. Dezentralisierung der Verwaltung stärkt die regionale Innovationsfähigkeit und steigert die Effizienz. Ich möchte da auch die kulturellen Einrichtungen inkludieren. Unser Landeshauptmann hat sich bereits für die Errichtung eines Bundesfotomuseums in Salzburg engagiert; dieses Vorhaben ist nur zu unterstützen.

„Die Kultur des Miteinanders unter den Bürgerinnen und Bürgern, das gemeinsame Anpacken zum Überwinden der durch Corona verursachten Krise werden uns nämlich durch diese schwierige Zeit führen; davon bin ich zutiefst überzeugt.“

Andrea Eder-Gitschthaler

Wir haben im Dezember 2019 hier im Bundesrat einen Gesetzesantrag zur Dezentralisierung der Verwaltungsbehörden des Bundes beschlossen. Ich appelliere an die Verantwortlichen, dass diese Initiative auch im Nationalrat weiterverfolgt wird und am Ende ein Gesetz steht, das den ländlichen Raum nachhaltig zum Besseren verändert.

Wir haben gehört, dass der ländliche Raum jährlich mehrere Tausend gut ausgebildete Personen pro Jahr an die großstädtischen Gebiete verliert. Gerade die Abwanderung von jungen Frauen macht mir da sehr, sehr große Sorgen, weil sich das natürlich auf das Sozial- und Wirtschaftsgefüge im ländlichen Raum besonders negativ auswirkt. Ich werde mich deshalb dafür einsetzen, Frauen generell zu fördern.

Das beginnt bei der Ausbildung – gerade Mädchen für Mint-Fächer zu begeistern, wäre ein möglicher Weg –, führt zur weiteren Verbesserung der Kinderbetreuungseinrichtungen und endet bei der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf.

Auch das Thema Frauenpension muss mitbehandelt werden. Da gibt es noch viel zu tun, zumal die Nutzung von Netzwerken noch immer eine männliche Domäne ist, was besonders bei Berufsmöglichkeiten und Vorzugsstimmwahlenkämpfen zum Tragen kommt. Ich begrüße deshalb das Reißverschlussystem bei Wahllisten und eine

Quotenregelung. Wer Frauen fördern will, muss sich auch dazu bekennen.

Ich möchte das Augenmerk auch auf die ältere Bevölkerung richten, ob sie nun auf dem Land oder in städtischen Gebieten beheimatet ist. Meine Vorgängerin Sonja Ledl-Rossmann hat sich bereits 2017 in einer Enquete im Bundesrat mit der Zukunft der Pflege auseinandergesetzt. Dieses Thema ist aber längst noch nicht erledigt und wird hier im Herbst weiter behandelt. Auch da war Salzburg mit seiner Pflegeplattform Vorreiter. 74 Millionen Euro werden in den Bereich Pflege und Betreuung investiert oder sind schon auf dem Weg. Eine bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, eine weitere Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für pflegende Angehörige und ein Pflegebonus wären aus meiner Sicht weitere Schritte, um dieses wichtige Thema einer Lösung zuzuführen.

Das ländliche Miteinander wird wesentlich von der lokalen Kultur und dem Ehrenamt geprägt und gefördert. Von der dörflichen Blasmusik, den Brauchtumsgruppen, den Chören und den Galerien bis zum international geschätzten Opern- und Theaterfestival, von den Rettungsorganisationen und den Feuerwehren zu den Sportvereinen und den Jugend- und Seniorengemeinschaften – die Aufzählung ist natürlich nicht vollständig – bietet der ländliche Raum auch für die Stadtbevölkerung diesen Ort des Miteinanders.

Das Ehrenamt gibt gerade jenen, die in Pension gehen, die besten Möglichkeiten, weiterhin eine tragende Säule der Gesellschaft zu bleiben, in eine Gesellschaft eingegliedert zu werden, geistig und körperlich fit zu bleiben und ihr Leben weiterhin sinnvoll auszufüllen. Wir müssen also jene, die bereit sind, sich ehrenamtlich zu engagieren, fördern. In Salzburg gibt es bereits eine Landesstelle zur Unterstützung dieses Ehrenamts. Eine steuerliche Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit wäre zudem ein deutliches Zeichen für mehr Fairness gegenüber jenen, die etwas für das Gemeinwohl tun.

Welche tragende Rolle das Miteinander jetzt und in Zukunft einnimmt, wollen wir im Rahmen einer Enquete – hoffentlich dann wieder möglich – am 4. November näher beleuchten. Dort werden wir uns mit der Kultur des Miteinanders in vielerlei Aspekten auseinandersetzen. Wir werden hören und darüber diskutieren, wie Zusammenarbeit auf nationaler und auf europäischer Ebene funktioniert und wie die Coronapandemie das Miteinander im Bildungswesen, in Kunst, Kultur, in Politik und Wirtschaft verändert hat und möglicherweise noch verändern wird.

„Das Ehrenamt gibt gerade jenen, die in Pension gehen, die besten Möglichkeiten, weiterhin eine tragende Säule der Gesellschaft zu bleiben, in eine Gesellschaft eingegliedert zu werden, geistig und körperlich fit zu bleiben und ihr Leben weiterhin sinnvoll auszufüllen. Wir müssen also jene, die bereit sind, sich ehrenamtlich zu engagieren, fördern.“

Andrea Eder-Gitschthaler

Am 15. September möchte ich Sie alle nach Salzburg einladen, wo wir gemeinsam mit der Präsidentin des Salzburger Landtages und dem Salzburger Landtag zum Thema „Bundesrat im Bundesland“ zusammenkommen wollen.

Die nächsten sechs Monate werden auch von verschiedenen Jubiläen geprägt: 100 Jahre des Bestehens unserer Bundesverfassung möchte ich zum Anlass nehmen, um eine Diskussion darüber zu führen, wie Frauen die nächsten 100 Jahre unserer Geschichte prägen können. Im Oktober wird auch die Bundesversammlung zu diesem Jubiläum zusammenkommen. Auch unser Bundesrat wird 100 Jahre alt. Es wird einen Festakt mit einer Buchpräsentation im Dezember geben. Im Dezember werden wir – Bundesrat und Nationalrat – auch in einer gemeinsamen Sitzung des 75-jährigen Jubiläums der Republik gedenken. Die Termine sind schon bekannt gegeben worden, und ich bitte euch wirklich um Teilnahme, sodass, wenn möglich, dann viele,



viele Bundesrätinnen und Bundesräte bei diesen Veranstaltungen dabei sein werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die nächsten sechs Monate werden uns alle vor wirklich große Herausforderungen stellen. Wir wissen noch nicht, wie sich die gesundheitliche und wirtschaftliche Lage im Herbst entwickeln wird, aber wir wissen natürlich, dass der Herbst und auch die Zeit danach im wirtschaftlichen Bereich noch viele, viele Anstrengungen von uns erfordert.

Damit schließt sich für mich nun der Kreis der Kultur des Miteinanders. Wenn wir Bundesrätinnen und Bundesräte miteinander diese Herausforderungen angehen, dann werden wir sie auch meistern.

Der Bundesrat wird nicht umsonst neben Europakammer auch Zukunftskammer genannt. Themen wie Digitalisierung, Pflege, Schutz des Trinkwassers oder die Zukunft des ländlichen Raums haben uns schon beschäftigt, bevor andere darauf aufmerksam geworden sind. Darauf, dass wir immer abseits der Tagespolitik die Aufmerksamkeit auf Zukunftsthemen legen, die später in der einen oder anderen Form Eingang in Regierungs- oder Wahlprogramme oder in Gesetze, die dann beschlossen werden, finden, dürfen wir wirklich stolz sein. Das gelingt uns nur, weil wir hier im Bundesrat das Miteinander hochhalten. Um dieses Miteinander möchte ich Sie für die nächsten sechs Monate bitten.

Ich wünsche mir, dass wir den Parlamentarismus hier in diesem Hohen Haus sachlich, kritisch, inhaltlich

„Der Bundesrat wird nicht umsonst neben Europakammer auch Zukunftskammer genannt. Themen wie Digitalisierung, Pflege, Schutz des Trinkwassers oder die Zukunft des ländlichen Raums haben uns schon beschäftigt, bevor andere darauf aufmerksam geworden sind.“

Andrea Eder-Gitschthaler

fundiert und lebendig leben – mit gegenseitiger Wertschätzung und Respekt für die Meinung der anderen. Nutzen wir diese Zeit, liebe Kolleginnen und Kollegen, um den Bundesrat weiterhin als aktive Länderkammer zu präsentieren und eine innovative Kraft im Hohen Haus zu sein! – Vielen Dank.

Landeshauptmann Wilfried Haslauer im Bundesrat

In seiner Erklärung vor dem Bundesrat anlässlich des Vorsitzes des Landes Salzburg im Bundesrat und in der Landeshauptleutekonferenz griff Landeshauptmann Wilfried Haslauer das Thema „Kultur des Miteinanders“ von Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler auf. Er appellierte, die gemeinsame Brücke nicht zu verlassen und für die gemeinsame Sache einzustehen.





Die Bundesländer seien Partner des Bundes und nicht Gegner, bekräftigte Haslauer. Nur mit diesem Zusammenhalt könne man auch in den herausfordernden Zeiten der Coronapandemie für Stabilität und Zuversicht sorgen – für die Zuversicht, dass die Regierenden die Situation in den Griff bekommen und dass eine aktive Opposition genau darauf schaut, was passiert und wie es passiert, beschwor der Salzburger Landeshauptmann die demokratische parlamentarische Balance und den respektvollen Diskurs.

In diesem Zusammenhang mahnte er auch ein, auf die Sprache zu achten. Diese habe in der Politik einen unmittelbaren Niederschlag auf die Akzeptanz eines Staates und eines Rechtssystems in der Bevölkerung, betonte Haslauer.

Stabilität und Zuversicht – unter dieses Motto stellte er auch seinen Vorsitz im Kreise der Bundesländer und erinnerte an die Zeit vor 100 Jahren, als die Monarchie zusammenbrach und die Menschen vor einer noch viel ungewisseren Zukunft standen als heute. Ein wesentlicher Anker für die Stabilität sei ohne Zweifel die Bundesverfassung. Sie sei das Ergebnis eines zähen Ringens zwischen Zentralismus und Föderalismus. Stabilität sei aber auch immer eine Frage der Rechtsstaatlichkeit.

Als ein unverzichtbares Element für die Zuversicht bezeichnete Haslauer Kunst und Kultur, und auch

hier griff er auf die Geschichte zurück, auf die äußerst schwierige Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, als die Salzburger Festspiele gegründet wurden. „Was für Visionäre!“, merkte er auch im Hinblick auf die aktuelle Situation an. Sie hätten in dieser Zeit das Völkerverbindende gesucht, sie hätten an die Seele und an die Kultur gedacht und nicht nur an das Nützliche. „Kunst und Kultur stellen unseren globalen Leuchtturm dar, Kunst und Kultur sind eine Stärke, für die wir kämpfen müssen“, so Haslauer, der sich in diesem Zusammenhang sehr glücklich darüber zeigte, dass die Salzburger Festspiele trotz der Coronapandemie stattfinden werden, wenn auch in modifizierter Form, aber mit hohem Qualitätsanspruch. Es sei von essenzieller Bedeutung, dass Kunst und Kultur wieder ermöglicht werden, unterstrich er und gab seiner Überzeugung Ausdruck, dass man aus der aktuellen Krise nicht herauskommen werde, wenn man nicht zuversichtlich, und die Kultur helfe dabei, das Leben anzureichern.

Haslauer gab jedoch auch zu bedenken, dass man derzeit eine Gratwanderung zu bewältigen habe. Neben der Bekämpfung der Covid-Krise sah der Salzburger Landeshauptmann aber weitere Problemfelder, die einer Lösung bedürfen. Konkret nannte er den Pflegebereich, den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, Investitionen in den Klimaschutz als große Chance für die Länder zum Ausbau der Infrastruktur und den Finanzausgleich.



ÖVP: CHANCE NÜTZEN, DIE BISHERIGEN GEWOHNHEITEN ZU HINTERFRAGEN

Auch Silvester Gferrer sah eine Chance in der Krise, indem man kritisch auf gewohnte Strukturen blickt, sich auf eigene Stärken besinnt und die eigenen Potenziale besser nützt. Gferrer hinterfragte vor allem den Sinn, Güter des täglichen Bedarfs in der ganzen Welt zu produzieren und sich damit vom Ausland abhängig zu machen. Regionalität ist für ihn daher das Gebot der Stunde. Grundversorgung bedeute nicht allein regionale Lebensmittelversorgung, sondern auch, den ländlichen Lebens- und Wohnraum zu erhalten, indem man die heimische Wirtschaft stärkt und Arbeitsplätze sichert.



SPÖ: AUCH KLARHEIT UND EIN ORDENTLICHES BUDGET TRAGEN ZUR STABILITÄT BEI

Das Miteinander, Vertrauen und die Stabilität sind auch für Michael Wanner wesentliche Aspekte. Dies dürfe aber nicht mit „Abnicken“ gleichgesetzt werden, meinte er im Hinblick auf die Aufgabe der Opposition. Klarheit und ein ordentliches Budget tragen laut Wanner zur Stabilität bei. Wanner unterstrich seinerseits die Notwendigkeit des solidarischen Handelns und forderte in diesem Zusammenhang ein Paket gegen die Arbeitslosigkeit, ein Paket für Klein- und Mittelbetriebe, die Abdeckung des Finanzbedarfs der Gemeinden und eine Stützung der Familien. Was Salzburg betrifft, so machte er auf die dortigen hohen Lebenshaltungskosten aufmerksam und sah auch im Bereich der Krankenanstalten und der Pflege „Luft nach oben“.



FPÖ: KRITIK AN 380-KV-LEITUNG, AN AUA-DEAL UND AN VERTEIDIGUNGSMINISTERIN TANNER

Zweifel, ob der Salzburger Vorsitz etwas beim Bund bewirken könne, hegte Marlies Steiner-Wieser. Zur Untermauerung ihrer Bedenken führte sie drei Beispiele an. Zum einen war dies die 380-kV-Leitung. Sie sprach in diesem Zusammenhang von einem „Verbrechen an der Natur“ und erinnerte an einen Beschluss im Landtag zum Baustopp, bis die Revision am Verwaltungsgericht beendet ist. Harsche Kritik übte sie auch am AUA-Deal. Man habe der Lufthansa Geld nachgeworfen, ohne auf den Salzburger Standort zu achten, was die heimische Wirtschaft schwäche. Die von Verteidigungsministerin Tanner angesprochenen möglichen Kasernenschließungen bezeichnete Steiner-Wieser als Damoklesschwert über Salzburg, denn damit würden Arbeitsplätze und die Sicherheit gefährdet, warnte sie.



GRÜNE: ANALYSIEREN, WAS IN DEN LETZTEN MONATEN FUNKTIONIERT HAT UND WAS NICHT

Die Oberösterreicherin Claudia Hauschildt-Buschberger wiederum begrüßte das Bekenntnis zur Kultur, sowohl seitens der Bundesratspräsidentin als auch seitens des Landeshauptmanns, denn damit seien wichtige Impulse für die Regionen verbunden, sagte sie. Die Kultur des Miteinanders in den Mittelpunkt zu stellen hält sie für sehr passend, denn die letzten Monate hätten deutlich gemacht, dass man auf die physischen Menschen angewiesen sei und nicht nur auf deren virtuelle Präsenz. Wichtig ist es für Hauschildt-Buschberger nun, zu analysieren, was in der letzten Zeit funktioniert hat und was nicht, und diesen Austausch auch in der Länderkammer weiterzuführen.



Aktiver Bundesrat





100 Jahre Bundesrat

Am 1. Dezember 1920 trat der Bundesrat zu seiner ersten Sitzung zusammen. Dieses Datum jährte sich 2020 zum 100. Mal.

Als vor 100 Jahren die junge Republik Österreich vor der Aufgabe stand, sich eine neue Verfassung zu geben, wurde viel darüber nachgedacht, wie die Gesetzgebung künftig ausgeübt werden könnte. Die verschiedenen Verfassungsentwürfe gingen einheitlich von einem bundesstaatlichen Aufbau Österreichs aus; die Länder sollten an der Bundesgesetzgebung beteiligt werden. Divergenzen bestanden jedoch über die Form und das Ausmaß dieser Beteiligung. Bald wurde der Wunsch nach einer „Länderkammer“ laut.

Allerdings war diese Idee keineswegs unumstritten, wie sich in den Protokollen des Verfassungsausschusses der Konstituierenden Nationalversammlung zeigt. Zweifelten einige politische Gruppierungen generell die Sinnhaftigkeit einer zweiten Kammer an, so zeigten sich andere skeptisch hinsichtlich der geplanten Zusammensetzung dieses Rats der Länder. Sollten dort eigens Mandatare vertreten sein oder könnte man nicht einfach Delegationen der Landtage entsenden, sollten alle Bundesländer gleich viele Abgeordnete erhalten oder ihrer jeweiligen Bevölkerungszahl entsprechend?

Wie intensiv die Debatten damals geführt wurden, lässt sich schon allein daran ablesen, dass Hans Kelsen, der Schöpfer unserer Bundesverfassung, nicht weniger als sechs Entwürfe zur Verfassung und damit auch zum Bundesrat vorlegte. Dazu kamen noch eigene Vorschläge der Christlich-Sozialen, des Tiroler Landtags, des späteren Bundeskanzlers Michael Mayr und der Sozialdemokraten. In mehreren Länderkonferenzen wurde um einen tragfähigen Kompromiss gerungen und mehrmals sah es so aus, als würde man sich nicht auf ein gemeinsames

Konzept einigen können, da auch die Frage nach den Kompetenzen der Länderkammer neue Diskussionen entfachte.

Am 1. Dezember 1920 konnte dann aber durch die Bundesverfassung das parlamentarische Geschehen auf eine neue Grundlage gestellt werden. An die Seite des Nationalrates (als Nachfolger des Abgeordnetenhauses) trat der Bundesrat, der die Interessen der Bundesländer im Gesetzgebungsprozess vertreten sollte. Die Hauptkompetenz der zweiten Kammer war von Anbeginn die Erhebung eines Einspruchs gegen Gesetzesbeschlüsse des Nationalrates (außer in Budgetfragen), dazu kamen ein Gesetzesinitiativrecht, ein Genehmigungsrecht für Staatsverträge und die parlamentarischen Kontrollrechte wie Dringliche Anfragen mit Interpellationen, Entschließungen. Gegenstand der seltenen Einsprüche in den 185 Sitzungen des Bundesrates von 1920 bis März 1933 waren zumeist Materien, in denen der Bundesrat eine Beschneidung der Länderrechte sah. Im April 1934 trat ein Rumpfbundesrat zu einer allerletzten Sitzung zusammen, denn in der Verfassung 1934 war kein Bundesrat mehr vorgesehen. An seine Stelle sollte als vorberatendes Organ für die Bundesregierung ein Länderrat treten, bestehend aus den jeweiligen Landeshauptmännern und Landesfinanzreferenten.

Zu Beginn der Zweiten Republik wurde im Zuge der Verfassungsüberleitung auch der Bundesrat wieder eingesetzt. Gingen schon der Entstehung dieser Länderkammer heftige Diskussionen voraus, so ist manche Kritik auch über all die Zeit nicht vollends erloschen.

In den letzten Jahren ist der Bundesrat aber ein Themensetzer geworden, der sich etwa intensiv und in vielen verschiedenen Aspekten mit der Digitalisierung, der Trinkwasserversorgung, den Kinderrechten und der Förderung des ländlichen Raums

auseinandersetzt. Auch die EU-Agenden sind ein wichtiger Punkt auf der Agenda der zweiten Kammer geworden; der EU-Ausschuss des Bundesrates tagt regelmäßig und hat viele begründete Stellungnahmen und Mitteilungen an die EU-Kommission gerichtet.

20 20



FUNDAMENTE

MEILENSTEINE DER
REPUBLIK

100

Bundesverfassung

J A H R E

100 Jahre Bundesrat: Eine starke Säule der Republik

So wie die österreichische Bundesverfassung (B-VG) feierte auch der Bundesrat 2020 seinen 100. Geburtstag. Bundesratspräsidentin Eder-Gitschthaler lud zu einer Festveranstaltung in das Palais Epstein und betonte in diesem Rahmen die Rolle der Länderkammer als Themensetzer und Zukunftskammer.

Das am 1. Oktober 1920 von der Konstituierenden Nationalversammlung beschlossene B-VG sah neben dem Nationalrat im Parlament nun auch eine zweite Kammer – den Bundesrat – vor, der die Interessen der Bundesländer im Gesetzgebungsprozess vertreten sollte. Die Länderkammer trat am 1. Dezember 1920 zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler lud aus diesem Anlass zu einer Festveranstaltung in das Palais Epstein unter dem Titel „100 Jahre Bundesrat. Eine starke Säule der Republik“.

Für Bundesratspräsidentin Eder-Gitschthaler ist der Bundesrat eine Konstante im parlamenta-

rischen Ablauf und er hat sich als Themensetzer und Zukunftskammer behauptet, wie sie in ihren Eröffnungsworten betonte. Das Miteinander und die Kollegialität seien hart erarbeitet worden, so Eder-Gitschthaler, aber das Miteinander zu bewahren, sei nicht immer leicht gewesen, und es sei gerade jetzt, in Zeiten der Pandemie und starker divergierender Ansichten zur deren Bekämpfung, nicht einfacher geworden.

Die Festrede hielt Brigitte Bierlein, die erste Bundeskanzlerin Österreichs. Sie stand davor auch als erste Frau an der Spitze des Verfassungsgerichtshofs. Bierlein betonte, dass die Funktionen des Bundesrates



und des Verfassungsgerichtshofs durch die Verfassung in mehrfacher Weise aufeinander bezogen seien.

Nicht übersehen werden sollte, so Bierlein, dass die Rolle des Bundesrates auch im oft kritisierten verfassungsrechtlich vorgegebenen Rahmen für unseren demokratischen Rechtsstaat von großer Bedeutung sei. Bierlein wies darauf hin, dass der Bundesrat in den letzten Jahren vor allem in Angelegenheiten der EU im EU-Ausschuss nachhaltige Aktivitäten entfaltet habe. Die Relevanz des Bundesrates im Subsidiaritätsprüfungsverfahren könne als beispielgebend bezeichnet werden. In der öffentlichen Wahrnehmung wohl zu wenig beachtet, habe der Bundesrat durch Abgabe zahlreicher Stellungnahmen zu Gesetzgebungsvorschlägen der Kommission an Ansehen und in der Europapolitik an Gewicht gewonnen.

„Wenn ein Bundesratsmitglied seine Aufgabe ernst nimmt, ist er der am besten informierte Mandatar der Republik.“

Gottfried Kneifel

In der sich daran anschließenden Diskussion warf Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler mit der Präsidentin des Salzburger Landtags Brigitta Pallauf, dem ehemaligen Bundesratspräsidenten Gottfried Kneifel und dem Präsidenten des Instituts für Parlamentarismus und Demokratiefragen Werner Zögernitz einen Blick in die Zukunft der Länderkammer.

Gottfried Kneifel legte Wert darauf, dass Abgeordnete immer wieder die Demokratie zu erklären hätten, und appellierte, in dieser Hinsicht aktiver zu werden.

Auch für Brigitta Pallauf ist die sichtbare Verbindung zwischen Landes- und Bundesrat wichtig. Für sie ist der Bundesrat jener föderale Beitrag, der in der Republik so wichtig sei.

Werner Zögernitz betonte außerdem, dass die Länderkammer das Markenzeichen jedes föderalen Staats sei. Für Österreich bedeute dies, dass der Bundesrat ein Zustimmungsrecht bei der Gesetzgebung und die Länderkammer zudem mehrfach eine Vorreiterrolle habe.

INFOBOX

100 Jahre Bundesrat Eine starke Säule der Republik

Parlamentsdirektion (Hg.)



Der Bundesrat, die zweite Kammer unseres Parlaments, ist seit 100 Jahren eine starke Säule unserer Demokratie. Als Schnittstelle zwischen Bund und Ländern ist der Bundesrat die starke Stimme der Regionen auf nationaler Ebene.

In den vergangenen Jahren hat er sich als Zukunftskammer mit Fokus auf relevante gesellschaftliche und politische Fragestellungen ebenso etabliert wie als Europakammer. Der österreichische Bundesrat nimmt europaweit eine wichtige Rolle ein, wenn es um die Frage geht, welche Regelungen besser auf nationaler und welche besser auf europäischer Ebene getroffen werden.

2020, zum 100-jährigen Jubiläum, versteht sich der Bundesrat als respektierter und relevanter Baustein unserer parlamentarischen Demokratie, der Zukunftsfragen stellt und die Vernetzung der Bundesländer auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene vorantreibt.

Gebunden, 226 Seiten mit zahlreichen Abbildungen

Format: 170 x 240 mm

ISBN: 9783800077625

Erscheinungsdatum: November 2020

19,90 Euro, inkl. MWSt.

75 Jahre Konstituierung Nationalrat und Bundesrat

Ein gemeinsamer Blick zurück auf die Meilensteine und Erfolge der Zweiten Republik. Anlässlich des 75. Jahrestags der konstituierenden Sitzungen des National- und des Bundesrates luden die aktuellen PräsidentInnen der beiden Kammern, Wolfgang Sobotka und Andrea Eder-Gitschthaler, zu einer virtuellen Festveranstaltung ins Parlament in der Hofburg ein.

Nur wenige Wochen nachdem die ersten Wahlen nach der Befreiung Österreichs von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft durch die Alliierten stattfanden, traten am 19. Dezember 1945 der Nationalrat und der Bundesrat zu ihrer jeweiligen konstituierenden Sitzung zusammen. 75 Jahre danach blickten die höchsten VertreterInnen des Staats auf die wichtigsten Meilensteine und Erfolge der letzten Jahrzehnte zurück. Neben Grußworten von Bundespräsident Alexander Van der Bellen, gemeinsamen Statements des Nationalrats und des Bundesratspräsidiums sowie Reden der fünf Klubobleute stand eine Festrede von Univ.-Prof. Konrad Paul Liessmann mit dem Titel „Die Würde des Hauses. Leiden und Größe der parlamentarischen Demokratie“ auf dem Programm. Moderiert wurde die musikalisch umrahmte Veranstaltung von Rebekka Salzer.

KONRAD PAUL LIESSMANN: IM HOHEN HAUS ARTIKULIERT SICH DAS GEMEINSAME

In den Mittelpunkt seiner Festrede mit dem Titel „Die Würde des Hauses. Leiden und Größe der parlamentarischen Demokratie“ stellte Konrad Paul Liessmann, Professor für Methoden der Vermittlung von Philosophie und Ethik an der Universität Wien, die grundlegenden Prinzipien des Parlamentarismus und der repräsentativen Demokratie. Er fragte dabei auch danach, wie sie zeitgemäß interpretiert werden können.

Die Erinnerung an die konstituierenden Sitzungen von National- und Bundesrat am 19. Dezember 1945 und die Wiedereinrichtung parlamentarischer Institutionen in Österreich sind für Liessmann ein berechtigter Anlass, mit Stolz und Genugtuung auf die Etablierung funktionierender demokratischer Einrichtungen zurückzublicken. Für ihn bietet dieses Datum dabei auch Gelegenheit, darüber nachzudenken, ob die Form der Demokratie, die sich seit 1945 in Österreich durchsetzen konnte, angesichts fundamentaler gesellschaftlicher, sozialer, technologischer und politischer Veränderungsprozesse in Bedrängnis und eine Krise gerade müsse.

Liessmann verwies auf die historische Entwicklung der westlichen Demokratien und ihrer Instrumentarien. Laut ihm entstanden sie, um die Ansprüche feudaler Herrscher einzuschränken und zu kontrollieren. Aus dieser grundsätzlich defensiven Haltung ergibt sich für Liessmann, dass vor allem das Gespräch, die abwägende Besinnung, das deliberative Element das Wesen des Parlaments ausmachen, nicht der Streit oder gar der physische Kampf.

„Im Parlament realisiert sich eine diskursive Vernunft, die sich als Verwalterin der allgemeinen Interessen und des Interesses des Allgemeinen versteht“, unterstrich Liessmann. „Darin liegt meines Erachtens auch die Würde des mit Recht so genannten Hohen Hauses: Dass es eben keine Arena ist, in der die Machtansprüche partikularer Interessen auf halbwegs zivilisierte Weise ausgefochten werden, sondern ein



Raum, in dem das Ganze einer Gemeinschaft, das, was diese im Innersten zusammenhält, sich artikulieren kann.“

BUNDESRATSPRÄSIDENTIN EDER-GITSCHTHALER: FÖDERALISMUS IST TEIL DER ÖSTERREICHISCHEN IDENTITÄT

Das gemeinsame Statement des Bundesratspräsidiums eröffnete Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler mit einem historischen Rückblick. Sie erinnerte daran, dass in dem durch Demarkationslinien zwischen den Besatzungszonen geteilten Österreich des Jahres 1945 den Ländern als Trägern historischer und politischer Identität besondere Bedeutung zukam. Um die staatliche Einheit Österreichs wiederherzustellen, war es notwendig, dass die Provisorische Staatsregierung in Wien mit den in den Ländern gebildeten provisorischen Landesausschüssen beziehungsweise Landesregierungen Einvernehmen herstellte.

Staatskanzler Karl Renner habe sich dafür jenes Modells bedient, das sich bereits in der Gründungsphase der Ersten Republik in den Jahren 1918 und 1919 als erfolgreich erwiesen hatte, des Modells der Länderkonferenzen. Bei der ersten Länderkonferenz am 24. September 1945 habe Renner den Bundesrat der Ersten Republik als „eine Länderkonferenz in Permanenz“ definiert. Drei Länderkonferenzen schufen 1945 die Voraussetzungen, dass am 25. November der Nationalrat und die neun Landtage gewählt werden konnten. Am 19. Dezember 1945 konnte damit nicht nur der Nationalrat, sondern auch der Bundesrat zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentreten.

Staatskanzler Renner habe im Rechenschaftsbericht der Provisorischen Bundesregierung 1945 hervorgehoben, wie entscheidend die Wiederherstellung der föderalen Strukturen für die erfolgreiche Wiedererrichtung der Republik Österreich waren.



„Unsere lebendige Demokratie entspringt unserem lebendigen Bundesstaat. Demokratie und Bundesstaat verdanken wir den Männern und Frauen, die Österreich vor 75 Jahren wieder begründet haben und derer wir heute in großer Dankbarkeit gedenken.“

Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler

Der österreichische Föderalismus sei also ein wesentlicher Teil der geistigen Identität Österreichs und der der ÖsterreicherInnen. „Nicht von ungefähr zählen sowohl das demokratische als auch das bundesstaatliche Prinzip zu den Baugesetzen der österreichischen Bundesverfassung, die seit jenem 19. Dezember 1945 wieder die Grundlage des österreichischen Staats bildet“, betonte Eder-Gitschthaler. „Unsere lebendige Demokratie entspringt unserem lebendigen Bundesstaat. Demokratie und Bundesstaat verdanken wir den Männern und Frauen, die Österreich vor 75 Jahren wieder begründet haben und derer wir heute in großer Dankbarkeit gedenken.“

BR-VIZEPRÄSIDENTIN GROSSMANN: BUNDESRAT IST „EUROPAKAMMER“ DES PARLAMENTS

Bundesratsvizepräsidentin Elisabeth Grossmann führte die Ausführungen zur Rolle der Länderkammer in der Zweiten Republik fort und erinnerte an das 2. Verfassungs-Überleitungsgesetz vom 13. Dezember 1945. Damals wurde der Bundesrat wieder in seiner Rolle im Sinne der Bundesverfassung von 1920 eingesetzt. Diese Episode der Verfassungsgeschichte verweist laut Grossmann auf die Dynamik der Verfassungsentwicklung, die mit der verfassungsrechtlichen Kontinuität in einem fruchtbaren Spannungsverhältnis stehe.

Die im Konsens erfolgte Entwicklung der verfassungsrechtlichen Grundlagen des Bundesrates in den vergangenen Jahrzehnten zeigt für Grossmann den behutsamen

Anpassungsprozess der Bundesverfassung bei gleichzeitiger Bewahrung ihrer grundlegenden Prinzipien.

Grossmann erinnerte auch daran, dass 2020 auch das 25-jährige Jubiläum des Beitritts der Republik Österreich zur Europäischen Union stattfindet, und sprach von den Möglichkeiten, welche das europäische Primärrecht und die österreichische Bundesverfassung dem Nationalrat und dem Bundesrat einräumen. Letzterer engagiere sich insbesondere im Verfahren der Subsidiaritätskontrolle auf der Grundlage des Vertrags von Lissabon. Der Bundesrat verstehe sich heute in besonderem Maße als „Europakammer“.

BR-VIZEPRÄSIDENT BUCHMANN: BUNDESRAT VERWIRKLICHT KOOPERATIVEN FÖDERALISMUS IM RAHMEN DER EU

„Der Bundesrat ist und bleibt ein unverzichtbarer Indikator für die in der Bundesverfassung grundlegende bundesstaatliche Struktur der Republik Österreich“, leitete Bundesratsvizepräsident Christian Buchmann sein Statement ein. Der österreichische Bundesstaat stehe für einen kooperativen Föderalismus. Er nehme damit etwas vorweg, was in der Europäischen Union zur weit ausgreifenden europäischen Realität geworden sei, das sogenannte Mehrebenensystem (Multi-Level-Governance).

„Die im Konsens erfolgte Entwicklung der verfassungsrechtlichen Grundlagen des Bundesrates in den vergangenen Jahrzehnten zeigt den behutsamen Anpassungsprozess der Bundesverfassung.“

Bundesratsvizepräsidentin
Elisabeth Grossmann

Angesichts der großen Herausforderungen ist es für Buchmann eine konsequente zeitgemäße Entwicklung, dass zur nationalen, regionalen und kommunalen Ebene auch die europäische Ebene hinzukommt und diese auch immer weitere Bereiche der Rechtsetzung



durchdringt. „Herausforderungen wie die weltweite Klimaveränderung und die wirtschaftliche Globalisierung können nur durch große gemeinsame Initiativen bewältigt werden“, betonte Buchmann.

„Der Bundesrat ist und bleibt ein unverzichtbarer Indikator für die in der Bundesverfassung grundlegende bundesstaatliche Struktur der Republik Österreich.“

Bundesratsvizepräsident Christian Buchmann

Er schloss sein Statement mit einem Bekenntnis zu den Werten der Grundrechtsdemokratie, die er als „europäisches Gemeingut“ definiert. „Die Republik Österreich wie die Europäische Union bekennen sich zur Grundrechtsdemokratie. Seit 75 Jahren sichert sie in Österreich sozialen Frieden und fairen Interessenausgleich“, erklärte Buchmann.

VAN DER BELLEN: IN DER FRIEDLICHEN VERÄNDERUNG VON MACHT-VERHÄLTNISSEN LIEGE „DIE REIZVOLLE KRAFT DES PARLAMANTARISMUS“

Fast genau heute vor 75 Jahren trat der österreichische Nationalrat erstmals nach dem Ende des Krieges, nach der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft und dem Holocaust zusammen, rief Bundespräsident Van der Bellen in Erinnerung. Obwohl die Zukunft des Landes zu diesem Zeitpunkt keineswegs sicher war, sei etwas gelungen, was für viele Menschen zum damaligen Zeitpunkt wie ein Wunder geklungen haben musste. Denn die Eröffnungssitzung des Nationalrates schaffte die Voraussetzung dafür, dass Österreich nach langer Unterbrechung wieder zu einer parlamentarischen Demokratie wurde.

SOBOTKA ZIEHT BILANZ ÜBER DIE GESCHICHTE DER REPUBLIK ÖSTERREICH

Die heutige Festveranstaltung soll an die Rückkehr der Republik Österreich zur parlamentarischen Demokratie vor 75 Jahren erinnern, erklärte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka. Die am 25. November 1945 stattgefundenen ersten freien

Wahlen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Befreiung Österreichs von der NS-Herrschaft haben wesentlich dazu beigetragen, dem vierfach besetzten Österreich ein Schicksal Deutschlands zu ersparen. Auf Grundlage dieses Volksentscheids konnte das österreichische Parlament noch am 19. Dezember 1945 zusammentreten und seine Arbeit aufnehmen.

Unter welchen äußeren Umständen diese Sitzungen damals stattgefunden haben, könne man sich heute kaum mehr vorstellen. Die noch kaum behobenen Kriegsschäden des historischen Parlamentsgebäudes stünden beispielhaft für die Zerstörungen, unter denen ganz Österreich infolge des Zweiten Weltkrieges gelitten habe.

BURES: KRISENZEITEN ERFORDERN ZUSAMMENARBEIT

Von „einer Stunde Null der Demokratie“ sprach die Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures, da die ersten Anfänge einer demokratischen Entwicklung in Österreich von zwei Faschismen und dem Weltkrieg blutig beendet wurden. Österreich und dessen Menschen fanden sich 1945 nicht nur in einem materiellen, sondern auch in einem moralischen Trümmerhaufen wieder. Dass damals die Gründungsväter der Republik jene Politiker waren, die zuvor der Verfolgung durch das Naziregime ausgesetzt waren, führte zu einem wirklich demokratischen Neubeginn, war Bures überzeugt. Der politische Mitbewerber wurde nicht mehr nur als Feind gesehen und die Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg als Chance für einen zügigen und erfolgreichen Wiederaufbaus erkannt.

HOFER SETZT AUF VERSTÄRKTE BÜRGERBETEILIGUNG

Für den Dritten Nationalratspräsidenten Norbert Hofer manifestiert sich die Erfolgsgeschichte der österreichischen parlamentarischen Demokratie zum einen in der Entwicklung einer offenen parlamentarischen Diskurskultur und zum anderen in der effektiveren Gestaltung der parlamentarischen Kontrollrechte. Das Parlament spiegle – repräsentiert durch die Vertreterinnen und Vertreter der Wahlparteien – die wesentlichen Interessen und Positionen der Gesellschaft wider. Wichtig erscheine ihm dabei, dass die Willensbildung, wie schon Hans Kelsen hervorgehoben hat, nicht als Diktatur der jeweiligen parlamentarischen Mehrheit verstanden werde, sondern dass Kompromissbildung im Vordergrund stehe.

100 Jahre österreichische Bundesverfassung

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler nahmen das 100-jährige Bestehen des Bundes-Verfassungsgesetzes (B-VG) zum Anlass, um am 1. Oktober zu einem Festakt in die Österreichische Nationalbibliothek zu laden.

Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler eröffnete die Veranstaltung. Im Rahmen ihrer Begrüßung konzentrierte sie sich vor allem auf den föderalistischen Aspekt der Bundesverfassung. Er sei mehr als ein Organisationsprinzip, denn er sei keine Kopfgeburt, sondern eine Herzensangelegenheit.

BUNDESVERFASSUNG NICHT NUR ELEGANT, SONDERN AUCH TOLERANT

Föderalismus ist für Eder-Gitschthaler Ausdruck des unbedingten Willens, im Miteinander die Zukunft zu finden und sich im gegenseitigen Respekt gemeinsam auf den Weg zu machen. Sie wies auch auf die Bedeutung der Länder und Länderkonferenzen zur Konsolidierung der Staatsgewalt in der Ersten Republik und die Ausarbeitung der Bundesverfassung hin, fügte aber hinzu, dass sich die Länder im Prozess der Kompromissfindung vor 100 Jahren zunehmend weniger behaupten konnten. Daher sei das B-VG ein „Bundesstaatskompromiss“. Dass die Landeshauptleuterkonferenz als ein Organ außerhalb der Verfassung existiert, das Einfluss auf das politische Geschehen im Bundesstaat ausübt, ist für die Bundesratspräsidentin ein typisch österreichischer Weg. In diesem Sinne erweise sich die Bundesverfassung nicht nur als elegant, sondern auch als tolerant, bemerkte Eder-Gitschthaler.

Es folgten Grußworte von Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Bundesministerin für EU und Verfassung Karoline Edtstadler. An

der anschließenden Podiumsdiskussion nahmen Bundeskanzlerin a. D. und VfGH-Präsidentin a. D. Brigitte Bierlein, Parlamentsdirektor Harald Dossi sowie der Geschäftsführer des Hans-Kelsen-Instituts Thomas Olechowski vom Institut für Rechts- und Verfassungsgeschichte der Universität Wien teil. Grundtenor der DiskutantInnen war, dass sich die Bundesverfassung immer als krisenfest erwiesen hat.

GARANT UND GERÜST FÜR DAS POLITISCHE ZUSAMMENLEBEN

Abgerundet wurde der Festakt mit einem Ausblick von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, der die Wahrung der Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt als einen wesentlichen Auftrag unserer Verfassung für die Zukunft sieht. Sie sei ein „Garant und Gerüst“ für das politische Zusammenleben und für die Stabilität der Staatsgewalten. Sorge bereite ihm jedoch der politische Umgang, der teilweise „wertend, unterstellend, moralisierend und auch respektlos“ sei.

Als Gäste konnten unter anderem Kardinal Christoph Schönborn, Vizekanzler Werner Kogler, der ehemalige Nationalratspräsident Andreas Khol, der Präsident des Verfassungsgerichtshofs Christoph Grabenwarter und Rechnungshofpräsidentin Margit Kraker sowie VertreterInnen der Parlamentsparteien und Mitglieder der Volksanwaltschaft begrüßt werden. Moderiert wurde der Festakt von Gerald Groß, für die musikalische Begleitung sorgte das Selini Quartett.



Weihnachtsbäume aus Salzburg

Traditionell kommt der Weihnachtsbaum des Parlaments aus dem jeweiligen Vorsitzland des Bundesrates. 2020 kam er aus der Salzburger Gemeinde Arnsdorf. In Beisein von Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler haben Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures und Dritter Nationalratspräsident Norbert Hofer den Baum in Empfang genommen und geschmückt. Auch die Präsidentschaftskanzlei durfte sich dieses Jahr über einen Weihnachtsbaum aus Salzburg freuen.

Ein Hauch von „Stille Nacht...“ schien heuer bei der feierlichen Übergabe des Weihnachtsbaums durch das Parlament in der Hofburg zu wehen, denn der vier Meter hohe Tannenbaum stammte direkt aus der Salzburger Gemeinde Arnsdorf – dem Entstehungsort des international bekannten Weihnachtslieds. In Arnsdorf hat Franz Xaver Gruber mit größter Wahrscheinlichkeit am Nachmittag des 24. Dezember 1818 die Melodie von „Stille Nacht! Heilige Nacht!“ komponiert.

Gemeinsam mit dem Präsidenten der Salzburger Landwirtschaftskammer Rupert Quehenberger, dem Salzburger Forstdirektor Franz Lanschützer, dem Obmann des Salzburger und Österreichischen Waldverbands Rudolf Rosenstatter und Bundesratskollegen Silvester Gfrerer hat die Bundesratspräsidentin persönlich dafür gesorgt, dass 2020 ein besonders schöner Baum nach Wien ins Hohe Haus kommt. „Der Waldverband hat den Baum gespendet, wofür ich mich herzlich bedanke“, so Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler anlässlich der Übergabe des Baums im Parlament.

WEISSTANNE AUS WAGRAIN

Auch der Weihnachtsbaum der Präsidentschaftskanzlei stammte dieses Jahr aus Salzburg. Bei der Übergabe der Weißtanne aus der Gemeinde Wagrain waren neben Bundespräsident Alexander Van der Bellen und dessen Ehefrau Doris Schmidauer Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler, der

Wagrainer Bürgermeister Axel Ellmer und weitere VertreterInnen der Marktgemeinde anwesend.

Zwei Musikerinnen und Volksschülerinnen aus Wagrain sorgten in der Hofburg für die musikalische Untermalung des Festakts. Der Bundespräsident dankte vor dem bereits festlich geschmückten Baum im Spiegelsaal der Hofburg persönlich für die Spende und nahm dabei auch Bezug auf den Stellenwert der Tanne in Sachen Klimaschutz.





(unten links, v. li.) Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures, Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler, Dritter Nationalratspräsident Norbert Hofer
(unten rechts, v. li.) Obmann Salzburger Waldverband Rudolf Rosenstatter, Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Franz Lanschützer vom Salzburger Waldverband

Debatte im Jugendparlament über die Schule 2.0

Das 22. Jugendparlament fand am 26. November 2020 erstmals virtuell statt. Schülerinnen und Schüler aus der Bundeshandelsakademie Hallein (Salzburg) und des Gymnasiums der Ursulinen in Graz (Steiermark) diskutierten online über die Schule der Zukunft.

„Ich sehe, das ist die Mehrheit. Damit ist das Hybrid-Schooling-Gesetz angenommen“, tönte es vom Vorsitz des Nationalrates im Parlament. Gesetzesinitiativen, Abänderungsanträge, Entschließungsanträge, Ausschussberatungen und sämtliche Vorgänge des parlamentarischen Prozesses wurden im Rahmen des 22. Jugendparlaments absolviert – aber nicht von Nationalratsabgeordneten oder BundesrätInnen, sondern von den SchülerInnen der 9. Schulstufe der Bundeshandelsakademie Hallein und des Gymnasiums der Ursulinen in Graz. Die teils hitzigen Diskussionen und sachlich fundierten Debatten fanden heuer coronabedingt im virtuellen Raum statt. Die JugendparlamentarierInnen hatten sich online zu ihren Sitzungen getroffen.

DEMOKRATIEBILDUNG IM PARLAMENT

Die Vermittlung von Wissen über Demokratie und Parlamentarismus ist ein bedeutendes Aufgabenfeld des Parlaments. Die Angebote werden laufend mit BildungsexpertInnen weiterentwickelt. Schon jetzt hat das Parlament vielfältige Angebote zur Demokratiebildung für alle Altersgruppen, insbesondere für Kinder und Jugendliche. Wie bei realen Abläufen im Hohen Haus wurden im Onlinejugendparlament Klubs gebildet, Gesetzentwürfe in Ausschüssen vorbereitet sowie im virtuellen Plenum diskutiert und abgestimmt. Ein fiktiver Gesetzesvorschlag zum Thema „Schule 2.0“ sollte die Jugendlichen zur Diskussion, Meinungsbildung und Kompromissuche anregen.

ABGEORDNETE STANDEN ALS RATGEBER ZUR SEITE

„Echte“ Nationalratsabgeordnete aller Fraktionen standen den „JugendparlamentarierInnen“ mit Tipps aus der politischen Praxis zur Seite und zeigten sich vom Engagement und dem sehr hohen Niveau der Diskussionsbeiträge begeistert. Durch das Jugendparlament soll den Jugendlichen Hintergrundwissen und Verständnis für parlamentarische Abläufe vermittelt werden und vor Augen geführt werden, dass Politik spannend und komplexer sein kann, als oft von außen wahrgenommen wird. Die Vermittlung von Wissen über Demokratie und Parlamentarismus ist ein bedeutendes Aufgabenfeld des Parlaments.

EDER-GITSCHTHALER: AM ENDE EINES GESETZES STEHT OFT EIN KOMPROMISS

Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler begrüßte die SchülerInnen ebenfalls mittels Videobotschaft und strich hervor, dass sie eine Vorreiterrolle durch die virtuell stattfindende Plenarsitzung einnehmen würden: „Eine Plenarsitzung des Nationalrates oder Bundesrates muss nämlich nach dem Gesetz weiterhin im Plenarsaal des Parlaments stattfinden.“ Eine virtuelle Sitzung, wie sie im Rahmen des Jugendparlaments durchgeführt werde, sei gesetzlich nicht zulässig.

Grundsätzlich seien aber – ob real oder virtuell – die Spielregeln für das Zustandekommen eines Gesetzes





dieselben. Es gelte, aufmerksam zuzuhören, sich in die Lage des anderen zu versetzen und gemeinsam Lösungen zu suchen. Am Ende eines Gesetzes stehe fast immer der Kompromiss. Manchmal sei es auch die Einsicht, dass ein geplantes Gesetz nicht zustande kommen könne, weil man keine Mehrheiten bei der Abstimmung im Parlament finde. Auch das sei zu akzeptieren. Eder-Gitschthaler ist aber überzeugt, dass das Jugendparlament eine großartige Chance sei, diesen demokratischen Prozess kennenzulernen und den Weg eines neuen Gesetzes von Anfang an mitzugestalten.

Bundesrat Christian Buchmann, der mit 1. Jänner 2021 den Vorsitz der Länderkammer übernahm, begrüßte ebenfalls die SchülerInnen. „Es ist wichtig, dass sich junge Menschen mit unserem Zusammenleben beschäftigen“, sagte er. „Es ist wichtig, dass junge Menschen auch verstehen, wie unsere Demokratiefunktioniert, wie Gesetze gemacht

werden, wie im gemeinsamen Dialog um die beste Lösung für unser Zusammenleben gerungen wird“, betonte Buchmann. Durch die Veranstaltung sollten Jugendliche knapp vor Erreichen des Wahlalters für politische bzw. parlamentarische Abläufe und Optionen sensibilisiert werden.

Auch Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka begrüßte die SchülerInnen zu Beginn des zweitägigen Jugendparlaments mittels Videobotschaft und wünschte ihnen eine angeregte Debatte. „In den beiden Tagen werdet ihr viel diskutieren, um Kompromisse zu finden. Bemüht euch, respektvoll mit anderen Standpunkten umzugehen, und lernt, Kompromisse zu akzeptieren!“

Mehr Informationen finden Sie unter www.reininsparlament.at





Familien- und Kinderrechteausschuss erstmals digital

Zwei Mal im Jahr gehen der Familien- und der Kinderrechteausschuss des Bundesrates vom Hohen Haus in das jeweilige Vorsitzland des Bundesrates, um die Lebenssituation von Familien, Kindern und Jugendlichen in Österreich zu verbessern. Die Situation von Familien und Kindern in Zeiten der Coronapandemie ist auch dabei zentrales Thema.

Im Rahmen des Familien- und des Kinderrechteausschusses werden Gespräche mit politisch Verantwortlichen geführt, um den Unterstützungsbedarf durch den Bundesrat zu eruieren. „Auch wenn aufgrund der aktuellen Coronalage das Zusammentreffen im Bundesland Salzburg diesmal im Rahmen einer Videokonferenz stattfinden musste, haben wir gute Ergebnisse erzielt“, erklärte Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler.

Neben der Bundesratspräsidentin sprachen die Vorsitzende des Ausschusses für Familie und Jugend des Bundesrates Marlene Zeidler-Beck, die Vorsitzende des Kinderrechteausschusses Daniela Gruber-Pruner und die BundesrätInnen aus den Ländern mit der Salzburger Kinder- und Jugendanwältin Andrea Holz-Dahrenstaedt insbesondere über die Situation der Familien und Kinder während des partiellen Lockdowns.



IPU-Gipfel: Austausch der Parlamentspräsidentinnen

Der 13. IPU-Gipfel der Parlamentspräsidentinnen wurde von Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler und Zweiter Nationalratspräsidentin Doris Bures gemeinsam mit der Präsidentin der Interparlamentarischen Union Gabriela Cuevas Barron eröffnet. In ihren Eröffnungsstatements riefen sie unisono ins Bewusstsein, dass Frauen von Krisen besonders stark betroffen sind.

Parlamentspräsidentinnen aus aller Welt tauschten sich in virtueller Form über Maßnahmen gegen frauenspezifische Folgen der Covid-19-Pandemie sowie des Klimawandels, wirtschaftliche Ungleichheiten und Gewalt gegen Frauen und Mädchen aus.

EDER-GITSCHTHALER: FORDERUNGEN DER LETZTEN UN-WELTFRAUENKONFERENZ GENAUSO AKTUELL WIE VOR 25 JAHREN

„Wir hätten gehofft, dass weltweit zu diesem Zeitpunkt schon mehr erreicht worden wäre, aber wir haben noch einen langen Weg vor uns“, sagte Eder-Gitschthaler mit Verweis auf die Pekinger Deklaration und Aktionsplattform, die bei der letzten UN-Weltfrauenkonferenz vor 25 Jahren von über 180 Staaten beschlossen wurde. Mit dem Forderungskatalog seien damals globale und internationale Meilensteine gesetzt worden. Leider sei dieser heute noch genauso aktuell wie vor 25 Jahren und gelte immer noch als visionär. „Wir haben noch einen langen Weg vor uns“, so die Bundesratspräsidentin.

Die Aufgabe aller Parlamentarierinnen sei es daher, die Forderungen der Deklaration weiterhin aktiv voranzutreiben und umzusetzen bzw. herauszufinden, was es noch braucht, um die Rechte und tatsächliche Situation von Frauen und Mädchen zu verbessern.

Die Covid-19-Pandemie habe erneut gezeigt, dass Frauen und Männer in Gesundheitskrisen – ähnlich wie auch bei den Auswirkungen des Klimawandels – aufgrund ihrer ungleichen Ausgangslage und unterschiedlichen Bedürfnisse auch anders betroffen seien. „Aufgrund von Diskriminierung, eingeschränkter Mitspracherechte, Armut und wirtschaftlicher

Abhängigkeit sind Frauen nach wie vor stärker von den Auswirkungen solcher Krisen betroffen“, so die Bundesratspräsidentin.

„Aufgrund von Diskriminierung, eingeschränkter Mitspracherechte, Armut und wirtschaftlicher Abhängigkeit sind Frauen nach wie vor stärker von den Auswirkungen solcher Krisen betroffen.“

Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler

Gleichzeitig würden Frauen jedoch eine entscheidende Rolle beim Krisenmanagement und der Bewältigung von Notsituationen spielen. „Wenn geschlechtsspezifische Dimensionen in Krisen nicht berücksichtigt werden, verschärfen sich bestehende Ungleichheiten und neue entstehen“, warnte Eder-Gitschthaler. Frauen müssten deshalb ein essenzieller Teil einer funktionierenden Krisenbewältigung und nachhaltigen Sicherheitsarchitektur sein sowie in die



Entwicklung von klima- und gesundheitsbezogenen Strategien aktiv miteinbezogen werden.

Dass die Welt neben Covid-19 noch mitten in einer anderen veritablen Krise steckt, nämlich in der Klimakrise, unterstrich die Bundesratspräsidentin ebenfalls im Rahmen des ersten Panels des virtuellen Treffens. Einerseits würden auch da die Folgen des Klimawandels sowie einhergehende Umweltkatastrophen vor allem Frauen und Mädchen treffen, da auch der Klimawandel geschlechtsneutral sei. Andererseits kämpften eine Vielzahl sehr engagierter Frauen aktiv gegen die Klimakatastrophe. Dem stehe jedoch die Tatsache gegenüber, dass Frauen noch immer seltener in politischen Entscheidungspositionen seien. „Eine Miteinbeziehung des Engagements von Frauen als speziell von der Klimakrise Betroffene ist ein essenzieller Bestandteil der Lösung. Jede Entscheidung, die ohne Frauen und Mädchen

getroffen wird, ist keine haltbare. Es gibt keine Klimagerechtigkeit ohne Gendergerechtigkeit“, so Eder-Gitschthaler.

BURES: COVID-19 DARF FÜR FRAUEN NICHT ZU RÜCKSCHRITTEN FÜHREN

25 Jahre nach Peking habe sich die Situation für Frauen weltweit zwar verbessert, aber zu langsam, unterstrich auch die Zweite Nationalratspräsidentin. Dabei seien die zaghafte frauenpolitischen Fortschritte der letzten Jahre und Jahrzehnte im Schatten der Covid-19-Pandemie gefährdet und würden Gefahr laufen, sogar zunichte gemacht zu werden.

„Gerade deshalb sind wir als starke, engagierte und einflussreiche Politikerinnen gefordert, die bisherigen Erfolge zu verteidigen. Wir müssen uns als Parlamentarierinnen, als Frauen und engagierte Bürgerinnen weiterhin konsequent für die gleich-

berechtigte Teilhabe von Frauen an politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen einsetzen“, so der Appell der Zweiten Nationalratspräsidentin an ihre Amtskolleginnen. Mitsprache allein schütze Frauen zwar nicht vor Ausbeutung, Diskriminierung und Gewalt; aber Mitsprache und Entscheidungsmacht seien Voraussetzungen dafür, dass Frauen ein unabhängiges, selbstbestimmtes und gewaltfreies Leben führen könnten, so Bures.

IPU-PRÄSIDENTIN CUEVAS BARRON: GENDERGERECHTE ANSÄTZE SIND KEIN LUXUS, SONDERN EIN ABSOLUTES MUSS

Angesichts der großen aktuellen Herausforderungen müsse Leadership auch ein weibliches Gesicht haben, hob die Präsidentin der Interparlamentarischen Union (IPU) Gabriela Cuevas Barron hervor. Nicht zu unterschätzen sei angesichts der nach wie vor bestehenden Ungleichheiten für Frauen und Mädchen der Weg, der dafür noch zu beschreiten sei. Gendergerechte Ansätze seien kein Luxus, sondern ein absolutes Muss, betonte die IPU-Präsidentin.

Etwa sei der Anteil an Parlamentarierinnen in 25 Jahren nur von 11 auf 25 Prozent gewachsen, nur zu 5 bis 6 Prozent stünden Frauen an der Spitze von Staaten, so Cuevas Barron. Umgekehrt stellten Frauen einen Anteil von 70 Prozent aller Menschen im Gesundheitsbereich und stünden damit überall auf dieser Welt an vorderster Front im Kampf gegen die Pandemie.

Gabriela Cuevas Barron appellierte in diesem Sinn, weltweit fünf verpflichtende Aktionen umzusetzen, um für die Zukunft Diskriminierung zu eliminieren. Dazu gehöre die Umsetzung bewusster Gesetzgebung sowie Frauen dazu zu motivieren, in die Politik zu gehen – mit dem Ziel einer Transformation der Parlamente in geschlechtergerechte Institutionen und einer Aufteilung von 50 : 50. Bekämpft werden müsse auch jede ungleiche Bezahlung bis hin zur unbezahlten Pflegearbeit, ebenso wie Gewalt gegen Frauen und Mädchen.

20 Prozent der ParlamentspräsidentInnen weltweit sind Frauen. Insgesamt beträgt der Frauenanteil in nationalen Parlamenten 25 Prozent, damit ist circa jedes vierte Parlamentsmitglied eine Frau.

Mehr Informationen finden Sie unter:
<https://www.ipu.org/event/13th-summit-women-speakers-parliament>





Gleichberechtigung gestern, heute und morgen

Die mit Frauen aus Politik und Wirtschaft hochkarätig besetzte Veranstaltung fand auf Einladung der Bundesratspräsidentin im Haus der Geschichte Österreich statt. Sie berichteten darüber, wie es ihnen trotz des herrschenden Ungleichgewichts gelungen ist, Verantwortung auf höchster Ebene zu übernehmen.

Die Keynote mit dem Titel „Frauen in der Politik – eine Geschichte mit vielen Kapiteln“ kam von der Direktorin des Hauses der Geschichte Monika Sommer. An der sich daran anschließenden Podiumsdiskussion nahmen Bundesministerin Karoline Edtstadler, Volksanwältin a. D. Ingrid Korosec, die Präsidentin des Salzburger Landtages Brigitta Pallauf, Nationalratsabgeordnete a. D. und Wiener Stadträtin a. D. Elisabeth Pittermann und ORF-Programmdirektorin Kathrin Zechner teil.

EDER-GITSCHTHALER: IN BEREICHEN, WO MASSGEBLICHE ENTSCHEIDUNGEN GETROFFEN WERDEN, SIND WIR VON EINER GLEICHSTELLUNG NOCH WEIT ENTFERNT

Das Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) vom 1. Oktober 1920 in der Fassung von 1929 hat auch die Gleichstellung von Mann und Frau normiert. Zwei Jahre zuvor, im Jahr 1918, erhielten die Frauen aufgrund eines Beschlusses der Provisorischen Nationalversammlung auch das aktive und passive Wahlrecht zuerkannt. Wie Eder-Gitschthaler ausführte, gab es zwar bereits vorher in vielen Bereichen Gleichbehandlung – diese betraf in erster Linie die Pflichten, nicht aber die Rechte. Die gesetzliche Gleichstellung im Jahr 1920 war kein Geschenk. Sie war hart erkämpft, hatte viele Widerstände zu überwinden, trug aber letztendlich der politischen Realität Rechnung, waren es doch die Frauen, die für die Männer an der Front im Ersten Weltkrieg einspringen mussten.

Auch wenn eine Frau als Bundeskanzlerin, Ministerin, National- oder Bundesratspräsidentin mittlerweile ein gewohntes Bild sei, sei die Gleichstellung im beruf-

lichen Alltag weiterhin keine Selbstverständlichkeit, resümierte Bundesratspräsidentin Eder-Gitschthaler. Besonders in den Familien und in sozialen Berufen trügen Frauen die Last großer Verantwortung, sie leisteten den größten Teil unbezahlter Arbeit, verdienten aber zumeist noch immer weniger. In Vorstandsetagen seien Frauen weiterhin eine Minderheit.

MONIKA SOMMER: GESCHLECHTERGESCHICHTE IST GESELLSCHAFTSGESCHICHTE

Geschlechtergeschichte ist Gesellschaftsgeschichte, betonte die Direktorin des Hauses der Geschichte Österreich Monika Sommer in ihrer Keynote. Frauengeschichte sei vor allem von jenen Frauen gemacht worden, die außerhalb der Politik agiert haben.

Sommer gab einen kurzen Gedankenaufriß über die Frauengeschichte in Österreich und wies darauf hin, dass sich der Kampf um das Frauenwahlrecht auf 1848 zurückführen lässt. Frauen seien Friedensaktivistinnen gewesen, wie etwa Bertha von Suttner, sie seien von Not und Armut betroffen gewesen, und jene, die sich an Demonstrationen und Streiks beteiligt hatten, seien mit dem Vorwurf von Disziplinlosigkeit und Unberechenbarkeit konfrontiert gewesen. Sommer hob besonders hervor, dass die Politikerinnen in den 1920er-Jahren durch parteiübergreifende Zusammenarbeit Verbesserungen für Frauen erzielen konnten.

Erst in den 1970er-Jahren kam es zu einer Dynamisierung der Frauenfrage, es kam zur Bildung einer autonomen Frauenbewegung. Es kam zur Familienrechtsreform, zur Einführung der Fristenlösung und



Vergewaltigung in der Ehe wurde strafbar. Zu wenig beachtet in der Frauenpolitik wurden jedoch die Anliegen behinderter Frauen sowie jene von Frauen mit anderer Hautfarbe, von Asylwerberinnen und Transsexuellen. Auch die meisten Forderungen des ersten Frauenvolksbegehrens aus dem Jahr 1997 würden noch auf ihre Umsetzung warten.

APPELL AN ÜBERPARTEILICHE ZUSAMMENARBEIT, DENN ES BLEIBT NOCH VIEL ZU TUN

Ministerin Karoline Edtstadler, Volksanwältin a. D. Ingrid Korosec, Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf, Abgeordnete a. D. Elisabeth Pittermann und Kathrin Zechner erzählten nicht nur von ihren Erlebnissen und

„Die positive Entwicklung einer Gesellschaft kann nur dann nachhaltig sein, wenn alle ihre Mitglieder in gleichem Maße davon profitieren. Dieses gleiche Maß wird aber erst dann erreicht sein, wenn Frauen an den maßgebenden Entscheidungen in gleichem Ausmaß teilnehmen.“

Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler

Kämpfen, sie waren sich auch darin einig, dass gerade die Corona-Pandemie deutlich gemacht habe, wie viel Doppel- und Dreifachbelastung Frauen in Zeiten wie diesen stemmen müssten. Sie alle stimmten mit Monika Sommer überein, dass noch viel zu tun bleibe.

Starke Frauen würden oft gescholten, „knallhart“ zu sein, sagte Ministerin Karoline Edtstadler. Man müsse den Frauen Mut machen, man brauche sowohl den männlichen als auch den weiblichen Blick der Dinge. Man dürfe die Männer in der Frauenfrage nicht aus der Pflicht lassen, meinte Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf. Frauen dürften sich auch nicht benutzen lassen. Angesichts der vielen Frauen, die ihre großen Begabungen in der Vergangenheit nicht entfalten konnten oder durften, sei es notwendig, dass Frauen „sichtbar“ seien. „Wir wissen, was wir können“, sagte Pallauf. ORF-Programmdirektorin Kathrin Zechner sieht es in diesem Sinne auch als eine ihrer Aufgaben, Frauen im ORF sichtbar zu machen. Aus diesem Grund würden beispielsweise derzeit viele Virologinnen vor den Vorhang geholt. „Anständigkeit und Wissen hat man im Hirn und nicht im männlichen Organ“, pflichtete die ehemalige Abgeordnete Elisabeth Pittermann ihren Kolleginnen am Podium bei, die als Ärztin vor allem die Ungerechtigkeiten und Benachteiligungen erlebte, denen Frauen am Arbeitsplatz ausgesetzt waren. Sie setzte sich daher als Betriebsrätin und Politikerin für entsprechende Rahmenbedingungen ein.

„Prinzipiell machen wir Frauen die Arbeit nicht besser, aber auch nicht schlechter“, unterstrich Ingrid Korosec. Frauen würden anders sozialisiert, sie verfügten über (soziale) Kompetenzen, die Männern nicht antrainiert wurden. Korosec forderte angesichts der Tatsache, dass Frauen mehr als 50 Prozent der Bevölkerung stellen, für Frauen auch 50 Prozent der Spitzenpositionen. Frauen an der Spitze würden die Welt nicht besser machen, sagte sie, aber gerechter. Frauen würden nicht an ihren Qualifikationen scheitern, sondern an den Wertvorstellungen. Sie rät den Frauen zu mehr Mut, zu Ehrlichkeit, zu Disziplin, zu Konsequenz und zur Liebe zu den Menschen.

INFOBOX

Der Anteil der Frauen liegt im Bundesrat derzeit bei rund 36 Prozent. Mit der Journalistin und Schriftstellerin Olga Rudel-Zeynek schaffte der Bundesrat aber einen Meilenstein in Bezug auf die Anerkennung von Frauen als Politikerinnen. Die christlich-soziale Rudel-Zeynek führte zwei Mal – vom 1. Dezember

1927 bis zum 30. Mai 1928 und vom 1. Juni bis zum 30. November 1932 – als Vorsitzende die Länderkammer. Sie war damit weltweit die allererste Frau an der Spitze einer parlamentarischen Körperschaft: Sie war die erste Präsidentin des österreichischen Bundesrates – und die einzige Frau, die dort im Lauf der ersten Republik den Vorsitz innehatte.



(oben) Die Veranstaltungsteilnehmerinnen erzählen von Erlebnissen
(unten) Die Veranstaltungsteilnehmerinnen (v. li.) ORF-Programmdirektorin Kathrin Zechner, ORF-Moderatorin Simone Stribl, Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler, Nationalratsabgeordnete a. D. Elisabeth Pittermann, Europaministerin Karoline Edtstadler, Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf, Präsidentin des Österreichischen Seniorenrates Ingrid Korosec, Direktorin Haus der Geschichte Österreich Monika Sommer

Terror in Wien

Erklärung des Bundesrates

Der feige Terroranschlag in der Wiener Innenstadt hat uns tief erschüttert. Unsere Anteilnahme gilt den Opfern und deren Angehörigen. Wir danken allen Einsatzkräften, die sich mit Mut und Entschlossenheit für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger einsetzen.

Das niederträchtige Attentat zielt auf das Herz unserer Demokratie und auf den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Die Schüsse trafen unschuldige Menschen und damit auch Freiheit und Nächstenliebe. Wir werden uns dem keinesfalls beugen, sondern gemeinsam gegen Hass und Gewalt zusammenstehen.

Wir dürfen uns nun nicht in Angst verschließen, wir werden stattdessen füreinander sorgen und dem Terrorismus eine deutliche Absage erteilen. Unsere Werte stehen nicht zur Diskussion; wir werden weiter Zusammenhalt leben und unsere liberale Gesellschaft mit allen Kräften verteidigen.

Der Zusammenhalt hat unser Land in der Vergangenheit stark gemacht. In Krisensituationen haben die politischen Parteien immer wieder bewiesen, dass sie das Gemeinsame vor das Trennende stellen können. Das tun wir auch heute, an einem Tag, an dem wir uns von Hass und Gewalt nicht spalten lassen.

Viele Menschen haben gestern besonderen Mut gezeigt. Die Einsatzkräfte der Polizei, des Bundesheers und der Rettung geben uns ein Beispiel dafür, wie in einer solch schrecklichen Situation professionell agiert wird. Genau das ist es, was unser Österreich auszeichnet: beherzte und tapfere Menschen, die im Einsatz für unsere Gemeinschaft Engagement, Mut und ein Herz für das Gemeinsame zeigen.

Dieses Herz für die Gemeinsamkeit werden wir uns bewahren, es schlägt weiter für Demokratie, Toleranz und Zusammenhalt.

Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler
Vizepräsident Christian Buchmann
Vizepräsidentin Elisabeth Grossmann
ÖVP-Fraktionsvorsitzender Karl Bader
SPÖ-Fraktionsvorsitzende Korinna Schumann
FPÖ-Fraktionsvorsitzende Monika Mühlwerth
Grünen-Fraktionsvorsitzender Marco Schreuder

Bundesrätin Korinna Schumann
(Vorsitzende der Bundesratsfraktion der SPÖ)

„Mit großer Betroffenheit gedenken wir der Opfer des grausamen Terroranschlags. Unser tiefstes Mitgefühl gilt den Angehörigen der Opfer und den Verletzten [...]. Unser Dank gilt all jenen, die in dieser Situation vor Ort einfach ganz selbstverständlich geholfen haben [...]. Wien ist eine starke Stadt, und die Wienerinnen und Wiener sind stark. Die Präsidentin hat es schon angesprochen: Dem Terror werden wir keinen Millimeter weichen und stattdessen mit aller Kraft für die Demokratie eintreten!“

Bundesrätin Monika Mühlwerth
(Vorsitzende der Bundesratsfraktion der FPÖ bis November 2020)

„Ja, wir wollen unsere Demokratie behalten und wir werden dafür kämpfen. Ja, wir werden für unsere Freiheit kämpfen, und wir lassen uns unsere Art, wie wir leben wollen, nicht nehmen. Es ist dennoch ganz wichtig, auch in diesen schrecklichen Momenten zu zeigen: Wir arbeiten weiter, denn das Leben ist ja da. Wir empfinden dennoch tiefe Trauer um die vier Ermordeten [...]. Wir verzweifeln ja manchmal an der Gesellschaft und glauben, sie wäre nicht mehr solidarisch, keiner helfe dem anderen und jeder wäre sich selbst der Nächste – aber nein, da haben Menschen anderen Menschen geholfen, damit sie in Sicherheit sind [...] Das finde ich bei all diesem schrecklichen Leid, das erzeugt wurde, großartig.“

Bundesrat Marco Schreuder
(Vorsitzender der Bundesratsfraktion der Grünen bis November 2020):

„Wir retten einander, wenn es notwendig ist, und das ist eine wichtige Lehre, finde ich.“

Frau Kollegin Mühlwerth hat das Wort schon verwendet, das in Wien für den Täter gefunden worden ist, und ich finde es auch richtig, ihm mit Verachtung zu begegnen, ihn nicht zu einem Helden oder Märtyrer zu machen, sondern ihm genau das entgegenzuschleudern, was ihm jetzt ganz Wien entgegenschleudert, und dass wir die Opfer in den Vordergrund rücken, aber auch den Zusammenhalt, den dieses Attentat zur Folge hatte.“

Am 2. November ereignete sich ein Terroranschlag in Wien, bei dem unschuldige Passantinnen und Passanten brutal aus dem Leben gerissen und viele weitere verletzt wurden. Eingedenk dieses schockierenden Ereignisses veröffentlichte die Präsidielle des Nationalrates eine gemeinsame Erklärung, der Nationalrat trat am 5. November zu einer Sondersitzung zusammen.





Parlamentarische Beziehungen



Regional und international

Der vernetzte Bundesrat

Der Bundesrat ist eine aktive Kammer, die auch intensiv nationale und internationale Kontakte zu Politik und Wirtschaft pflegt und so regionale und globale Themen vernetzt. Im vergangenen Jahr traf Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler österreichische Spitzenpolitiker und intensivierte – unter Einhaltung aller Covid-Auflagen – auch die Kontakte des Bundesrates über die Landes- und Staatsgrenzen hinweg.





4



5



6

1) Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler mit der serbischen Generalkonsulin Svetlana Stanković

2) Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler mit dem türkischen Botschafter Ozan Ceyhun

3) Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler mit dem ungarischen Parlamentspräsidenten László Kövér

4) Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler mit dem Vorsitzenden des Instituts der Regionen Europas Franz Schausberger beim 16. Salzburg Summit des Instituts der Regionen Europas

5) Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler mit Bundeskanzler Sebastian Kurz

6) Seniorenrose und Seniorennessel 2019 im Parlament überreicht (erste Reihe von links): Präsident des Österreichischen Journalistenclubs Fred Turnheim, Präsidentin des Österreichischen Seniorenrates Ingrid Korosec, Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler und VeranstaltungsteilnehmerInnen

7) Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler mit dem Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit Franz Ruf



7





11



12



13

8) Gegenseitiger Austausch im Palais Epstein: Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler mit den Bundesrätinnen aller Fraktionen

9) Übergabe der Bundesratspräsidentschaft beim Laimer Urschlag in Strobl am Wolfgangsee: Landeshauptmann Wilfried Haslauer, Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler, Bundesratspräsident a. D. Robert Seeber und Landeshauptmann Thomas Stelzer

10) Bundesrat im Bundesland: Präsident der Wirtschaftskammer Salzburg Peter Buchmüller, Präsident der Landwirtschaftskammer Salzburg Rupert Quehenberger, Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf, Präsident der Arbeiterkammer Salzburg Peter Eder und Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler

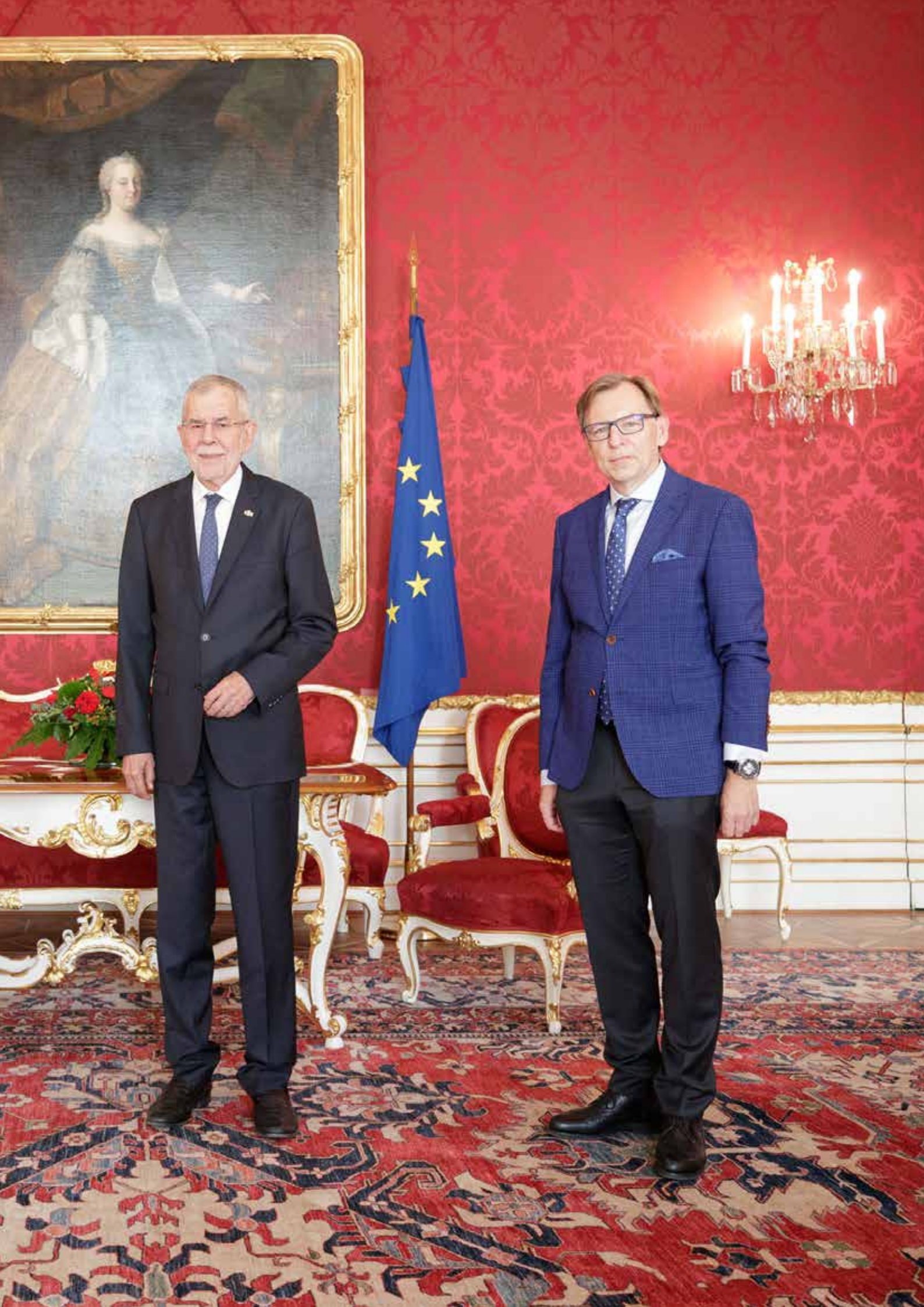
11) Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler mit Vizekanzler Werner Kogler

12) Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler mit dem Wiener Erzbischof Kardinal Christoph Schönborn

13) Mit Mitgliedern des Bundesrates und Abgeordneten zum Salzburger Landtag unternahm Bundesratspräsidentin Eder-Gitschthaler eine Wanderung auf die Bichlalm im Großarlal. Im Fokus standen dabei Umweltschutz, Landschaftspflege, Tierschutz und Ernährungssicherheit sowie der sorgsame Umgang mit Umwelt und Natur im Allgemeinen



(v. li.) Bundesratspräsident a. D. Robert Seeber, Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler, Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Bundesratspräsident Christian Buchmann





Das Gute liegt so nah – Regionen sind die Fundamente Europas

Steirische Präsidentschaft | 1. Halbjahr 2021



Steirische Präsidentschaft

Mit dem Jahreswechsel hatte die Steiermark den Vorsitz im Bundesrat von Salzburg übernommen. Zunächst hatte sich nicht viel an der aktuellen Lage bezüglich der Covid-19-Pandemie geändert. Österreich befand sich nach fast einem Jahr weiterhin in einer angespannten Situation. Die Wirtschaft wurde in eine Krise gestürzt, Arbeitgebern wie Arbeitnehmern fiel es zunehmend schwer, sich an die notwendigen Beschränkungen zu halten.

Die Pandemie würde natürlich auch Auswirkungen auf die nächsten fünf Monate des parlamentarischen Geschehens haben, das war abzusehen. In Sondersitzungen des Bundesrates sollten weiterhin die notwendigen Gesetze zur Bekämpfung von Covid-19 beschlossen werden.

Eine langfristige Planung war mit Beginn der steirischen Präsidentschaft nicht möglich, weil man die Entwicklung der Pandemie über ein paar Tage hinaus kaum noch vorhersehen konnte. Auch wenn die Pandemie das europäische Geschehen bestimmte, so wollte Bundesratspräsident Buchmann dennoch nicht die Zukunft der Europäischen Union aus den Augen verlieren.

Im Rahmen eines Jugendevents sollten junge Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit bekommen, ihre Kritik an Europa und ihre Vorstellungen zur Zukunft der EU zum Ausdruck zu bringen. Diese Veranstaltung

sollte an die Stelle der üblichen Enquete treten. Um den Prozess der Akkordierung zwischen den Bundesländern in EU-Angelegenheiten zu optimieren, war im Rahmen eines Bundesrates im Bundesland ein Vernetzungstreffen der Vorsitzenden der EU-Ausschüsse der Landtage gemeinsam mit den Mitgliedern des EU-Bundesratsausschusses in der Steiermark geplant.

Der österreichische Bundesrat sollte damit seine Rolle als aktive Kammer im Rahmen der Europäischen Union festigen.

Gegen Ende des Vorsizes der Steiermark im Bundesrat begann sich die gesundheitliche Lage dann soweit zu entschärfen, dass zum Abschluss sogar der traditionelle Empfang des Vorsitz führenden Bundeslandes und die erste Auslandsreise eines Bundesratspräsidiums seit November 2019 stattfinden konnte.



Antrittsrede

Bundesratspräsident Christian Buchmann

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Bundesrates!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Sie via ORF III heute mit dabei sind oder uns via Livestream zugeschaltet sind!

Als sichtbares Zeichen dafür, dass die Steiermark in diesem Halbjahr den Vorsitz in der Landeshauptleutekonferenz und im österreichischen Bundesrat innehat, weht auf dem Josefsplatz die steiermärkische Landesfahne in den Farben weiß-grün,

mit dem feuerspeienden Panther im Schild, bekrönt vom Herzogshut.

Ich freue mich sehr, dass ich in diesem Halbjahr den Vorsitz im Bundesrat führen darf; ich werde das gemeinsam mit meinen KollegInnen im Präsidium, der niederösterreichischen Bundesrätin Doris Hahn und dem Tiroler Bundesrat Dr. Peter Raggl, sehr gerne tun.

Ich möchte einleitend dem Herrn Landeshauptmann der Steiermark, dem Landtag Steiermark und meiner



Gesinnungsgemeinschaft für die Ehre, in diesem Halbjahr den Vorsitz im Bundesrat führen zu dürfen, sehr herzlich Danke sagen. Dies ist eine Ehre, die in Zeiten einer Pandemie gleichzeitig auch eine besondere Herausforderung darstellt.

Ich möchte eingangs auch meiner Vorgängerin im Amt, der Salzburger Bundesrätin Dr. Andrea Eder-Gitschthaler, sehr herzlich danken. Sie ist ihrem Motto, die Kultur des Miteinanders zu pflegen, mehr als nur gerecht geworden. Liebe Andrea, du hast dem Hohen Haus alle Ehre gemacht, danke für deinen Einsatz und deine Leistungen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bundesrat ist ein zentraler Grundpfeiler des föderalen politischen Systems in Österreich – wenn man so

sagen möchte, der föderalen politischen Verfasstheit unseres Landes. Seit 100 Jahren wirkt der Bundesrat an der Gesetzgebung und Gesetzwerdung mit und ist damit das Sprachrohr der österreichischen Bundesländer.

Gestern war aus Anlass der Ratspräsidentschaft der portugiesische Botschafter de Almeida-Ribeiro bei uns im Europaausschuss. Er hat gemeint, dass wir ein Pillar of Democracy in Austria sind, also auch ein Grundpfeiler der Demokratie in der österreichischen Politik und Gesetzgebung.

Die Parlamentsdirektion hat zum Anlass 100 Jahre Bundesrat ein sehr lesenswertes Buch herausgegeben: „100 Jahre Bundesrat – Eine starke Säule der Republik“. Darin hat Bundeskanzler Sebastian Kurz





in seinem Vorwort beispielsweise gemeint, dass der österreichische Bundesrat das Ländergewissen in der Bundesgesetzgebung darstellt.

Ja, wir sind in der Tat ein Sprachrohr der österreichischen Bundesländer, und unser Bundesrat hat sich in den vergangenen Jahrzehnten zu einer Europa- und Zukunftskammer weiterentwickelt, zu einer Zukunftskammer, weil es immer wieder gelungen ist, aktuelle Themenstellungen anzusprechen. Ich denke dabei beispielsweise an die Initiative von Ingo Appé, der dem Trinkwasser einen besonderen Stellenwert eingeräumt hat. Ich denke an die Initiativen meiner unmittelbaren Vorgänger Karl Bader, Robert Seeber und Andrea Eder-Gitschthaler, die die Stärkung des ländlichen Raums ganz besonders in den Vordergrund gestellt haben, aber es hat auch Initiativen in Richtung Digitalisierung und Pflege gegeben.

Ja, unser Bundesrat hat sich auch zu einer Europakammer weiterentwickelt. Sie wissen, dass Österreich seit 1995 Mitglied der Europäischen Union ist. Damals mussten Souveränitätsrechte des österreichischen Parlaments abgegeben werden, im Vertrag von Lissabon sind allerdings auch den nationalen Parlamenten Mitwirkungsrechte und Kontrollrechte eingeräumt worden. Unser Bundesrat übt diese Mitwirkungs- und Kontrollrechte im Rahmen der Spielregeln sehr, sehr intensiv aus – mit Stellungnahmen, mit Mitteilungen bis hin zu Subsidiaritätsrügen sind wir europaauffällig geworden –, und ich darf insbesondere den Mitgliedern des Europaausschusses in diesen Jahrzehnten, aber auch dem Hohen Haus insgesamt für diese Initiativen sehr herzlich Danke sagen.

Der österreichische Bundesrat war und ist sich immer auch der Bedeutung von Erinnerungskultur für die Gegenwart bewusst. Sie wissen, gestern vor 76 Jahren wurde das KZ Auschwitz-Birkenau befreit. Wir haben daher die weltweite We-Remember-Gedenkkampagne mit einem gemeinsamen Zeichen unterstützt, weil wir es den Opfern des Nationalsozialismus schuldig sind, niemals zu vergessen und konsequent gegen Hass, Gewalt und jede Form des Antisemitismus vorzugehen. Ich bedanke mich für dieses gemeinsame Zeichen im Namen aller, denen dieses Thema ein besonderes Anliegen ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mir ist sehr bewusst, dass die Vorsitzführung im Bundesrat in Zeiten einer Pandemie eine Herausforderung darstellt und dass viele Menschen – wir eingeschlossen – Sehnsucht nach Normalität haben, Sehnsucht, sich wieder mit der Familie und mit Freunden tref-

„Wir brauchen das Sowohl-als-auch und nicht das Entweder-oder. Und wenn wir das Sowohl-als-auch gemeinsam pflegen wollen, dann sind Kampfrhetorik, der Umgang mit Halbwahrheiten oder das bewusste Leugnen der Pandemie vor allem keine soziale Tat. Es ist damit nicht möglich, eine solidarische Gesellschaft zu schaffen. Es wird mir ein besonderes Anliegen sein, gemeinsam mit Ihnen an dieser solidarischen Gesellschaft zu arbeiten.“

Christian Buchmann

fen zu können, Sehnsucht, den beliebten Besuch beim Wirten durchzuführen, Sehnsucht, beim Lieblingsfußballverein auf der Tribüne zu sitzen oder einen Konzert- oder Museumsbesuch durchführen zu können, oder wir in der Politik Sehnsucht danach haben, den direkten Bürgerkontakt wahrzunehmen, weil es uns wichtig ist, dass wir von Angesicht zu Angesicht erfahren und spüren, wie die Menschen in diesem Lande denken und wie wir gemeinsam Problemstellungen meistern können.

Diese Sehnsucht eint uns. Manchmal gibt es auf dem Weg, diese Sehnsucht zu stillen, unterschiedliche Zugänge. Ich glaube, dass wir das Sowohl-

als-auch und nicht das Entweder-oder pflegen sollten – das Sowohl-als-auch, weil es wichtig ist, auf der einen Seite die besonders verletzlichen Gruppen in unserer Gesellschaft, ich meine damit die älteren Generationen, ich meine damit jene Menschen, die Vorerkrankungen haben, besonders zu schützen, und auf der anderen Seite, und ich weiß, das ist auch ein Thema des Vorsitzenden der Landeshauptleutekonferenz, die Trendwende auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen und das Comeback der Wirtschaft zu unterstützen. Wir brauchen das Sowohl-als-auch und nicht das Entweder-oder. Und wenn wir das Sowohl-als-auch gemeinsam pflegen wollen, dann sind Kampfrhetorik, der Umgang mit Halbwahrheiten oder das bewusste Leugnen der Pandemie vor allem keine soziale Tat. Es ist damit nicht möglich, eine solidarische Gesellschaft zu schaffen. Es wird mir ein besonderes Anliegen sein, gemeinsam mit Ihnen an dieser solidarischen Gesellschaft zu arbeiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Das Gute liegt so nah – Regionen sind die Fundamente Europas“: Das ist das Motto meiner Präsidentschaft. Ich habe dieses Motto sehr bewusst gewählt, weil ich glaube – und das zeigen auch alle Untersuchungen –, dass die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes das größte Vertrauen in jene Gebietskörperschaften haben, die nahe am Menschen sind. Das sind unsere Kommunen, unsere Gemeinden, das sind unsere Städte und die Regionen, in denen sie leben – das sind in Österreich die Bundesländer.

Wenn das so ist, dann ist es doch eine schöne Verbindung, wenn wir an die österreichischen Bundesländer und das, was uns auf europäischer Ebene eint, nämlich die Grundfreiheiten der Europäischen Union – die momentan durch die Pandemie stark eingeschränkt sind, wenn Sie beispielsweise nur an die Reisefreiheit denken –, denken. Das gilt aber insbesondere auch, wenn es um die Werte in der Europäischen Union geht: Denken Sie an die Menschenwürde, denken Sie an die Freiheit, denken Sie an die Demokratie, denken Sie an Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit, die es in diesen Regionen gemeinsam zu pflegen gilt!

Ich möchte daher gemeinsam mit den jungen Menschen in diesem Lande – wenn es Corona zulässt – und in einer virtuellen Form an der Zukunft Europas arbeiten und gemeinsam über die Zukunft Europas nachdenken. Ich möchte gemeinsam mit ihnen hier im Hohen Haus ein Jugendmeeting veranstalten, um deutlich herauszuhören, wohin die jungen Menschen unseres Landes gehen wollen. Ich möchte die neun Europaausschüsse der österreichischen Landtage

„Die Rolle des österreichischen Bundesrates, unsere gemeinsame Rolle ist es, Dinge möglich zu machen – natürlich kritisch reflektiert – und damit in Zeiten einer Pandemie eine Trendwende miteinzuleiten und auch das Comeback der österreichischen Wirtschaft zu ermöglichen.“

Bundesratspräsident Christian Buchmann

nach Graz einladen, um gemeinsam mit dem österreichischen Bundesrat über Subsidiaritätsfragen, über Verhältnismäßigkeitsfragen zu diskutieren und damit einen Mehrwert für die Menschen in unseren Regionen zu schaffen.

Kunst ist ein integraler Bestandteil unserer Gesellschaft und damit auch des politischen Lebens. Wenn Sie hier im Redoutensaal der Hofburg auf die Wände blicken, spüren Sie, dass uns Kunst und Kultur begleiten. Ich möchte das auch in meine Präsidentschaft einbinden. Ich habe daher den renommierten Medienkünstler Richard Kriesche eingeladen, eine besondere Kunstinstallation in den Amtsräumlichkeiten des Bundesrates zu errichten, um im Kontext von Europa, Politik und Demokratie, aber auch von Kunst und Kultur darauf hinzuweisen, dass das Ganze – ich habe einen ganzheitlichen Denkansatz – jedenfalls mehr als die Summe seiner Teile ist. Wenn wir es gemeinsam richtig anlegen, können wir einen ganz besonderen Mehrwert für die Gesellschaft schaffen, das ist aber gerade in Zeiten einer Pandemie eine besondere Herausforderung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht nur das Medienkunstwerk von Richard Kriesche wird Kunst und Kultur zeigen. Ich bin dem steirischen Kultur-



landesrat Christopher Drexler sehr dankbar für seine Initiative zur Steiermarkschau. Im April wird die Steiermarkschau in Wien zu Gast sein und damit das deutliche Bekenntnis zu Kunst und Kultur dokumentieren. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie dann die Einladung annehmen und sich die Steiermarkschau, die voraussichtlich am Heldenplatz zu sehen sein wird, ansehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe in meinem politischen Leben mehrere Stationen durchlaufen. Ich habe die Ehre gehabt, in meiner Heimatstadt Graz als Gemeinderat und als Stadtrat zu wirken. Ich habe in der steiermärkischen Landesregierung und im steiermärkischen Landtag mitarbeiten können. Ich war auf europäischer Ebene Mitglied des Ausschusses der Regionen, hatte in der Cosac, der parlamentarischen Dimension der Ratspräsidentschaft, die Möglichkeit, meine Stimme zu erheben. Ich habe nun die Möglichkeit, für die nächsten fünf Monate gemeinsam mit Ihnen im österreichischen Bundesrat ganz besonders zu wirken.

Ich habe ein Credo, und dieses möchte ich Ihnen gerne mitteilen: Die Rolle des österreichischen Bundesrates, unsere gemeinsame Rolle ist es, Dinge möglich zu machen – natürlich kritisch reflektiert – und damit in Zeiten einer Pandemie eine Trendwende

miteinzuleiten und auch das Comeback der österreichischen Wirtschaft zu ermöglichen.

Ich glaube, dass wir gemeinsam das Notwendige tun sollen und sogar das Notwendige tun müssen, im Wissen, dass es nicht zwangsläufig hinreichend sein muss, wenn wir das Notwendige tun. Das spüren wir jeden Tag: Wir sind mit geänderten Rahmenbedingungen konfrontiert, wir haben einen starken Wandel auch in unserer Gesellschaft, wir haben ein Auseinanderdriften unserer Gesellschaft. Es sollte unser gemeinsames Anliegen sein, dieses Auseinanderdriften zu verhindern und eine solidarische Gesellschaft zu erreichen – und das in Wort und Tat, denn das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen ist mir ein besonderes Anliegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mein Motto: „Das Gute liegt so nah“, erwähnt. Ein Teil dieses Mottos ist dem Werk eines großen Schöpfers deutscher Dicht- und Sprachkunst entnommen, nämlich Johann Wolfgang von Goethe, der in seinen Erinnerungen über das Glücklicherweise gemeint hat – ich zitiere –: „Willst du immer weiter schweifen? Sieh, das Gute liegt so nah. Lerne nur das Glück ergreifen, denn das Glück ist immer da.“ – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. Ein steirisches Glückauf!

„Wir können diese Krise nur gemeinsam überwinden“

In seiner Erklärung vor dem Bundesrat am 28. Jänner 2021 anlässlich des steirischen Vorsitzes in der Länderkammer und in der Landeshauptleutekonferenz griff der Landeshauptmann der Steiermark Hermann Schützenhöfer die Themen Zuversicht und Zusammenhalt auf.





„Wir können diese Krise nur gemeinsam überwinden“, betonte Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer in seiner Erklärung vor dem Bundesrat. Schützenhöfers wichtigste Erkenntnis in der Coronapandemie sei, dass „wir nur stark sind, wenn wir an einem Strang ziehen“ und über die Parteigrenzen hinweg nach Lösungen gesucht werde. Mit seiner politischen Erfahrung könne er erkennen, dass „wir uns in einer absoluten Krise befinden“. Dies sei aber keine Not, den Menschen gehe es „alles in allem“ gut. Not hätten seine Eltern- und Großelterngeneration während und nach dem Zweiten Weltkrieg erleiden müssen.

„Wir sind nur stark,
wenn wir an einem
Strang ziehen.“

Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer

Der steirische Landeshauptmann ortete einen Spalt in der Gesellschaft und Politik, den es mit demokratischen Mitteln zu bekämpfen gelte. Er sei über die Tonalität und Niveaulosigkeit in manchen Redebeiträgen besorgt. Dies sei nicht der Weg, um

große Probleme gemeinsam zu lösen. Kritik sei ein Leberelement der Demokratie, man müsse jedoch versuchen, Konflikte zivilisiert zu lösen. Schützenhöfer appellierte daran, nun „das Richtige“ zu tun. Dies müsse aber gleichzeitig nicht immer populär sein.

Was die Schwerpunkte seines Vorsitzes in der Landeshauptleutekonferenz betrifft, betonte der Landeshauptmann die Stärkung des Zusammenhaltes in der Gesellschaft sowie die Maßnahmen zum „Comeback der Wirtschaft“, die Sicherung von Arbeitsplätzen sowie die Digitalisierung des ländlichen Raums. Aktuell seien rund eine Million Menschen arbeitslos oder in Kurzarbeit, es gehe nun darum, den „Wirtschaftsmotor wieder so rasch wie möglich auf Touren zu bringen, damit alle ÖsterreicherInnen einen Arbeitsplatz bekommen“. Dazu brauche es Investitionen auf allen Ebenen. Gleichzeitig gelte es, „klare“ Maßnahmen zur Kontrolle des Virus zu setzen sowie Zuversicht in einer Zeit zu vermitteln, „wo wir heute nicht wissen, was morgen passiert“. Schützenhöfer begrüßte in diesem Zusammenhang den „Schulterschluss“ der Bundesregierung mit den Bundesländern in den letzten Wochen. Abschließend appellierte er an das Hochhalten von „Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie“, diese seien die Grundpfeiler des gesellschaftlichen Zusammenlebens.





ÖVP: ES BRAUCHT „DAS MITEINANDER“ ZUR BEKÄMPFUNG DER CORONAKRISE

Auch Ernest Schwindsackl betonte, dass es nun um „das Miteinander“ und den „Schulterschluss zwischen der Bundesregierung, den Bundesländern, den Parteien sowie den Menschen“ gehe. Er habe viel Zuversicht in der Erklärung des steirischen Landeshauptmanns herausgehört. Die Vorsitzübernahme sei ein „großer Tag“ für das Bundesland Steiermark, dessen Verantwortung man sich bewusst sei und der man auch nachkommen wolle. Das „Steirertum“ habe sich immer den Herausforderungen der Zukunft, Gegenwart und Vergangenheit gestellt, so Schwindsackl. Sein Parteikollege Karlheinz Kornhäusl sorgte sich um die Tonalität in der politischen Debatte während der Pandemie. Es solle nun nicht darum gehen, „wer am Ende des Tages gerissener ist, sondern wer besonnen und klug handelt“. „Klug“ sei es nun, die Stärken auf allen politischen Ebenen, von der EU bis zu den Gemeinden, zu nutzen.



SPÖ: „CORONATAUSENDER“ ZUR ANKURBELUNG DES KONSUMS

Grundsätzlich sei Zusammenhalt und Zusammenarbeit die richtige Vorgehensweise zur Bekämpfung der Krise, erklärte Horst Schachner. Ansonsten würden die Menschen das Vertrauen in die Politik verlieren. Es brauche nun „die ganze Kraft, damit Österreich wieder aus der Krise herauskommt“, so der SPÖ-Mandatar. Neben der Gesundheitskrise gebe es aber auch eine Sozial- und Wirtschaftskrise, etwa eine Million ÖsterreicherInnen seien arbeitslos oder in Kurzarbeit. Schachner forderte eine „ordentliche Unterstützung“ durch die Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70 Prozent Nettoersatzrate. Ansonsten könnten die Menschen ihren Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten. Für die Ankurbelung des Konsums sei zudem die Ausgabe eines „Coronatausenders“ in Gutscheinform die richtige Maßnahme, so Schachner weiter.



FPÖ: KRITIK DER FPÖ IST KEINE HETZE UND KEIN SPALTEN

Markus Leinfellner konnte den Ausführungen Schützenhöfers nicht zustimmen. Er kritisierte die aus seiner Sicht „völlig überzogenen Maßnahmen“ der Bundesregierung. In Bezug auf die Forderung Schützenhöfers nach einer Impfpflicht habe sich der FPÖ-Mandatar erwartet, „dass sich der Landeshauptmann an die Seite der SteirerInnen stellt, anstatt eine Sprechpuppe oder ein Testballon für den Bundeskanzler zu sein“. Wenn das der Weg der „neuen türkisen ÖVP“ sei, hoffe er auf eine schnelle Beendigung durch „mündige BürgerInnen“. Leinfellners Fraktionskollegin Andrea Michaela

Schartel bemängelte, dass jegliche Kritik der FPÖ an den Coronamaßnahmen als „Hetze und Spalten“ abgestempelt werde. Demokratie lebe aber von der Kritik, es würde immer unterschiedliche Zugänge zu Problemlösungen im Interesse der Menschen geben. Zudem ist es laut Schartel wichtig, nationale Stärken zu fördern. Gerade die Probleme bei der Beschaffung des Impfstoffs hätten gezeigt, dass die Verlagerung auf die EU-Ebene nicht funktioniert habe.

GRÜNE: ZUSAMMENHALT FÜR ENTSCHEIDENDE PHASE IM KAMPF GEGEN DAS CORONAVIRUS WICHTIG

Das Motto „Zuversicht und Zusammenhalt“ sei gerade jetzt, wo es darauf ankomme, gut gewählt, erklärte Andreas Lackner. Für den steirischen Vorsitz werde es sicher ein herausforderndes halbes Jahr. Man befinde sich mitten in der entscheidenden Phase im Kampf gegen das Coronavirus. Gerade jetzt komme es auf den Zusammenhalt in Österreich an. Auch Lackner ortete eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen „Bund, Ländern, großen Teilen der Opposition sowie den Menschen im Land“. Hier habe sich „in den letzten Wochen einiges getan“.

NEOS: TRANSPARENZOFFENSIVE FÜR LANDESHAUPTLEUTEKONFERENZ NÖTIG

Das erste Monat im Jahr 2021 habe nach einer verstärkten Einbindung der Opposition und der Bundesländer gewirkt, unterstrich Karl-Arthur Arlamovsky. 2020 sei im Gegensatz dazu ein „Alleingang der Bundesregierung“ gewesen. Diese Veränderung zeige sich auch an der Einbindung der Bundesländer bei der Organisation der Coronaimpfung. Als Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz solle Schützenhöfer für die Förderung dieses Dialogs sorgen. Zudem solle sich der Landeshauptmann dafür einsetzen, dass jene Bevölkerungsgruppen zuerst geimpft werden, die es am dringendsten benötigen. Best-Practice-Modelle eines Bundeslandes sollten von den anderen Ländern übernommen werden, so Arlamovsky. Was das Format der Landeshauptleutekonferenz betrifft, forderte der NEOS-Mandatar eine „Transparenzoffensive“. Schützenhöfer solle seine LandeshauptleutokollegInnen davon überzeugen, die Protokolle der Konferenzen in den Landtagen zu diskutieren, denn die Landeshauptleutekonferenz sei jenes Gremium, „in dem realpolitische Entscheidungen getroffen werden, das de jure aber nicht in der Verfassung vorkommt“.



Gedenken und Erinnern



Holocaust-Gedenktag

Nationaler Tag im Gedenken an die Opfer des Holocaust.

We Remember

We Remember

Remember

We Remember

We Remember

Remember

Remember

Das österreichische Parlament hat sich 2021 an der digitalen Kampagne #WeRemember des World Jewish Congress (WJC) und der Unesco beteiligt. Diese soll Bewusstsein für die Bedeutung von Erinnerungskultur für die Gegenwart schaffen. Im Namen der Opfer des Nationalsozialismus wird die Stimme erhoben, um vor gefährlichen Entwicklungen in der Gesellschaft zu warnen.

Die Kampagne findet jährlich rund um den Internationalen Holocaustgedenktag am 27. Jänner statt. Dieser erinnert an die Befreiung des KZ Auschwitz-Birkenau und steht für die weltweite Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus.

In Österreich haben sich sowohl Nationalrat als auch Bundesrat an dieser Kampagne beteiligt.

Zur Krisenfestigkeit und Resilienz von Demokratie

Das Gedenken an die Ereignisse des Jahres 1933, dem Ende der parlamentarischen Demokratie in Österreich, verband das österreichische Parlament 2021 mit der Frage nach dem Zustand unserer Demokratie heute, gerade in Zeiten einer globalen Pandemie.

Am 4. März 1933 wurde das Ende der parlamentarischen Demokratie in Österreich eingeleitet. Anlässlich des Jahrestags dieses historisch bedeutsamen Ereignisses trafen die PräsidentInnen des Nationalrates und des Bundesrates zu einer Diskussionsrunde zum Thema „Resilienz der Demokratie – Krisenfestigkeit von Mensch und Gesellschaft“ zusammen. Könnten sich die Vorgänge von damals in der Gegenwart wiederholen? Wie krisenfest ist das Parlament bzw. die Demokratie von heute oder wie soll man mit den derzeit stattfindenden Polarisierungen in der Gesellschaft umgehen? Das waren nur einige der Fragestellungen, die im Laufe des von ORF-Journalistin Rebekka Salzer moderierten Gesprächs näher beleuchtet wurden.

NATIONALRATSPRÄSIDIUM BELEUCHTET UNTERSCHIEDLICHE ASPEKTE

Anlässlich des Gedenkens an die Ereignisse vom 4. März 1933 betonte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka: „An diesem Tag wurde das österreichische Parlament und damit die Demokratie vor aller Augen ausgeschaltet. Gerade in Zeiten, in denen Fakenews, Verschwörungstheorien und Staatsverweigerung ein zunehmend aufgeladenes und in Teilen auch antidemokratisches Klima schaffen, muss uns bewusst sein, dass die Demokratie nicht selbstverständlich ist. Wir müssen jeden Tag aufs Neue für sie eintreten. Und wir müssen sie jeden Tag aufs Neue verteidigen.“

Der 4. März 1933 sei der Ausgangspunkt für einen autoritären Weg Österreichs in Richtung Ständestaat und Austrofaschismus gewesen, erinnert Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures. „Die Republik war damit zerstört und die brutale Unterdrückung der Arbeiterbewegung nahm ihren Lauf. Daher ist es

heute unser politisches Erbe, auf die Einhaltung der Grund- und Freiheitsrechte, von Pressefreiheit und Rechtsstaatlichkeit mit besonderer Wachsamkeit zu achten“, so Bures.

„Heute sind wir von solch einer Situation weit entfernt. Dennoch gilt es in einer durch die Covid-19-Pandemie geprägten Zeit, in der persönliche Freiheiten eingeschränkt sind, besonders wachsam zu sein und die Lehren aus unserer Geschichte zu ziehen.“

Bundesratspräsident Christian Buchmann

Der Gedenktag soll uns vor Augen führen, wie einfach die Demokratie aus dem Gleichgewicht gebracht werden kann, erklärt Dritter Nationalratspräsident Hofer. „Die Vorgänge im Jahr 1933 zeigen uns auch, wie wichtig das Parlament als Grundsäule für das



Funktionieren der Demokratie ist. Darauf dürfen wir auch in der herausfordernden Zeit der Coronapandemie nicht vergessen.“

BUCHMANN: ES BRAUCHT WACHSAMKEIT

Es sei entscheidend für Österreich, aus der Geschichte die richtigen Lehren zu ziehen, zeigte sich Bundesratspräsident Christian Buchmann überzeugt. Auf Basis der Verfassung sowie der europäischen Fundamente müssten daher Werte wie Demokratie, Menschenrechte, Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit gerade in einer Krisensituation hochgehalten werden. Nur auf Basis eines gesellschaftlichen Konsenses auf allen Ebenen könne die Coronakrise überwunden werden. Buchmann mahnte ebenso einen wertschätzenden Umgang der politischen VertreterInnen miteinander sowie zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften ein; dieser

dürfe jedoch keine Einbahnstraße sein. Wichtig sei zudem, bei der Debatte das „Sowohl-als-auch“ in den Mittelpunkt zu stellen, also sowohl die vulnerablen Gruppen zu schützen, als auch die wirtschaftliche Prosperität und den Erhalt von Arbeitsplätzen zu ermöglichen.

„Heute sind wir von solch einer Situation weit entfernt. Dennoch gilt es in einer durch die Covid-19-Pandemie geprägten Zeit, in der persönliche Freiheiten eingeschränkt sind, besonders wachsam zu sein und die Lehren aus unserer Geschichte zu ziehen.“

Die Veranstaltung kann in der Mediathek des österreichischen Parlaments nachgesehen werden.



MÄRZ 1933

„Meine Herren, es ist unmöglich, das Präsidium zu führen, wenn ein so großer Teil des Hauses den Entscheidungen des Präsidiums widerspricht. Ich werde das nicht auf mich nehmen. Ich lege meine Stelle als Präsident nieder“, verlautete der damalige Nationalratspräsident Karl Renner vor seinem Rücktritt nach einer umstrittenen Abstimmung in einer außerordentlichen Nationalratssitzung in Zusammenhang mit einem Streik der Eisenbahner

am 4. März 1933. Ihm folgten der damalige Zweite Nationalratspräsident Rudolf Ramek sowie der damalige Dritte Nationalratspräsident Josef Straffner. Diese Geschäftsordnungskrise wurde vom damaligen Bundeskanzler Engelbert Dollfuß genutzt, um den Nationalrat auszuschalten und auf Grundlage des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes autoritär zu regieren. Die parlamentarische Demokratie in Österreich war damit de facto ausgeschaltet. Ein frei gewähltes Parlament gab es erst 1945 nach dem Zweiten Weltkrieg wieder.

Notwendigkeit einer dynamischen Gedenkkultur

Die Notwendigkeit einer dynamischen Gedenkkultur und die Frage, welche neuen Wege der Vermittlung man heute gehen müsse, damit die Geschichte der Shoah in Bezug auf die Verantwortung jedes Einzelnen im Heute begreifbar wird, diese Fragen standen im Mittelpunkt des Gedenktags gegen Gewalt und Rassismus am 5. Mai 2021 im Parlament.

Erinnern allein werde Verbrechen an ethnischen, religiösen und anderen Minderheiten nicht verhindern können, unterstrich Bundesratspräsident Christian Buchmann in seinen einleitenden Worten zum Gedenktag, man müsse auch die Verantwortung für die Zukunft wahrnehmen.

Buchmann ging in diesem Zusammenhang auch auf die aktuelle Situation der Coronakrise ein, in der Ausgrenzung und Hass, verstärkt durch soziale Medien, vermehrt spürbar und erlebbar seien. Zug um Zug schlage dabei Zorn in Hass und Hass in Gewalt um. Die Verbrechen von Mauthausen seien kein singuläres Ereignis gewesen, sagte der Bundesratspräsident, sondern der schreckliche Tiefpunkt eines langen Prozesses der Ausgrenzung, Ächtung und Verfolgung – eines Prozesses des Wegsehens und des Zusehens ohne wesentlichen Widerstand. Buchmann zog dabei einen Bogen zu heutiger Verantwortung, sich nachhaltig und vehement für Menschenrechte und Demokratie einzusetzen, und rief zu Zivilcourage auf, gegen das Vergessen immer wieder und erneut Zeichen zu setzen. Denn es mache sich jeder und jede des Billigens, Leugnens oder Verharmlosens zumindest mitschuldig, der und die tatenlos zusehe, wie zu Gewalt oder Hass gegen Menschen aufgerufen oder angestachelt wird, wie MitbürgerInnen beschimpft, verächtlich gemacht oder herabgewürdigt werden.

In gleicher Weise rief Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka einmal mehr dazu auf, sich stetig und entschieden für ein ausgewogenes und solidarisches Miteinander einzusetzen und damit der Verantwortung gegenüber den Opfern des Holocaust gerecht zu werden. Es gebe keine





Wiedergutmachung, keine Gerechtigkeit für sie, so Sobotka im Programmheft, es gebe nur unser Versprechen, die Geschichte nicht zu vergessen, uns ihrer gewahr zu sein und uns in unserer Gegenwart und Zukunft für Menschenrechte und gegen das Vergessen einzusetzen.

Sowohl Sobotka als auch Buchmann äußerten ihre Sorge angesichts der Tatsache, dass in Zeiten der gesellschaftlich, aber auch politisch herausfordernden Coronapandemie Phänomene wie Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung wieder verstärkt wahrzunehmen seien.

GEMEINSAME SONDERSITZUNG DER PRÄSIDENTALKONFERENZEN

76 Jahre nach der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen gibt es immer weniger Zeitzeugen, die

authentisches Wissen aufgrund eigener unendlich schmerzlicher Erlebnisse über die Gräueltaten des Nationalsozialismus an die nächsten Generationen weitergeben können. Daher stand der diesjährige Gedenktag im Zeichen neuer Wege der Gedenk- und Erinnerungskultur. Beispielgebend dafür sind die beiden Projekte Gegen das Vergessen, eine einzigartige Freiluftinstallation von Luigi Toscano mit überlebensgroßen Porträtfotos von Überlebenden der NS-Verfolgung (die Bilder waren auch in Wien an der Ringstraße zu sehen), und Likrat, ein europaweites Dialogprojekt zwischen jüdischen und nicht jüdischen Jugendlichen mit dem Ziel, Antisemitismus nachhaltig zu bekämpfen.

Über diese Initiativen und die Möglichkeiten, wie Erinnerung nachhaltig erlebbar gemacht werden kann, sprachen die Leiterin der KZ-Gedenkstätte



Mauthausen Barbara Glück und die Zeithistorikerin Linda Erker mit Luigi Toscano und Eidel Malowicki. Dabei herrschte Konsens darüber, dass man nicht bei der Ritualisierung stehen bleiben dürfe und dass es darauf ankomme, beim Erinnern auch die Diskussion zum Heutebezug miteinzuschließen. Man müsse viele kleine Projekte unterstützen, die Dezentralisierung sei in diesem Bereich ein wesentlicher Faktor, so der Tenor.

Der Gedenktag, den das Parlament seit 1998 jährlich am 5. Mai begeht, fand aufgrund der Coronapandemie zum zweiten Mal nicht im Rahmen einer öffentlich zugänglichen Veranstaltung, sondern

in Form einer gemeinsamen Sondersitzung der Präsidialkonferenzen von Nationalrat und Bundesrat statt.

Die Gedenkveranstaltung ist als Video-on-Demand in der Mediathek des Parlaments verfügbar. Weitere Informationen zur Veranstaltung sowie Fotos finden Sie ebenfalls unter www.parlament.gv.at



Die Projekte Gegen das Vergessen und Likrat

Gegen das Vergessen ist eine einzigartige Freiluftinstallation mit überlebensgroßen Porträtfotos von Überlebenden der NS-Verfolgung. Der Fotograf Luigi Toscano hatte die Ehre, alle Porträtierten persönlich zu treffen und zu fotografieren. Mehr als 400 solcher Begegnungen gab es bisher. Die Gesichter und Geschichten des Projekts haben bereits Menschen auf der ganzen Welt bewegt. Einer ersten Präsentation in Mannheim folgten Ausstellungen in Europa und in den USA, darunter im UNO-Hauptquartier in New York. Gegen das Vergessen war zum Internationalen Holocaustgedenktag 2020 zu Gast bei der UNO in Genf, ein Jahr später bei der Unesco in Paris. Anfang dieses Jahres wurde Luigi Toscano für sein Engagement als erster Fotograf zum Unesco Artist for Peace berufen.

Likrat ist ein europaweites Dialogprojekt zwischen jüdischen und nicht jüdischen Jugendlichen mit

dem Ziel, Antisemitismus nachhaltig zu bekämpfen. Der Titel des Projekts Likrat ist hebräisch und bedeutet aufeinander zugehen. In diesem Sinne besuchen jüdische Jugendliche seit 2015 in Wien und mittlerweile auch in mehreren anderen Bundesländern Schulklassen oder Jugendzentren. Die Jugendlichen haben eine spezifische Ausbildung, und ihr Ziel ist es, in der Begegnung in der Klasse dem Judentum ein Gesicht zu verleihen und auch einen Raum zu schaffen, in dem unbefangene Fragen gestellt werden können. Likrat dient damit dem Abbau von Vorurteilen, reduziert Antisemitismus, stärkt den Dialog und fördert so ein besseres Miteinander der österreichischen Gesellschaft in der Zukunft.

Likrat Österreich ist ein Projekt der Israelitischen Kultusgemeinde Wien und wurde 2021 mit dem Leon-Zelman-Preis für Dialog und Verständigung ausgezeichnet.



Aktiver Bundesrat





Virtuelle Buchpräsentation: Utopischer Realismus

Der Weg der Steiermark vom „alten Industriegebiet“ zu einer hoch industrialisierten Technologieregion war am 11. März Thema einer virtuellen Buchpräsentation von Autor Michael Steiner auf Einladung von Bundesratspräsident Christian Buchmann.

In seiner Begrüßung wies der Präsident der Länderkammer auf die Wichtigkeit der Regionen hin. Diese seien das Fundament des gemeinsamen Europas und deshalb auch das Motto seiner Bundesratspräsidentschaft. Die Steiermark habe es sehr gut geschafft, zu einer sehr innovationsorientierten Region zu werden und es sei eine Erfolgsgeschichte, die sich sehen lassen und von der man lernen könne. Es sei ein Erfolg, geschuldet Meilensteinen wie dem Beitritt zur Europäischen Union und – als direkte Folge – der europäischen Strukturfondsmittel für die Steiermark, welche dafür verwendet wurden, die Wirtschaft zu stimulieren und Arbeitsplätze zu schaffen. „Bis zur Coronapandemie konnte die Steiermark 500.000 Menschen in Beschäftigung aufweisen. Das ist den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu verdanken und auch den innovativen Unternehmen“, zeigte sich der Bundesratspräsident überzeugt. Sein Heimatland Steiermark sei durch intensive Clusterpolitik und Netzwerke gewachsen, die Vernetzung von Wirtschaft, Forschung, Innovation und Bildung habe die Forschungsquote der Steiermark auf 5 Prozent gehoben und damit eine Spitzenplatzierung in Europa erzielt. Neben der Bewältigung der Pandemiekrise nannte er Fachkräftemangel und Digitalisierung als wichtige Themen der nahen Zukunft.

WILLE ZUR ZUKUNFTSGESTALTUNG TROTZ WIDRIGER UMSTÄNDE

Das im Leykam-Verlag erschienene Werk „Wirtschaft. Steiermark. Zwischen Utopie und Realität“ zeigt den Transformationsprozess von einem „Land an der Grenze“ zu einem offenen Wirtschaftsraum. Die Steiermark sei dadurch zu einem viel beachte-

ten Beispiel sowohl für wirtschaftliche und politische Praxis als auch für die akademische Forschung geworden.

Autor Michael Steiner, Professor am Institut für Volkswirtschaftslehre der Universität Graz, legte in seiner Präsentation dar, dass der positive Wandel der Steiermark nicht selbstverständlich gewesen sei. Nur durch die Innovation steirischer Unternehmen sei es möglich gewesen, die Erneuerung voranzutreiben. Allerdings sei ein regionales Umfeld zur Unterstützung notwendig gewesen – durch eine technologie- und innovationsorientierte Regionalpolitik, durch eine regionale und nationale Grenzen überschreitende Landespolitik mit europäischer Perspektive, durch eine verbesserte Infrastruktur und vor allem durch Forschung. Ein wichtiges Element dafür sei auf jeden Fall eine Geisteshaltung der steirischen Bevölkerung, die in dem Band als utopischer Realismus bezeichnet wird: der Wille zur Zukunftsgestaltung trotz widriger Umstände.

In der anschließenden Podiumsdiskussion – moderiert von ORF-Journalistin Nadja Bernhard – wurde über verschiedene prägende Tätigkeitsfelder wie Forschung, Cluster und Zukunftsaussichten debattiert.

MEHR FACHKRÄFTE DURCH POSITIVES BILD DER DUALEN AUSBILDUNG

Vor und nach der Pandemie sei der Fachkräftemangel eine Krise, die es zu bewältigen gelte, waren sich der Wirtschaftskammerpräsident der Steiermark Josef Herk sowie der Landesvorsitzende der ÖGB-Steiermark und Bundesrat Horst Schachner einig. „Qualifizierung ist das wesentlichste Thema. Wir



haben Betriebe, die nur auf junge Arbeitskräfte warten. Das ist das Problem Fachkräftemangel. Die duale Ausbildung spielt eine ganz wichtige Rolle – denn am Ende des Tages müssen wir fit für den Markt sein“, zeigte sich Schachner überzeugt. Ein positives Bild in den Köpfen der Menschen für die duale Ausbildung – also Lehre mit Matura – zu schaffen stand für alle DiskutantInnen im Vordergrund.

CLUSTERPOLITIK UND NETZWERKE ALS TREIBENDER MOTOR DER INNOVATION

Die Clusterpolitik wurde von allen Anwesenden als enorm wichtiger Motor der Innovation genannt. Man habe über den Tellerrand hinausgeblickt, zeigte sich Bundesratspräsident Buchmann überzeugt. Es gebe immer wieder Themen, welche Branchen verbänden und den Weg der Transformation brächten. Man schaue auch über die Grenzen Österreichs, um Know-how zu finden, berichtete Christa Zengerer, Geschäftsführerin des Mobilitätsclusters AC Styria. Besonders in der Mobilität und in der Digitalisierung gebe es einige Herausforderungen.

ANREIZE FÜR BETRIEBE SCHAFFEN, AM STANDORT ZU BLEIBEN

Abgesehen von den Herausforderungen durch die Pandemie sei der Blick in die Zukunft ein positiver, da die Steiermark nicht stehen bleibe. „Wir arbeiten intensiv mit allen Möglichkeiten daran, auch im Bereich Forschung und Entwicklung. 2020 hat es nicht weniger Unternehmensgründungen gegeben als im Jahr davor – trotz Pandemie. Die Bereitschaft, unternehmerisch aktiv und mobil zu bleiben, ist eindeutig gegeben. Und mit der sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit sind wir gut aufgestellt und werden das auch gut schaffen“, berichtete Herk. Für Schachner stand noch im Vordergrund, dass man Betrieben auch einen Anreiz geben müsse, um sie in der Steiermark zu halten.

„Innovation ist Erfindungskraft plus Umsetzung. Inspiration und Transpiration auf steirisch – und das gilt für alle Sektoren des gesellschaftlichen Lebens, ob nun im Bereich Wirtschaft, Kunst, Sport, Familie oder anderen. Wer sich nicht weiterentwickelt, bleibt stehen“, so Buchmann in seinem Schlusswort.

Kunstinstallation „kunst:hofburg“ von Richard Kriesche

Inspiziert von dem Motto der steirischen Bundesratspräsidentschaft, „Das Gute liegt so nah – Regionen sind die Fundamente Europas“, kreierte Richard Kriesche eine Kunstinstallation für die Amtsräume von Bundesratspräsident Christian Buchmann.

Am 5. März wurde die Installation von Bundesratspräsident Buchmann gemeinsam mit dem Künstler Richard Kriesche und dem steirischen Kulturlandesrat Christopher Drexler präsentiert. Mit dem Kunstwerk wollte der Bundesratspräsident die kulturpolitischen Akzente seines Heimatbundeslandes verdeutlichen: „Kunst ist integraler Bestandteil unserer Gesellschaft und damit auch des politischen Lebens.“ Er wolle diesen Aspekt auch in seine Präsidentschaft einbinden. „Ich habe daher den renommierten Medienkünstler Richard Kriesche eingeladen, eine besondere Kunstinstallation in den Amtsräumlichkeiten des Bundesrates zu errichten, um im Kontext von Europa, Politik und Demokratie, aber auch von Kunst und Kultur darauf hinzuweisen, dass das Ganze jedenfalls mehr als die Summe seiner Teile ist. Wenn wir es gemeinsam richtig anlegen, können wir einen ganz besonderen Mehrwert für die Gesellschaft schaffen, das ist aber gerade in Zeiten einer Pandemie eine besondere Herausforderung“, so Buchmann.

Der Künstler wollte mit seinem Werk die Authentizität der Wiener Hofburg wahren. „Meine Arbeit als eine Contemporary Art Intervention sehe ich als aktuelle Erweiterung des historischen Kontexts. Unter diesen Voraussetzungen ist eine künstlerische Intervention zwangsläufig ein echtzeitlichpolitisches Statement“, so Kriesche. Das Ziel der künst-

lerischen Intervention liege daher nicht in einer „künstlerischen Gestaltung der einen oder anderen Hofburgräumlichkeit“, sondern darin, Kunst im Kontext westlicher Demokratien zu verorten.

Für den steirischen Kulturlandesrat Christopher Drexler sei Kunst untrennbar mit gesellschaftlichen und somit politischen Entwicklungen verbunden. „Sie lässt uns reflektieren und neue Sichtweisen

erkennen. Das beeindruckende Werk von Ausnahmekünstler Richard Kriesche, „kunst:hofburg“, visualisiert die zentrale Rolle, die Kunst und Kultur in der Steiermark und somit auch im Rahmen des steirischen Vorsitzes im Bundesrat einnehmen“, so Drexler. Mit der Installation „kunst:hofburg“ werde steirisches Kunstschaffen in den bedeutendsten Räumlichkeiten der

Republik hohen AmtsträgerInnen und internationalen Staatsgästen präsentiert.

Die Installation wurde auf Initiative von Buchmann und Drexler vom Universalmuseum Joanneum in Auftrag gegeben. Mit Ende des steirischen Vorsitzes im Bundesrat wird die Installation an das Universalmuseum Joanneum übergeben, wo es dann zum bereits erworbenen „medienblock: richard kriesche“ hinzugefügt und der Öffentlichkeit zugänglich sein wird.

„Kunst ist integraler Bestandteil unserer Gesellschaft und damit auch des politischen Lebens.“

Bundesratspräsident Christian Buchmann



(oben, v. li.) Bundesratspräsident Christian Buchmann, Künstler Richard Kriesche und Kulturlandesrat in Steiermark Christopher Drexler in den gestalteten Amträumen
(unten) Die Installation „kunst:hofburg“

Bundesrat im Bundesland

„Europa muss sich weiterentwickeln“: Bundesratspräsident Christian Buchmann forderte am 21. Mai auf einer Tagung der EU-Ausschüsse des Bundesrates und der Länder mehr Mitsprache der Regionen in der EU.

„Entgegen den Wünschen unserer Bürgerinnen und Bürger hat sich in den vergangenen 20 Jahren in der Europäischen Union ein Paradigmenwechsel hin zu mehr europäischem Zentralismus vollzogen“, hielt Bundesratspräsident Christian Buchmann anlässlich der Tagung der EU-Ausschüsse des Bundesrates und der Länder am 21. Mai fest, zu welcher er unter dem Titel Bundesrat im Bundesland gemeinsam mit der steirischen Landtagspräsidentin Manuela Khom ins Grazer Landhaus eingeladen hatte.

„Das Subsidiaritätsprüfungsverfahren wurde ausgehöhlt, indem anstelle von Richtlinien, die der Subsidiaritätsprüfung unterliegen, immer mehr Verordnungen ohne Mitwirkungsrechte der natio-

„Der Bundesrat sieht sich als Zukunfts- und Europakammer des Parlaments besonders verpflichtet, einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Europäischen Union zu leisten.“

Bundesratspräsident Christian Buchmann

nen und regionalen Parlamente erlassen wurden. Die gleiche Entwicklung ist bei den delegierten Rechtsakten zu beobachten. Auch sie unterliegen nicht dem Subsidiaritätsprüfungsverfahren“, erklärte Buchmann weiter.

Der Präsident der Länderkammer präsentierte auf der von ihm initiierten Tagung, die erstmals in dieser Zusammensetzung stattfand, die Erklärung von Graz, die laut Buchmann „Auftakt ist zu einem Prozess, einen Beitrag zur Konferenz zur Zukunft Europas zu leisten“. Der Bundesratspräsident fordert in diesem Zusammenhang: „Entscheidungen, die für die Bürgerinnen und Bürger besser auf regionaler Ebene getroffen werden können, sind föderal unter Beachtung der Verhältnismäßigkeit der angewandten Mittel zu treffen. Die Länder und Regionen sind besser in den europäischen Rechtssetzungsprozess einzubinden.“

Buchmann hielt zudem fest: „Der Bundesrat sieht sich als Zukunfts- und Europakammer des Parlaments besonders verpflichtet, einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Europäischen Union zu leisten. Europa muss wieder stärker die Regionen, Gemeinden und Städte im Blick haben. Mit dieser Tagung leisten wir einen konstruktiven Beitrag zur Konferenz zur Zukunft Europas, die die europäische Demokratie weiterentwickeln und lokale sowie regionale Gebietskörperschaften wieder besser in den europäischen Rechtssetzungsprozess einbeziehen soll. Der heutige Austausch über Fragen zu Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit wird es uns ermöglichen, im europäischen Rechtssetzungsprozess künftig noch zielgerichteter agieren zu können.“



Thomas
NEUHAUSER
Präsident der Bundesversammlung





WICHTIGKEIT DER EINBEZIEHUNG REGIONALER PARLAMENTE

Landtagspräsidentin Manuela Khom bekräftigte die Wichtigkeit der Einbeziehung regionaler Parlamente: „Ein wichtiger Schlüssel für die weitere positive Entwicklung der EU wird das richtige Maß an Mitbestimmung der einzelnen Mitgliedstaaten und ihrer Länder sein, die ihre einzelnen Regionen mit all ihren Begebenheiten nur zu gut kennen. Denn um die Stärken einer vielfältigen Europäischen Union nutzen zu können, muss man sich über die Individualitäten ihrer Mitglieder bewusst sein.“ In diesem Zusammenhang betonte Khom die wichtige Arbeit der LandtagspräsidentInnenkonferenz und hob den stets konstruktiven Austausch der Parlamentsvorsitzenden hervor, welche im Februar dieses Jahres ebenfalls eine gemeinsame Erklärung zur Konferenz zur Zukunft Europas abgaben.

GRENZÜBERSCHREITENDE ZUSAMMENARBEIT DURCH GEMEINSAME PROJEKTE

EU-Kommissar Johannes Hahn dankte den Mitgliedern der EU-Ausschüsse des Bundesrates und der Länder für ihre intensive Beschäftigung mit Europa und hob insbesondere die Bedeutung der Regionen in der Umsetzung des Wiederaufbaufonds hervor: „Die große Herausforderung besteht vor allem darin, dieses Geld in kurzer Zeit sinnvoll und nachhaltig einzusetzen, insbesondere in den Bereichen Forschung

„Ein wichtiger Schlüssel für die weitere positive Entwicklung der EU wird das richtige Maß an Mitbestimmung der einzelnen Mitgliedstaaten und ihrer Länder sein, die ihre einzelnen Regionen mit all ihren Begebenheiten nur zu gut kennen.“

Manuela Khom

und Entwicklung.“ Hahn trat zudem für mehr grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Förderung gemeinsamer Projekte ein. „Da würde ich mir europaweit noch mehr Initiativen wünschen“, sagte der EU-Kommissar für Haushalt und Verwaltung.

(links) Bundesratspräsident Christian Buchmann bei seiner Ansprache
(rechts, v. li.) Landtagspräsidentin Manuela Khom, EU-Kommissar für Haushalt und Verwaltung Johannes Hahn,
Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz Hermann Schützenhöfer



„Die große Herausforderung besteht vor allem darin, dieses Geld in kurzer Zeit sinnvoll und nachhaltig einzusetzen, insbesondere in den Bereichen Forschung und Entwicklung.“

Johannes Hahn

MEHR FÖDERALISMUS UND MEHR MITSPRACHERECHTE

Mehr Föderalismus und mehr Mitspracherechte für die Regionen begrüßte auch der Vorsitzende der Landeshauptleutekonferenz Hermann Schützenhöfer: „Das Europa der Regionen ist auch das Rückgrat unserer Europäischen Union. Ein starkes Europa muss daher auf allen Ebenen vernetzt sein. Mit der Tagung der EU-Ausschüsse der Landtage und des Bundesrates steht die Weiterentwicklung der europäischen Demokratie einmal mehr im Mittelpunkt. Das

grundlegende Prinzip des Föderalismus ist auch Teil der katholischen Soziallehre: Was die kleinere Einheit selbst regeln kann, darf die größere nicht an sich reißen. Mehr Mitspracherecht für die Regionen bedeutet daher auch mehr Bürgernähe der Europäischen Union als Gesamtes – ein absolut begrüßenswerter Ansatz, wenn man bedenkt, dass doch für viele die Europäische Union oft als Hunderte Kilometer entfernte überbürokratische Einrichtung erscheint. Mit einer stärkeren Einbindung der Regionen wird die Europäische Union in ihrer Gesamtheit und ihrer Vielfalt weiter gestärkt.“

„Das Europa der Regionen ist auch das Rückgrat unserer Europäischen Union. Ein starkes Europa muss daher auf allen Ebenen vernetzt sein.“

Hermann Schützenhöfer



Die Zukunft unserer Jugend in Europa

Eine breite Palette an Ideen, Wünschen und Sorgen zur Zukunft Europas wurde am 25. Mai 2021 in der Diskussion des Bundesrates „Zukunft. Jugend. Europa“ thematisiert. Hochrangige politische VertreterInnen aus Österreich und Europa beteiligten sich daran. Im Mittelpunkt standen die Überlegungen von Jugendlichen, die zuvor ihre Ideen für Europa in einem Videowettbewerb vorstellten.

Im Vorfeld der Veranstaltung hatten die RednerInnen an einem digitalen Videowettbewerb teilgenommen, in dem sie aufgerufen waren, ihre Inputs zur Zukunft Europas in Form von Videostatements einzubringen. Viele Jugendliche kamen dieser Aufforderung nach und teilten ihre Gedanken zur Zukunft Europas bei der Veranstaltung. Die Veranstaltung wurde teilweise virtuell, in einer Kombination aus Videobeiträgen und Reden vor Ort abgehalten. Den Auftakt bildeten Grußbotschaften politischer VertreterInnen aus Österreich und Europa.

GEMEINSAM NACHDENKEN UND PROFIL ENTWICKELN

Mit der Aufforderung, „gemeinsam über die Stärken und Schwächen der EU nachzudenken sowie ein Profil für ein Europa der Vielfalt zu entwickeln“, eröffnete Bundesratspräsident Christian Buchmann die virtuelle Diskussionsveranstaltung „Zukunft. Jugend. Europa“ im Parlament. Anlässlich der von der EU-Kommission, dem Europäischen Rat und dem Europäischen Parlament am 9. Mai 2021 gestarteten Konferenz zur Zukunft Europas hatte die Länderkammer österreichische Jugendliche zur Teilnahme an einem Videowettbewerb eingeladen, damit sie ihre Ideen zur Weiterentwicklung der Union präsentieren können. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse würden als Beitrag des Bundesrates zum Zukunftsdialog der EU den europäischen Institutionen übermittelt, kündigte Buchmann an.

Der österreichische Bundesrat verstehe sich als Zukunfts- und Europakammer des österreichischen Parlaments und habe in der Vergangenheit viele wichtige Initiativen gesetzt, erinnerte Bundesratspräsident Christian Buchmann in seiner

Eröffnungsrede. Sein Motto sei immer gewesen, dass die Regionen die Fundamente Europas darstellten, und von ihnen entscheidende Akzente ausgingen. Die gemeinsam mit der Bundesjugendvertretung vorbereitete Veranstaltung sei ein weiterer wichtiger Beitrag zur Gestaltung der Zukunft der Union, wobei vor allem die Ideen der jungen Menschen, die von der Pandemie besonders betroffen waren, präsentiert werden sollen. Die Jugendlichen hätten damit die Möglichkeit, am gemeinsamen Haus Europa zu bauen, so unterschiedlich die Zimmer auch sein mögen.

Eingangs wandten sich sowohl die Vizepräsidentin der Kommission Dubravka Šuica als auch der Vizepräsident des Europäischen Parlaments Othmar Karas mit Videobotschaften an die TeilnehmerInnen. In einer Keynote ermunterte Europaministerin Karoline Edtstadler die Jugendlichen, sich am Diskussionsprozess aktiv zu beteiligen, denn „wer die Zukunft gestalten will, muss heute anfangen“.

DIE ZUKUNFT LIEGT IN DEN HÄNDEN DER JUGENDLICHEN

Auf die verschiedenen Mitwirkungsmöglichkeiten an der Konferenz zur Zukunft Europas machte die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Dubravka Šuica aufmerksam. Schon in ihrer früheren Funktion als Bürgermeisterin von Dubrovnik war ihr die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ein großes Anliegen, sie habe deshalb den ersten Kinderrat gegründet. Nunmehr gebe es in der EU die einmalige Gelegenheit, seine Träume und Ideen zu präsentieren und sich entweder im Rahmen der mehrsprachigen digitalen Plattform, der Bürgerforen oder der Plenarversammlungen einzubringen. „Die Zukunft liegt in Ihren Händen, verschaffen Sie sich



Gehör“, appellierte Šuica. Sie werde sich jedenfalls mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die europäischen Organe die Vorschläge der Jugendlichen in ihrer politischen Arbeit berücksichtigen. Die Stimme junger Menschen müsse gehört werden, wenn Demokratie bürgernäher gestaltet werden soll, war die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission überzeugt.

EIN NEUER VERTRAG FÜR EUROPA

Man müsse sich ständig bewusst machen, dass es die BürgerInnen in der Hand haben, die Zukunft Europas zu gestalten, betonte der Vizepräsident des Europäischen Parlaments Othmar Karas. Derzeit sei man mit vielen neuen Herausforderungen konfrontiert, und gerade der Brexit habe gezeigt, dass es immer wieder zu Rückschlägen kommen kann. Deshalb freue er sich besonders über die Initiative des Bundesrates, die jungen Menschen aktiv einzuladen, sich am Diskussionsprozess zu beteiligen. Die Themen würden seiner Meinung nach auf dem Tisch liegen und reichten von der Digitalisierung, der gemeinsamen Außenpolitik bis zur Debatte über die Entwicklung der EU hin zu einer echten Sozialunion. Es sei schon vieles erreicht worden, aber man sei noch lange nicht fertig. Um mutige Reformen umzusetzen, brauche es die Beteiligung aller und vor allem der jungen Menschen, zeigte sich Karas überzeugt, denn „wir und niemand anderer sind die EU“.

UMFASSENDE BETEILIGUNG ALLER ZUR WEITERENTWICKLUNG DER EU

Das vergangene Jahr habe ganz deutlich die Stärken und Schwächen der EU zum Vorschein gebracht, stellte Europaministerin Karoline Edtstadler fest. Wer hätte vor einem Jahr noch gedacht, dass etwa wieder die Grenzbalken zwischen den Nachbarstaaten runtergehen würden oder Familien plötzlich ohne 24-Stunden-BetreuerInnen auskommen müssten? Besonders junge Menschen hätten enorme Einschnitte in ihrem Leben hinnehmen müssen und seien damit konfrontiert gewesen, dass der Unterricht meist online stattfand und dass sie ihre Freunde nicht treffen konnten. Auch wenn bei der Bewältigung der Pandemie vieles nicht perfekt gelaufen sei, habe sich die EU etwa bei der gemeinsamen Impfstoffbeschaffung bewährt, urteilte Edtstadler. Überdies zeige die Einigung auf einen europäischen grünen Pass, dass die Union in Krisenzeiten rasch handeln könne. Sie schließe sich daher der Aussage des ehemaligen Bundeskanzlers Wolfgang Schüssel an, der gemeint habe, „wenn wir die EU nicht hätten, dann wäre jetzt der Zeitpunkt, sie zu erfinden“.

Da Demokratie und Rechtsstaat keine Selbstverständlichkeiten seien, wie auch jüngste Entwicklungen gezeigt hätten, müsse man sich den Problemen und Herausforderungen konsequent stellen. Wichtig war ihr dabei aber auch, dass Kritik erlaubt





sein müsse, ohne gleich in eine Ecke gestellt oder als antieuropäisch bezeichnet zu werden. Weiterentwicklungsbedarf ortete Edtstadler etwa in Bezug auf die gemeinsame Außenpolitik, die Einhaltung der Rechtsstandards, die Frage der Migration oder beim Kampf gegen den Klimawandel. Europapolitik müsse ihrer Ansicht nach Innenpolitik werden, weshalb auch die Österreichdialoge fortgesetzt würden.

Der Erfolg bei der Entwicklung von Perspektiven für morgen hänge aber im hohen Maße von der Beteiligung aller BürgerInnen ab. Edtstadler versicherte den Jugendlichen, dass sich die Institutionen der EU verpflichtet hätten, alle Anregungen der BürgerInnen ernst zu nehmen. „Wer die Zukunft gestalten will, muss heute anfangen“, motivierte sie die Jugendlichen zur Mitarbeit an den diversen Beteiligungsmöglichkeiten an der Zukunftskonferenz.

VORSTELLUNGEN VON DER ZUKUNFT EUROPAS

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung diskutierten die Jugendlichen des Videowettbewerbs in Interviews über ihre Vorstellungen von ihrer Zukunft in Europa mit BundesrätInnen.

Das Spektrum der vorgetragenen Themen der jungen Erwachsenen aus verschiedenen Bundesländern reichte von Dialog- und Partizipationsmöglichkeiten über Rechtsstaatlichkeit, Erasmus Plus und eine „EU zum Angreifen“ für Lehrlinge, Breitband und Digitalisierung bis hin zu einer nachhaltigen Forstwirtschaft, für die es ein europaweites Konzept und ein klares Bekenntnis zur Bewirtschaftung der Wälder für Rohstoff und Arbeitsplätze brauche.

Zur Klimakrise brauche es konkrete, verbindliche Zwischenziele, forderte eine Teilnehmerin. Hier werde derzeit zu sehr „prokrastiniert“. Außerdem sollten Jugendinteressen zur Priorität gemacht und nicht nur „gehört“ werden, wurde von mehreren Seiten aufgeworfen. Jugendliche sollten an den Verhandlungstisch und von den EntscheidungsträgerInnen als ExpertInnen für ihre Altersgruppe wahrgenommen werden.

Infrage gestellt wurde das Einstimmigkeitsprinzip in der EU. Dieses blockiere und verhindere dringende Reformen, so die Bedenken. Selbst in einer Schulklasse mit 27 SchülerInnen sei eine Einigung aller nie möglich, warf eine Teilnehmerin auf. Es brauche außerdem ein Förderungssystem, um Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen, lautete ein Anliegen. Als wichtiger Aspekt der EU gelte etwa die Reisefreiheit. Umgekehrt führe in ländlichen Regionen fehlendes

Wissen zu EU-Skepsis. Was die Digitalisierung betrifft, brauche es im Hinblick auf Daten, Technologien und Infrastruktur Rahmenbedingungen für Innovationen und neue Geschäftsideen. In der Bildung gelte es, über die Hardware hinaus in das Know-how dahinter zu investieren.

Aktuell sei etwa durch die Situation in der Pandemie das Vertrauen in die EU nicht am Höchststand, wie ein Teilnehmer aufwarf. Eine weitere Forderung einer Teilnehmerin lautete, es sollten keine EU-Gelder mehr an Mitgliedstaaten fließen, die ihr „Rechtsstaatsystem an die Wand fahren“. Dafür gelte es, starken Journalismus zur langfristigen Erhaltung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu fördern.

Kritik an der EU dürfe nicht jenen überlassen werden, die sie zerstören wollen, so ein weiterer Redner, der sich unter anderem für gemeinsame EU-Außengrenzen, mehr Selbstbewusstsein für die EU als drittgrößte Volkswirtschaft und für mehr Demokratie – etwa mit einer Direktwahl des Kommissionspräsidenten – aussprach. Eine weitere Teilnehmerin möchte etwa durch verstärkte Förderung außerschulischer Kinder- und Jugendorganisationen einerseits Jugendlichen im ländlichen Bereich die EU „schmackhaft“ machen, andererseits jungen Menschen bessere Chancen ermöglichen, nach Europa zu kommen.

MITGLIEDER DES BUNDESRATES IM DIALOG MIT DER JUGEND

Zum Abschluss der Veranstaltung hatten VertreterInnen der im Bundesrat vertretenen Parteien Gelegenheit zu Statements und zu Fragen an die Jugendlichen. Aus Sicht von Karl Bader, Vorsitzendem der ÖVP-Bundesratsfraktion, sei es wichtig, das Vertrauen in die EU zu stärken, nachdem der Umgang mit der Pandemie Schwächen aufgezeigt habe. Er wollte wissen, wie die Jugend zum Einstimmigkeitsprinzip für wichtige EU-Entscheidungen stehe.

Elodie Arpa erachtete es als wichtig, dass die EU auf internationaler Ebene mit einer Stimme spreche. Das heiße für sie aber, dass einzelne Staaten wichtige Entscheidungen nicht blockieren dürften, denn das schädige auch das Vertrauen in die EU. Martin Brandstätter fügte hinzu, Mehrheitsentscheidungen seien ein demokratisches Prinzip, das auch für die EU gelten sollte. Ein Vetorecht werde im Sinne des Schutzes kleinerer Staaten in bestimmten Fragen aber weiterhin nötig sein.

Die Fraktionsvorsitzende der SPÖ im Bundesrat Korinna Schumann äußerte sich besorgt darüber, dass die Bedeutung der EU als Friedensprojekt gefährdet sei. Europa gerate durch große Wirtschaftsblöcke von

(oben, v. li.) Fraktionsvorsitzender Karl Bader, Fraktionsvorsitzende Korinna Schumann

(Mitte, v. li.) Bundesrat Johannes Hübner, Bundesrat Andreas Lackner

(unten, v. li.) Bundesrat Karl-Arthur Arlamovsky, Leiter der Vertretung der EU-Kommission in Österreich Martin Selmayr





außen und durch extremen Nationalismus im Inneren immer mehr unter Druck. Ihre Frage sei daher, wie ein gerechtes und soziales Europa entwickelt werden könne.

Alexandra Hilkenmeier vertrat den Standpunkt, ein gerechtes und soziales Europa müsse jedenfalls allen Menschen, die legal hier leben, die volle Teilnahme am gesellschaftlichen und politischen Leben ermöglichen, statt sie auszugrenzen. Struktureller Rassismus müsse klar angesprochen werden, darin war sich Larissa Lojic mit ihrer Vorrednerin einig. Nicht vergessen werden dürften die Jugendlichen, die nicht dieselben Möglichkeiten hätten, sich öffentlich zu artikulieren, sagte Lojic.

Europa umfasse mehr als die Europäische Union, betonte FPÖ-Bundesrat Johannes Hübner mit Blick auf Großbritannien oder Ost- und Südosteuropa. Die Gestaltung der EU werfe auch viele Fragen auf, etwa die EU-Agrarpolitik, die die regionale Produktion unter Druck setze. In den Fragen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ortete Hübner einen grundlegenden Widerspruch zwischen der nationalen Selbstbestimmung und dem Anspruch der EU-Institutionen. Das Vetorecht sei daher ein wichtiges Element für die Bewahrung des demokratischen Prinzips.

Valentina Gutkas meinte, die Frage der Agrarproduktion sei zweifellos ein komplexes Thema, die EU-Landwirtschaftspolitik habe aber auch positive Effekte beim Schutz der regionalen landwirtschaftlichen Produktion.

Bundesrat Andreas Lackner (Grüne) sprach den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, Lohndumping und prekäre Arbeitsverhältnisse sowie die Wichtigkeit von Bildungsgerechtigkeit an. Nachdem Fridays for Future einen echten Paradigmenwechsel ausgelöst habe, sei für ihn die Frage, wie die digitale Transformation der Wirtschaft und der Ausstieg aus fossilen Energieträgern gelingen könne. Elodie Arpa meinte diesbezüglich, die Ideen dazu lägen vor. Nun müssten Digitalisierung und Klimaschutz in allen Bereichen als Priorität gesehen und die vorhandenen Ideen umgesetzt werden.

Bundesrat Karl-Arthur Arlamovsky, der die NEOS im Bundesrat vertritt, wünschte sich ein „handlungsfähiges und mutiges Europa“. Aus Sicht der NEOS sollten daher die Ergebnisse der EU-Zukunftskonferenz in eine europäische Volksabstimmung münden. Zudem sollte die Zukunftskonferenz zu einer Klimakonferenz werden. Statt des EU-Rates sollte ein EU-Parlament



mit zwei Kammern zum EU-Gesetzgeber werden.

Larissa Lojic begrüßte die Idee einer Volksabstimmung, meinte aber auch, zuerst müsse die EU-Zukunftskonferenz größere Bekanntheit erreichen. Auch für Elodie Arpa wäre eine größere Verbindlichkeit der Zukunftskonferenz wünschenswert. Die Frage der Nachhaltigkeit müsse in allen Bereichen mitbedacht werden, stimmte sie Lojic zu.

Der Leiter der Vertretung der EU-Kommission in Österreich Martin Selmayr sagte, viele gute Ideen seien an diesem Vormittag präsentiert worden. Vieles von dem, was angesprochen worden sei, sei aber in erster Linie Angelegenheit der Nationalstaaten, etwa die Frage der offenen Grenzen. Als Resümee der Beiträge nehme er jedenfalls mit, dass die EU in vielen Fragen sehr viel mutiger handeln sollte.

Er sehe den Vormittag als Auftakt für weitere Gespräche über die Zukunft Europas, unterstrich Bundesratspräsident Christian Buchmann. Nichts sei mächtiger als eine Idee, deren Zeit gekommen sei. Er empfinde es als ermutigend, dass alle TeilnehmerInnen die Themen Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Entwicklungschancen der Regionen angesprochen haben. „Europa ist eine Chance, nutzen wir sie“, schloss Buchmann.

Die Ergebnisse und Erkenntnisse der virtuellen Diskussionsveranstaltung werden als Beitrag des Bundesrates zum Zukunftsdialo g der Europäischen Kommission übermittelt.

Die Aufzeichnung der Veranstaltung ist in der Mediathek des Parlaments on demand abrufbar.



Schwerpunktjahr Ehrenamt 2021

Das österreichische Parlament widmet jedes Jahr einem gesellschaftlich oder historisch wichtigen Thema. Nach: Fundamente – Meilensteine der Republik, 2020 und 100 Jahre Frauenwahlrecht 2019 steht 2021 das ehrenamtliche Engagement im Mittelpunkt. Auftakt war die Eröffnung einer künstlerischen Installation am Heldenplatz am 11. Mai.

Ohne ehrenamtlich tätige Menschen wäre die Gesellschaft wesentlich ärmer, hob Bundesratspräsident Christian Buchmann hervor. Er bedankte sich bei allen Freiwilligen, da sie ein Bindemittel für unsere Gesellschaft seien. Es gelte, den Heldinnen und Helden in Zeiten der Pandemie Dank und Anerkennung zu zollen.

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka betonte in seiner Ansprache, dass ehrenamtlich aktive Menschen die „Seele unserer Gesellschaft“ seien und diese zusammenhielten. Österreich sei mit seinem vielfältigen ehrenamtlichen Engagement Vorreiter in Europa. Sobotka hob die hohe Beteiligung der Bevölkerung in den verschiedenen gemeinnützigen Bereichen her-



vor. Man könne darauf stolz sein und müsse dieses Engagement als Zeichen des Danks vor den Vorhang holen. „Nach der Covid-19-Pandemie ist es Aufgabe und Herausforderung der Politik, die Menschen zu motivieren, ihr ehrenamtliches Engagement wieder aufzunehmen. Wir müssen das Bewusstsein dafür stärken, dass das Ehrenamt für unsere Gesellschaft etwas Unverzichtbares ist. Es zeichnet einen Menschen aus, eine Arbeit aus einer Haltung heraus zu machen und für andere da zu sein“, erklärte der Nationalratspräsident. Dazu bedürfe es dementsprechender Impulse.

Besonders in Krisenzeiten beweise eine Gesellschaft Kraft und Solidarität, unterstrich Zweite Nationalrats-

präsidentin Doris Bures und verwies auf die Rolle der freiwilligen Helferinnen und Helfer während der vergangenen Monate. Ohne das ehrenamtliche Engagement wären die Aufgaben während der Pandemie kaum zu bewältigen gewesen. Österreich könne daher auf den Zusammenhalt der Menschen und deren Solidarität untereinander stolz sein.

EHRENAMTSSPRECHERINNEN: FORDERUNGEN UND ANERKENNUNG FÜR EHRENAMT

Die EhrenamtssprecherInnen der Parlamentsfraktionen unterstrichen die Vielfältigkeit des Ehrenamts in Österreich. Andreas Hanger (ÖVP) zeigte sich vom breiten Engagement der 3,5 Millionen



Die Installation „Ehrenamt 2021“ des österreichischen Parlaments zeigt Menschen aus den unterschiedlichsten Organisationen und Bereichen, die sich in Österreich ehrenamtlich engagieren. Elf Säulen und Stelen wurden dazu künstlerisch gestaltet. Die Ausstellung am Wiener Heldenplatz ist öffentlich zugänglich und kann bis Ende des Jahres 2021 besucht werden

Mehr zum Jahresschwerpunkt #ehrenamt2021 ab sofort und laufend unter www.parlament.gv.at/EHRENAMT

ehrenamtlich tätigen Menschen in Österreich beeindruckt. Dies sei ein „unglaublicher Wert für unsere Gesellschaft“. Es gelte für die Politik, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die gesellschaftliche Beteiligung funktionieren und sich das Ehrenamt weiterentwickeln könne.

Elisabeth Feichtinger (SPÖ) betonte die Bedeutung des Ehrenamts in der Pandemie. Ob in den Test- und Impfstraßen oder in der Nachbarschaftshilfe – an vielen Orten waren ehrenamtlich tätige Menschen engagiert. Im Sinne einer Anerkennung dieses Engagements sollte Sonderurlaub für ehrenamtliches Engagement eingeführt und den Pensionen angerechnet werden.

Rosa Ecker (FPÖ) appellierte an die Politik, den gemeinnützigen Bereich nach den Krisenmonaten zu unterstützen. Viele Einrichtungen hätten in

den vergangenen Monaten aufgrund wegfallender Aktivitäten, etwa von Vereinsfesten, einen Einnahmehausfall erlitten und gleichzeitig zusätzliche Aufgaben im Kriseneinsatz erfüllt. Maßnahmen wie eine Refundierung der Mehrwertsteuer beim Kauf von Einsatzgeräten der Blaulichtorganisationen wären daher zu setzen.

Yannick Shetty (NEOS) zeigte sich ebenfalls erfreut über das vielfältige Engagement der 3,5 Millionen ehrenamtlich tätigen Österreicherinnen und Österreicher. Sie würden Aufgaben erfüllen, die der Staat nicht zur Gänze erfüllen könne. Dies stelle einen unschätzbaren Wert dar.

Mehr zum Jahresschwerpunkt #ehrenamt2021 ab sofort und laufend unter: www.parlament.gv.at/EHRENAMT





„Mein Ehrenamt bedeutet für mich, Menschen und Familien in schweren Zeiten zu helfen und beizustehen, damit sie wieder positive Perspektiven im Leben finden.“

Silvester Gfrerer, Mitglied des Bundesrates (ÖVP)



„Mein Ehrenamt bedeutet für mich, für andere einzustehen und für deren Interessen einzutreten.“

Korinna Schumann, Mitglied des Bundesrates (SPÖ)



„Mein Ehrenamt bedeutet für mich, unsere Gesellschaft aktiv mitzugestalten und mich zum Wohle dieser einbringen zu können.“

Josef Ofner, Mitglied des Bundesrates (FPÖ)



„Mein Ehrenamt bedeutet für mich, neugierig zu sein, zu fördern, zu unterstützen und positiv in die Zukunft zu blicken.“

Elisabeth Kittl, Mitglied des Bundesrates (Grüne)



„Mein Ehrenamt bedeutet für mich, meine Kenntnisse und Fähigkeiten für das größere Ganze einsetzen zu können.“

Karl-Arthur Arlamovsky, Mitglied des Bundesrates (NEOS)

Parlamentarische Beziehungen





National und international vernetzt

Nationale und internationale Vernetzung zum Auf- und Ausbau stabiler Partnerschaften: Unter Einhaltung aller Coronaauflagen traf Bundesratspräsident Christian Buchmann im vergangenen Jahr österreichische und internationale SpitzenpolitikerInnen sowie VertreterInnen aus Wirtschaft, Religion und Kultur.





4



5



6

1) Pressekonferenz anlässlich der Übergabe des Vorsitzes der Landeshauptleutekonferenz: Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer, Moderatorin Simone Koren-Wallis, Landeshauptmann Wilfried Haslauer und Bundesrat Christian Buchmann

2) Bundesratspräsident Christian Buchmann und EU-Ministerin Karoline Edtstadler

3) Bundesratspräsident Christian Buchmann und Arbeitsminister Martin Kocher

4) Gespräch zu den Vorhaben des steirischen Vorsitzes im Bundesrat: Bundesratspräsident Christian Buchmann und Bundeskanzler Sebastian Kurz

5) Portugiesischer Botschafter António de Almeida-Ribeiro und Bundesratspräsident Christian Buchmann

6) Virtuelle Besprechung: Bundesratspräsident Christian Buchmann und EU-Kommissarin Stella Kyriakides

7) Bundesratspräsident Christian Buchmann und Außenminister Alexander Schallenberg

8) Bundesratspräsident Christian Buchmann und der Wiener Erzbischof Kardinal Christoph Schönborn



7



8





16



17



18

9) Bundesratspräsident Christian Buchmann und Wirtschaftskammerpräsident Harald Mahrer

10) Botschafterin von Slowenien Ksenija Škrilec und Bundesratspräsident Christian Buchmann

11) Französischer Botschafter Gilles Pécout und Bundesratspräsident Christian Buchmann

12) Der Salzburger Erzbischof Franz Lackner und Bundesratspräsident Christian Buchmann

13) Bundesratspräsident Christian Buchmann und der Präsident der serbischen Nationalversammlung Ivica Dačić

14) ÖVP-Klubobmann August Wöginger und Bundesratspräsident Christian Buchmann

15) Bundesratspräsident Christian Buchmann und der italienische Parlamentspräsident Roberto Fico

16) Ehemaliger Salzburger Landeshauptmann Franz Schausberger und Bundesratspräsident Christian Buchmann

17) Virtueller Austausch: Bundesratspräsident Christian Buchmann und EU-Vizepräsident Valdis Dombrovskis

18) Präsidenten von Eurochambres Christoph Leitl und Bundesratspräsident Christian Buchmann

19) Starke Regionen wie die Steiermark sind das Fundament Europas: Bundesratspräsident Christian Buchmann und die steirische Landtagsklubobfrau Barbara Rieni

20) Vizepräsident des Europäischen Parlaments Othmar Karas und Bundesratspräsident Christian Buchmann



19



20

Bundesratspräsidium in Rom

Im Mittelpunkt des zweitägigen Besuchs standen eine Audienz bei Papst Franziskus sowie Arbeitsgespräche mit den italienischen ParlamentspräsidentInnen Maria Elisabetta Alberti Casellati und Roberto Fico.

„Der Heilige Vater ist eine beeindruckende Persönlichkeit. Er ist ein großer Brückenbauer, der stets das Verbindende und den Dialog mit den Menschen sucht. Sein unermüdliches Vertrauen in die Menschheit macht ihn zu einem Vorbild für uns alle“, so der Bundesratspräsident nach dem Treffen. Bei der Generalaudienz auf dem Petersplatz tauschte sich Buchmann mit dem Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche in einem kurzen Gespräch aus und übermittelte ihm dabei die Grüße und besten Wünsche der österreichischen Bundesländer und des Bundesrates.

WEITERENTWICKLUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

Im Anschluss traf das Präsidium der österreichischen Länderkammer im Palazzo Madama mit der Präsidentin des italienischen Senats Maria Elisabetta Alberti Casellati zu einem Arbeitsgespräch zusammen. Im Zentrum des Gesprächs stand dabei die Konferenz zur Zukunft Europas. Bundesratspräsident Buchmann betonte dabei, dass Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit in Europa noch zu wenig gelebt würden. „Europa ist noch nicht in den Herzen der Menschen angekommen, wir müssen daher die Chance nutzen, um gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Weiterentwicklung der Europäischen Union, gerade am westlichen Balkan, zu sprechen“, so Buchmann nach dem Gespräch. Die PräsidentInnen der beiden Kammern stimmten darin überein, dass am Ende der Konferenz eine Stärkung des gemeinsamen Europas stehen sollte.

Ein weiteres wichtiges Thema des Gesprächs war natürlich auch die Situation beider Länder in der Coronapandemie, insbesondere der Jugendlichen

und Frauen, die besonderen psychischen Belastungen ausgesetzt waren. Das Präsidium des Bundesrates brachte zudem zum Ausdruck, dass man auf einen raschen Abbau der pandemiebedingten Hürden an der Brennergrenze hoffe. Mit seiner Amtskollegin tauschte sich Buchmann auch über den Aufbau- und Resilienzplan aus. Senatspräsidentin Alberti Casellati hob in diesem Zusammenhang die anstehenden Strukturreformen in Italien hinsichtlich Digitalisierung und Ökologisierung hervor. Bundesratspräsident Buchmann brachte seine Überzeugung zum Ausdruck, „dass die Menschen unbedingt mitgenommen werden müssen, damit die Programme des Recoveryfonds ihr Ziel erreichen“.

CORONAPANDEMIE: BESONDERE BELASTUNG FÜR FRAUEN UND JUGENDLICHE

Tags darauf stand ein Treffen mit Roberto Fico, dem Präsidenten der italienischen Abgeordnetenversammlung, im Palazzo Montecitorio am Programm. Wichtige Punkte dabei waren die Situation beider Staaten in der anhaltenden Coronapandemie und der erste Plenartag zur Konferenz zur Zukunft Europas in Straßburg am 19. Juni. Bundesratspräsident Buchmann brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, dass am Ende der Zukunftskonferenz „der Föderalismus gestärkt daraus hervorgeht, damit etwas für die Menschen in den Regionen, Städten und Gemeinden spürbar wird“.

Präsident Fico thematisierte die Probleme, die die anhaltende Pandemie insbesondere für Jugendliche und Frauen mit sich gebracht hätten. Zwar hätten die pandemiebedingten Maßnahmen zu einem Digitalisierungsschub in Italien geführt, aber gerade



in den Familien und besonders für Frauen seien die Belastungen besonders hoch gewesen.

Weitere Themen waren die Belastungen der Tiroler Bevölkerung durch die verkehrsbedingten Emissionen beim Brennerbasistunnel und das Wiederanlaufen des Tourismus in den beiden Ländern. Zum Schluss informierte Präsident Fico das Bundesratspräsidium

über das Zusammenspiel der beiden Kammern des italienischen Parlaments, die mit gleichen Rechten in der Verfassung ausgestattet sind, und die Umsetzung der Verfassungsreform zur Verkleinerung der Anzahl der Abgeordneten der beiden Kammern. Bundesratspräsident Christian Buchmann gratulierte dem Präsidenten der Abgeordnetenkammer „zu diesem System des perfekten Bikameralismus“.

(oben, v. li.) Bundesratspräsident Christian Buchmann und Papst Franziskus beim persönlichen Treffen
 (unten links, v. li.) Bundesratsvizepräsidentin Doris Hahn, Bundesratspräsident Christian Buchmann, Präsidentin des italienischen Senats Maria Elisabetta Alberti Casellati und Bundesratsvizepräsident Peter Raggl
 (unten rechts, v. li.) Bundesratsvizepräsident Peter Raggl, Präsident der italienischen Abgeordnetenkammer Roberto Fico, Bundesratspräsident Christian Buchmann und Bundesratsvizepräsidentin Doris Hahn



(v. li.) Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler, Bundesratspräsident Christian Buchmann, Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Bundesratsvizepräsidentin Doris Hahn und Bundesratsvizepräsident Peter Raggl



2. HALBJAHR 2020 – ÜBERSICHT BETREFFEND DIE TÄTIGKEIT DES BUNDESRATES

Sitzungen	10
Gemeinsame Sitzungen NR/BR	-
Bundesversammlung	-

In Verhandlung genommen:

Gesetzesbeschlüsse	115
davon Zustimmungen nach Art. 44 Abs. 2 B-VG	4
davon keine Zustimmung nach Art. 44 Abs. 2 B-VG	-
sonstige Zustimmungen	-
davon Einsprüche	1
davon 8-Wochen-Fristablauf	-
Ablehnung im Plenum	-
Übergang zur Tagesordnung	-
Stimmgleichheit	-

Staatsverträge	10
davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 2 Z 2 B-VG	6
davon Zustimmungen nach Art. 5 Abs. 1 Z 2 iVm Art. 50 Abs. 4 B-VG	-
davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z 3 B-VG	-
davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z 4 B-VG	1
davon Art.-15a-B-VG-Vereinbarungen	-
sonstige Zustimmungen	-

Berichte der Bundesregierung und ihrer Mitglieder	12
Berichte der Volksanwaltschaft	-
Selbständige Anträge	4
davon Gesetzesanträge	-
davon Selbständige Entschließungsanträge	3
Bericht und Antrag eines Ausschusses gemäß Art. 23 Abs. 1 GO-BR	-
Petitionen	-

Eingebracht:

Schriftliche Anfragen	34
davon Dringliche Anfragen	4
Besprechungen von Anfragebeantwortungen	1
Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung	-
Selbständige Anträge	1
davon Gesetzesanträge	-
davon Anträge eines Drittels der Mitglieder des Bundesrates gem. Art. 41 Abs. 1 B-VG	-
davon Selbständige Entschließungsanträge	-

Unselbständige Entschließungsanträge	52
davon angenommen	23

Anträge, Einspruch zu erheben	1
Abänderungsanträge	-
Fristsetzungsanträge	3
davon angenommen	-

Sonstiges:

Erklärungen von Landeshauptleuten	1
Erklärungen von Mitgliedern der Bundesregierung	-
Fragestunden	-
Aktuelle Stunden	6
Durchführung einer Enquete	-

Sitzungen der Ausschüsse des Bundesrates:

EU-Ausschuss	7
Begründete Stellungnahmen gemäß Art. 23g Abs. 1 B-VG	-
Stellungnahmen gemäß Art. 23e Abs. 1 B-VG	4
Mitteilungen gemäß Art. 23f Abs. 4 B-VG	1
Ausschussfeststellungen	-
Aktuelle Aussprache	1
Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz	7
Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten	2
Ausschuss für BürgerInnenrechte und Petitionen	4
Ausschuss für Familie und Jugend	1
Finanzausschuss	4
Geschäftsordnungsausschuss	1
Gesundheitsausschuss	6
Gleichbehandlungsausschuss	1
Ausschuss für innere Angelegenheiten	4
Ausschuss für Innovation, Technologie und Zukunft	3
Justizausschuss	5
Kinderrechteausschuss	3
Landesverteidigungsausschuss	1
Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	4
Ausschuss für Sportangelegenheiten	2
Ausschuss für Tourismus, Kunst und Kultur	3
Umweltausschuss	4
Unterrichtsausschuss	4
Unvereinbarkeitsausschuss	2
Ausschuss für Verfassung und Föderalismus	3
Ausschuss für Verkehr	4
Wirtschaftsausschuss	7
Ausschuss für Wissenschaft und Forschung	4
Ständiger gemeinsamer Ausschuss iSd § 9 F-VG 1948	-

Quelle: Bundesratskanzlei

Stand: 02. Februar 2021

1. HALBJAHR 2021 – ÜBERSICHT BETREFFEND DIE TÄTIGKEIT DES BUNDESRATES

Sitzungen	9
Gemeinsame Sitzungen NR/BR	-
Bundesversammlung	-

In Verhandlung genommen:

Gesetzesbeschlüsse	106
davon Zustimmungen nach Art. 44 Abs. 2 B-VG	2
davon keine Zustimmung nach Art. 44 Abs. 2 B-VG	-
sonstige Zustimmungen	-
davon Einsprüche	-
davon 8-Wochen-Fristablauf	8
Ablehnung im Plenum	8
Übergang zur Tagesordnung	-
Stimmgleichheit	-
Staatsverträge	10
davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 2 Z 2 B-VG	5
davon Zustimmungen nach Art. 5 Abs. 1 Z 2 iVm Art. 50 Abs. 4 B-VG	-
davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z 3 B-VG	-
davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z 4 B-VG	3
davon Art.-15a-B-VG-Vereinbarungen	-
sonstige Zustimmungen	1
Berichte der Bundesregierung und ihrer Mitglieder	8
Berichte der Volksanwaltschaft	-
Selbständige Anträge	11
davon Gesetzesanträge	2
davon Selbständige Entschließungsanträge	9
Bericht und Antrag eines Ausschusses gemäß Art. 23 Abs. 1 GO-BR	-
Petitionen	-

Eingebracht:

Schriftliche Anfragen	79
davon Dringliche Anfragen	7
Besprechungen von Anfragebeantwortungen	-
Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung	1
Selbständige Anträge	1
davon Gesetzesanträge	-
davon Anträge eines Drittels der Mitglieder des Bundesrates gem. Art. 41 Abs. 1 B-VG	-
davon Selbständige Entschließungsanträge	-
Unselbständige Entschließungsanträge	62
davon angenommen	15
Anträge, Einspruch zu erheben	-
Abänderungsanträge	-
Fristsetzungsanträge	-
davon angenommen	-

Sonstiges:

Erklärungen von Landeshauptleuten	1
Erklärungen von Mitgliedern der Bundesregierung	2
Fragestunden	1
Aktuelle Stunden	5
Durchführung einer Enquete	-

Sitzungen der Ausschüsse des Bundesrates:

EU-Ausschuss	6
Begründete Stellungnahmen gemäß Art. 23g Abs. 1 B-VG	-
Stellungnahmen gemäß Art. 23e Abs. 1 B-VG	-
Mitteilungen gemäß Art. 23f Abs. 4 B-VG	1
Ausschussfeststellungen	-
Aktuelle Aussprache	1
Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz	5
Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten	1
Ausschuss für BürgerInnenrechte und Petitionen	2
Ausschuss für Familie und Jugend	1
Finanzausschuss	5
Geschäftsordnungsausschuss	1
Gesundheitsausschuss	8
Gleichbehandlungsausschuss	-
Ausschuss für innere Angelegenheiten	2
Ausschuss für Innovation, Technologie und Zukunft	1
Justizausschuss	4
Kinderrechteausschuss	1
Landesverteidigungsausschuss	2
Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	2
Ausschuss für Sportangelegenheiten	-
Ausschuss für Tourismus, Kunst und Kultur	2
Umweltausschuss	2
Unterrichtsausschuss	1
Unvereinbarkeitsausschuss	2
Ausschuss für Verfassung und Föderalismus	4
Ausschuss für Verkehr	1
Wirtschaftsausschuss	2
Ausschuss für Wissenschaft und Forschung	1
Ständiger gemeinsamer Ausschuss iSd § 9 F-VG 1948	-

Quelle: Bundesratskanzlei

Stand: 29. Juni 2021

Bildnachweis

Cover: © Parlamentsdirektion/Thomas Neuhauser

S. 4:

(oben) © Parlamentsdirektion/Thomas Topf
(unten) © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

S. 6–13 (alle): © Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS

S. 15: © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

S. 18: © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

S. 21–22: © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

S. 23–31: © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

S. 32–37: © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

S. 39: © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

S. 43: © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

S. 44–45:

(unten) © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

S. 45:

(oben) © Peter Lechner/HBF

S. 47–48: © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

S. 51–57: © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

S. 58: © Parlamentsdirektion/Michael Buchner

S. 60–61: © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

S. 62:

- 1) © Privat
- 2) © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen
- 3) © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

S. 63:

- 4) © Franz Neumayr
- 5) © BKA/Andy Wenzel
- 6) © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen
- 7) © Privat

S. 64:

- 8) © Parlamentsdirektion/Michael Buchner
- 9) © Parlamentsdirektion/Thomas Neuhauser
- 10) © Franz Neumayr

S. 65:

- 11) © BMKÖS
- 12) © Parlamentsdirektion/Thomas Neuhauser
- 13) © Franz Neumayr

S. 66–67: © Peter Lechner/HBF

S. 68–79: © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

S. 80–81: © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

S. 83: © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

S. 84–87: © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

S. 88–93: © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

S. 95–97: © LT-Stmk/Robert Frankl

S. 99–102: © Parlamentsdirektion/Johannes Zinner

S. 103: © Parlamentsdirektion

S. 104–105: © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

S. 106: © Parlamentsdirektion/Michael Buchner

S. 107: © Parlamentsdirektion/PHOTO SIMONIS

S. 108–109: © PARIOLI FOTOGRAFIA

S. 110:

- 1) © Parlamentsdirektion/Thomas Neuhauser
- 2) © Privat
- 3) © Parlamentsdirektion/Thomas Neuhauser

S. 111:

- 4) © BKA/Dragan Tatic
- 5) © Parlamentsdirektion/Thomas Topf
- 6) © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen
- 7) © Privat
- 8) © Parlamentsdirektion/Thomas Neuhauser

S. 112:

- 9) © Privat
- 10) © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen
- 11) © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen
- 12) © Privat
- 13) © Parlamentsdirektion/Thomas Topf
- 14) © Parlamentsdirektion/Paula Jenner
- 15) © Parlamentsdirektion/Thomas Topf

S. 113:

- 16) © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen
- 17) © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen
- 18) © Privat
- 19) © Privat
- 20) © Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

S. 115:

(oben) © Vatican Media
(unten) © PARIOLI FOTOGRAFIA

S. 116–117: © Carina KARLOVITS/HBF

Impressum:

Herausgeberin, Medieninhaberin und Herstellerin: Parlamentsdirektion

Adresse: Dr.-Karl-Renner-Ring 3, 1017 Wien

Redaktion: Victoria Kadernoschka, Thomas Neuhauser, Gregor Panis, Susanne Roth

Grafische Gestaltung (Layout, Grafik, Fotobearbeitung): Pia Wiesböck

Korrektur: Aida Besirevic, Gerlinde Steininger

Druck: Parlamentsdirektion | Wien, im Juli 2021

Wir haben uns bemüht, alle Bildrechte zu recherchieren. Falls Sie diesbezüglich Rechtsansprüche haben, bitten wir Sie, sich mit uns unter photo@parlament.gv.at in Verbindung zu setzen.



@OeParl



@OeParl



@OeParl
#OeParl



OeParl



www.parlament.gv.at